



Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Statistischer Jahresbericht

2003

Impressum

Bestell-Nr. Z 41 1 2003 00

Herausgegeben vom

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf • Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf

Telefon 0211 9449-01 • Telefax 0211 442006

Internet: www.lds.nrw.de

E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

Pressestelle

Telefon 0211 9449-2521 und -2518 • Telefax 0211 9449-3320

E-Mail: pressestelle@lds.nrw.de

Zentrale Information und Beratung

Telefon 0211 9449-2525 und -2495 • Telefax 0211 9449-2104

E-Mail: statistik-info@lds.nrw.de

Erschienen im April 2004

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf, 2004

Die Verbreitung durch die Presse ist mit Quellenangabe erwünscht; wir bitten um einen Beleg. Im Übrigen sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt

Schwerpunktthemen

Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020/2040	7
Die berufliche Situation älterer Menschen	13

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Bevölkerung.....	18
Konjunktur, Arbeitsmarkt, Unternehmen	20
Verdienste, Arbeitszeiten.....	24
Verbraucherpreise, Ausstattung der Privathaushalte	26
Außenhandel	29
Gewerbemeldungen, Insolvenzen.....	33
Industrie, Handwerk.....	35
Bauwirtschaft.....	39
Bautätigkeit und Wohnungsbestand	40
Flächennutzung, Landwirtschaft	42
Groß- und Einzelhandel	45
Reiseverkehr.....	46
Dienstleistungen.....	47
Verkehr.....	48
Umwelt.....	50
Öffentliche Finanzen.....	53
Gesundheitswesen und Soziales	59
Schulen, Hochschulen, Aus- und Fortbildung	62

Vorwort

Der statistische Jahresbericht „Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen“, den das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen jährlich herausgibt, fasst zentrale Ergebnisse aus fast allen Statistik-Bereichen zusammen.

Die vorliegende Ausgabe 2003 setzt die langjährige Tradition fort, bietet aber zusätzlich zwei Themenschwerpunkte mit vertiefenden Betrachtungen zu den Themenbereichen „Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020/2040“ und „Die berufliche Situation älterer Menschen“.

Danken möchte ich bei dieser Gelegenheit allen Institutionen, die das Landesamt bei der Erstellung des Jahresberichts unterstützt haben, vor allem aber allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Auskünften für viele Ergebnisse erst die Basis geschaffen haben. Für ihre Hilfe bei der Verbreitung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit und die gute Zusammenarbeit gilt der Presse, dem Funk und dem Fernsehen ein besonderer Dank.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Kehlenbach

Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020/2040

Die demographischen Veränderungen, die sich im Verlauf der nächsten Jahrzehnte ergeben werden, stellen für Politik und Verwaltung, für Bund, Land und Kommunen eine enorme Herausforderung dar. Zurückgehende Einwohnerzahlen, verbunden mit einer massiven Änderung der Altersstruktur, sind kurz- und mittelfristig nicht mehr korrigierbar, weil im gegenwärtigen Altersaufbau der Bevölkerung deren zukünftige Entwicklung angelegt ist.

Wie und in welchem Umfang sich dieser Prozess des demographischen Wandels nach dem derzeitigen Kenntnisstand in Nordrhein-Westfalen vollziehen wird, zeigen die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnungen, die vom LDS NRW auf der regionalen Ebene der kreisfreien Städte und Kreise bis zum Jahr 2020 nachgewiesen werden. Auf Landesebene werden zusätzlich durch eine Modellrechnung die weiteren Entwicklungstendenzen bis zum Jahr 2040 aufgezeigt.

Unter den zu Grunde gelegten Annahmen wird die Einwohnerzahl in NRW, ausgehend von 18 052 000 zum Jahresbeginn 2002, zunächst noch leicht ansteigen, etwa in fünf Jahren einen Wendepunkt erreichen und im weiteren Verlauf kontinuierlich absinken; bis 2020 geht die Zahl auf etwa 17 950 000 zurück. Hinter diesem eher noch geringen Bevölkerungsrückgang um etwa 100 000 Personen in einem Zeitraum von 18 Jahren stehen deutlich größere Bewegungsströme, die sich in ihrer Richtung und Wirkung zum Teil kompensieren.

Wendepunkt der Bevölkerungsentwicklung etwa 2007

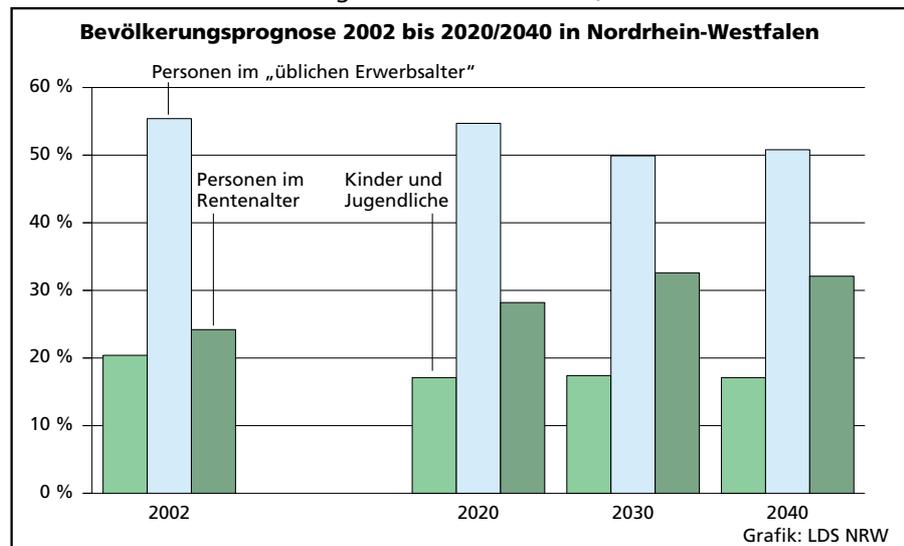
Zeitraum von ... bis ...	Komponenten der Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2040 in NRW			
	Bevölkerung am Beginn des Berichts- zeitraums	Veränderung		
		Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortgezogenen (-)	insgesamt
Anzahl				
2002 - 2004	18 052 092	-85 100	+111 000	+25 900
2005 - 2009	18 078 000	-189 500	+185 000	-4 500
2010 - 2014	18 073 500	-212 500	+185 000	-27 500
2015 - 2019	18 046 000	-280 700	+185 000	-95 700
2020 - 2029	17 950 300	-788 900	+370 000	-418 900
2030 - 2039	17 531 400	-1 043 900	+370 000	-673 900
2040	16 857 500			

Von Beginn des Prognosezeitraums an – und von Jahr zu Jahr deutlicher – liegt die Zahl der Gestorbenen über jener der Geborenen. Bis zum Jahr 2020 summieren sich diese „Sterbefallüberschüsse“ auf ca. 770 000, bis 2040 werden es insgesamt etwa 2,6 Millionen sein. Während in den ersten Jahren des Prognosezeitraums die angenommenen Zuwanderungsgewinne noch ausreichen, um die Sterbefallüberschüsse auszugleichen, wird in den Folgejahren trotz weiterhin positiver Wanderungssalden dieser Ausgleichseffekt nicht mehr bewirkt werden können, so dass 2040, am Ende des Berechnungszeitraums, mit etwa 16 860 000 Einwohnern die 17-Millionen-Grenze schon deutlich unterschritten wird.

Entwicklung der Altersstruktur

Weitaus stärker als die Gesamteinwohnerzahl wird sich die Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen verändern. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (unter 19 Jahre) wird von knapp 3,7 Millionen zu Beginn des Prognosezeitraums bis zum Jahr 2020 kontinuierlich um etwa 600 000 zurückgehen, im folgenden Jahrzehnt auf diesem Niveau von gut drei Millionen verharren und sich bis 2040 weiter auf 2,88 Millionen reduzieren.

Die Zahl der Personen im üblichen Erwerbsalter (19 bis unter 60 Jahre) steigt von derzeit zehn Millionen in den nächsten Jahren zunächst noch um etwa 125 000 an, bleibt bis etwa 2017 über der Zehn-Millionen-Grenze und sinkt bis zum Ende des Modellrechnungszeitraums auf etwa 8,5 Millionen ab.



Eine bemerkenswerte Entwicklung zeigt sich bei einer differenzierten Betrachtung von „jüngeren“ (19 bis unter 40 Jahre) und „älteren“ (40 bis unter 60 Jahre) Personen im üblichen Erwerbsalter: Während noch vor zehn Jahren den knapp 5,8 Millionen Jüngeren im Erwerbsalter etwa 4,6 Millionen Ältere gegenüberstanden, hat sich diese Spanne von 1,2 Millionen schon bis heute auf 430 000 verringert. In drei Jahren wird die Zahl der Älteren knapp über derjenigen der Jüngeren liegen. Diese Tendenz setzt sich in den Folgejahren ungebremst fort: Etwa im Jahr 2012 wird es rund eine Million mehr ältere als jüngere Personen im üblichen Erwerbsalter geben. Anders ausgedrückt: vor zehn Jahren kamen auf 100 Jüngere 80 Ältere, heute sind es schon 92 und in zehn Jahren werden es etwa 121 sein, d. h. innerhalb von nur zwei Jahrzehnten hat sich die Relation komplett ins Gegenteil verkehrt.

Die Zahl der Personen im Rentenalter (60 Jahre oder älter), die sich bereits im Verlauf der letzten eineinhalb Jahrzehnte um über 900 000 auf knapp 4,4 Millionen erhöht hatte, steigt weiter an und übertrifft schon im Jahr 2020 die Fünf-Millionen-Grenze. Nach einem Maximum von über 5,7 Millionen im Jahr 2032 sinkt der Wert bis 2040 wieder auf etwa 5,4 Millionen.

Auch in dieser nach oben offenen Altersgruppe zeigen sich bei einer differenzierten Betrachtung deutliche Entwicklungsunterschiede: Während die Zahl der Personen im Alter zwischen 60 und 75 im Jahr 2040 fast exakt auf dem Ausgangsniveau des Jahres 2002 liegt, steigt die der 75-jährigen und älteren Personen um über drei Viertel an. Der Anstieg um 1,037 Millionen in der Altersgruppe „60 Jahre oder älter“ ist damit fast ausschließlich (1,007 Millionen) auf einen Anstieg in den höchsten Altersjahren zurückzuführen.

Dass im Rahmen der dargestellten Gesamtveränderung – Rückgang der NRW-Einwohnerzahl bis 2020 um 102 000 auf 17 950 300 – die regionale Entwicklung höchst unterschiedlich verläuft, zeigt schon alleine die Differenzierung nach kreisfreien Städten auf der einen und Kreisen auf der anderen Seite. Während in den Kreisen mit einer Bevölkerungszunahme um 384 000 (+3,6 Prozent) zu rechnen ist, weil hier der Gestorbenenüberschuss von 3,6 Prozent durch einen positiven Wanderungssaldo von 7,3 Prozent mehr als ausgeglichen werden wird, nimmt die Einwohnerzahl der kreisfreien Städte um 486 000 oder 6,5 Prozent ab, da dort der ohnehin schon höhere Gestorbenenüberschuss von 5,1 Prozent durch einen negativen Wanderungssaldo von 1,4 Prozent noch verstärkt wird.

Diese Grundtendenz gilt für 22 der 23 kreisfreien Städte und 22 der 31 Kreise. Die Spanne der Veränderungsrate reicht dabei von –16,3 Prozent bis zu +12,5 Prozent.

Zweistellige Abnahmeraten zeigen sich für die kreisfreien Städte Hagen (–16,3 Prozent), Wuppertal (–14,3 Prozent), Gelsenkirchen (–13,2 Prozent), Krefeld (–11,4 Prozent), Essen (–10,8 Prozent) und Duisburg (–10,2 Prozent), zweistellige positive Veränderungsrate für den Rhein-Sieg-Kreis (+12,5 Prozent) sowie die Kreise Paderborn (+12,4 Prozent), Gütersloh und Unna (jeweils +11,4 Prozent)

Betrachtet man die vier möglichen Kombinationen von Geburten- bzw. Gestorbenenüberschuss und Wanderungsgewinn bzw. -verlust für die 54 kreisfreien Städte und Kreise, so ergibt sich die folgende Verteilung:

- Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne treten in drei Kreisen¹ auf.
- Gestorbenenüberschüsse und Wanderungsverluste kennzeichnen die Entwicklung in 15 kreisfreien Städten² und einem Kreis³.

¹ Borken, Gütersloh und Paderborn

² Aachen, Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Köln, Krefeld, Oberhausen, Remscheid, Wuppertal

³ Siegen-Wittgenstein

- In acht kreisfreien Städten⁴ und 27 Kreisen⁵ können die Gestorbenenüberschüsse zumindestens teilweise durch Wanderungsgewinne kompensiert werden.
- Die Kombination Geburtenüberschuss/Wanderungsverlust kommt nicht vor.

Ein Bevölkerungsrückgang um 0,6 Prozent bis zum Jahr 2020 mag auf den ersten Blick nicht Besorgnis erregend wirken, zumal die Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens über Jahrzehnte hinweg deutlich unter dem für 2020 prognostizierten Wert lag. Bevölkerungsveränderungen in dieser Größenordnung wären an sich weder gut noch schlecht, wenn nicht – und das ist der alles entscheidende Aspekt – damit in Zukunft zwangsläufig eine massive Veränderung der Altersstruktur verbunden wäre. Weniger der absolute Rückgang der Einwohnerzahl, sondern vielmehr dieser Alterungsprozess ist das eigentliche Problem der zu erwartenden demographischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten.

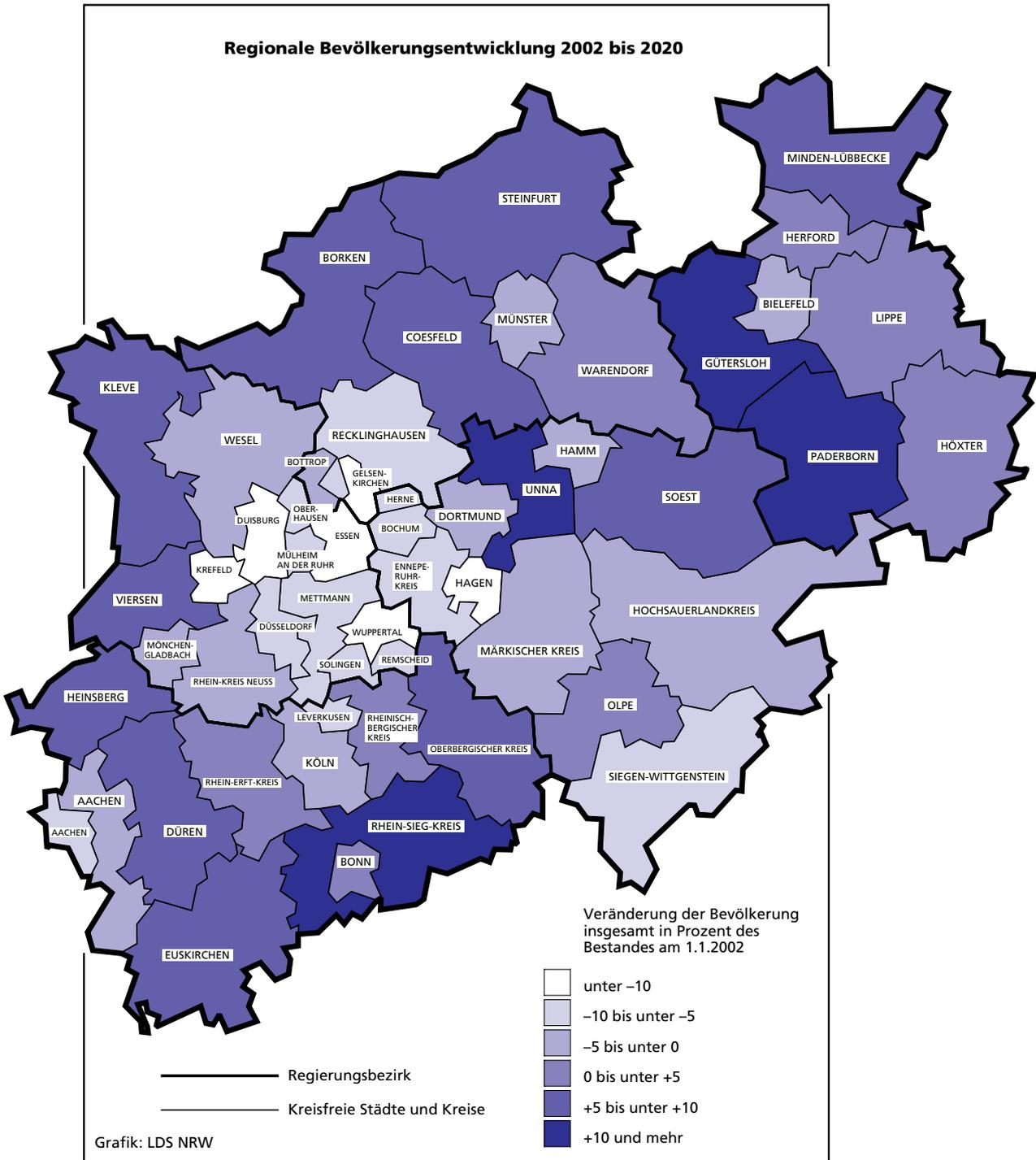
Das Durchschnittsalter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung liegt heute bei 41,1 Jahren; auf der Ebene der 54 kreisfreien Städte und Kreise streut dieser Wert zwischen 44,1 und 37,9. Das höchste Durchschnittsalter zeigt sich in den Städten Mülheim an der Ruhr (44,1), Essen (43,4), Düsseldorf (42,8) und Bochum (42,8), das geringste in den Kreisen Borken (37,9), Paderborn (38,2), Coesfeld (38,6) und Steinfurt (39,0).

Bis zum Jahr 2020 erhöht sich das Durchschnittsalter in NRW um 3,4 auf 44,5 Jahre. Die höchsten Werte finden sich dann in den Städten Mülheim an der Ruhr (47,5), Bochum (46,5), dem Ennepe-Ruhr-Kreis (46,5) und der Stadt Essen (46,4), die geringsten in den Kreisen Paderborn (41,5), Borken (42,2) und Gütersloh (42,2).

Auch wenn das Durchschnittsalter nur ein recht grobes Maß ist und mögliche Strukturunterschiede nicht berücksichtigt, so ist doch zu sehen, dass der Alterungsprozess landesweit unaufhaltsam fortschreiten wird, regional allerdings in unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit. Es gibt einige Regionen im Lande, die der langfristigen Entwicklung schon deutlich vorseilen, insbesondere große Teile des Ruhrgebiets und zunehmend auch Bereiche in dessen räumlicher Nähe.

⁴ Bonn, Bottrop, Dortmund, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim a. d. Ruhr, Münster, Solingen
⁵ Aachen, Coesfeld, Düren, Ennepe-Ruhr-Kreis, Euskirchen, Heinsberg, Herford, Hochsauerlandkreis, Höxter, Kleve, Lippe, Märkischer Kreis, Mettmann, Minden-Lübbecke, Oberbergischer Kreis, Olpe, Recklinghausen, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Soest, Steinfurt, Unna, Viersen, Warendorf, Wesel

**Durchschnittsalter
steigt auf 44,5 Jahre**



Das Durchschnittsalter in der Stadt Mülheim an der Ruhr liegt z. B. schon heute um etwa zwei Jahre über den Werten, wie sie erst für 2020 in den weiter von den Ballungszentren entfernt liegenden Kreisen Paderborn, Borken und Gütersloh erwartet werden.

Der fortschreitende Alterungsprozess ist unausweichlich und auf lange Sicht hin nicht korrigierbar, weil durch den gegenwärtigen Altersaufbau die weitere Entwicklung nahezu zwangsläufig festgeschrieben ist. Der entscheidende Aspekt ist, dass die Geburtenrate seit etwa drei Jahrzehnten mit 1,4 Kindern pro Frau um ein Drittel unter dem zur Bestandserhaltung notwendigen Wert von 2,1

liegt, d. h. jede nachfolgende Generation ist um ein Drittel geringer besetzt als ihre Elterngeneration.

Die extrem hohen Geburtenzahlen von bis zu 300 000 pro Jahr bis zum Ende der 60er Jahre gingen im Verlauf von nur einem Jahrzehnt bis auf unter 160 000 (1978 und 1979) zurück. Der vorübergehende Anstieg bis annähernd 200 000 in der ersten Hälfte der 90er Jahre war nicht auf steigende Geburtenraten zurückzuführen, sondern ausschließlich darauf, dass damals die Gruppe der potenziellen Mütter aus den stark besetzten Geburtsjahrgängen der 60er Jahre kamen. In den letzten Jahren haben sich die Geburtenzahlen wieder deutlich verringert und liegen zurzeit bei nur noch gut 160 000, mit weiter sinkender Tendenz. In Verbindung mit einem voraussichtlichen Anstieg der Lebenserwartung führt diese Entwicklung zunehmend zu einer weiteren Verschiebung der Altersstrukturen.

Bis zum Jahr 2020 zeigt sich die Bevölkerungsveränderung in ihrem Volumen und in ihrer Struktur zumindest auf Landesebene noch relativ moderat. Der dramatische Umbruch wird erst zwischen 2020 und 2030 erfolgen, wenn die zwischen 1960 und 1970 Geborenen in das Rentenalter hineinwachsen und die nachfolgenden, als Folge des damaligen Geburtenrückgangs deutlich schwächer besetzten Jahrgänge die Besetzungsstärke der Personen im Erwerbsalter in erheblichem Umfang reduzieren.

Letztendlich war also die Entwicklung vor gut 30 Jahren – der Übergang vom „Babyboom“ zum „Pillenknicke“ – entscheidend für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Geburtenzahlen und die langfristige Veränderung der Altersstruktur. Ein nur kurzfristiger, vorübergehender Rückgang der Geburtenzahlen wäre unkritisch gewesen; erst wenn sich ein Verhalten dauerhaft oder eine Entwicklung zunehmend gleichförmiger einstellt, führt dies zu einem sichtbaren Wandel der Bevölkerungsstruktur. Dabei besteht die Gefahr, dass solche Veränderungen zu spät erkannt werden (oder man sie nicht erkennen will) und dann kurz- und mittelfristig nicht mehr korrigierbar sind.

Selbst wenn es gelingen könnte, das Geburtenniveau auf Dauer anzuheben, würden sich wegen der Trägheit demographischer Prozesse die Auswirkungen erst Jahrzehnte später zeigen, wenn nämlich die zusätzlich geborenen Kinder selbst wieder Kinder bekämen und sich diese Tendenz auch in den Folgegenerationen fortsetzen würde.

Die berufliche Situation älterer Menschen

Die älteren Arbeitnehmer stehen im Spannungsfeld divergierender Interessen: Angesichts rückläufiger Geburtenzahlen und längerer Ausbildungszeiten ist in langfristiger Sicht mit einer Alterung und dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu rechnen. Die steigende Lebenserwartung führt parallel dazu zu einer veränderten Relation von Erwerbsphase und Ruhestand. Die gesetzlichen Rentenversicherungssysteme stehen angesichts dieser Entwicklungen vor Finanzierungsproblemen, die durch die Praxis der Frühverrentung noch verstärkt werden. Im Kontext dieser Überlegungen steht die Debatte um eine mögliche Ausdehnung der Lebensarbeitszeit: Auf jeden Fall soll eine Ausdehnung der Arbeitsphase bis zum gesetzlichen Rentenalter erreicht werden.

Diese Forderungen nach einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit fallen jedoch in eine Zeit hoher Arbeitslosigkeit; daher sollten ältere Arbeitnehmer mit Blick auf die aktuelle Arbeitsmarktlage ihre Arbeitsplätze für die Jüngeren räumen. Für viele Betriebe ist die Frage des Personalabbaus drängender als die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer, und Möglichkeiten zur vorzeitigen Verrentung werden als Formen der sozialverträglichen Personalreduzierung gesehen.

Vor diesem Hintergrund wurden die folgenden Fragen untersucht:

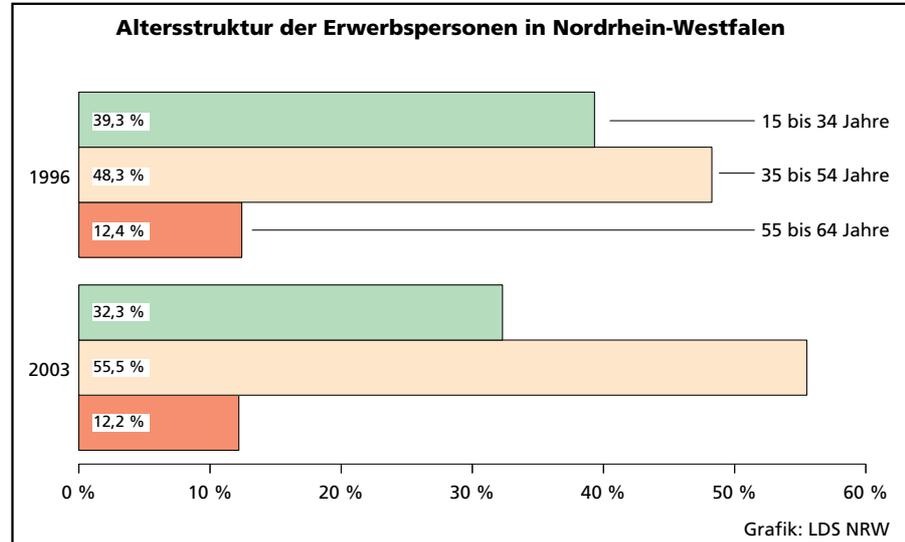
- Welche Auswirkungen hat die demographische Entwicklung auf die Altersstruktur der Erwerbspersonen?
- Wie entwickelte sich der Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen unter den älteren Erwerbspersonen?
- In welchem Alter und aus welchen Gründen scheiden Arbeitnehmer aus dem aktiven Erwerbsleben aus?

Als „ältere Arbeitnehmer“ gelten in diesem Kapitel alle Erwerbstätigen – Selbstständige ebenso wie abhängig Erwerbstätige – im Alter von 55 bis 64 Jahren. Untersucht wurde der Zeitraum von 1996 bis 2003.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer einmal jährlich durchgeführten repräsentativen Befragung von einem Prozent der Haushalte, hat sich der Anteil der Erwerbspersonen in der betrachteten Altersgruppe zwischen 1996 und 2003 kaum verändert. Bezogen auf alle Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) lag ihr Anteil im Jahr 2003 bei 12,2 Prozent. Gleichzeitig ist jedoch aufgrund der demographischen Entwicklung der Anteil der jün-

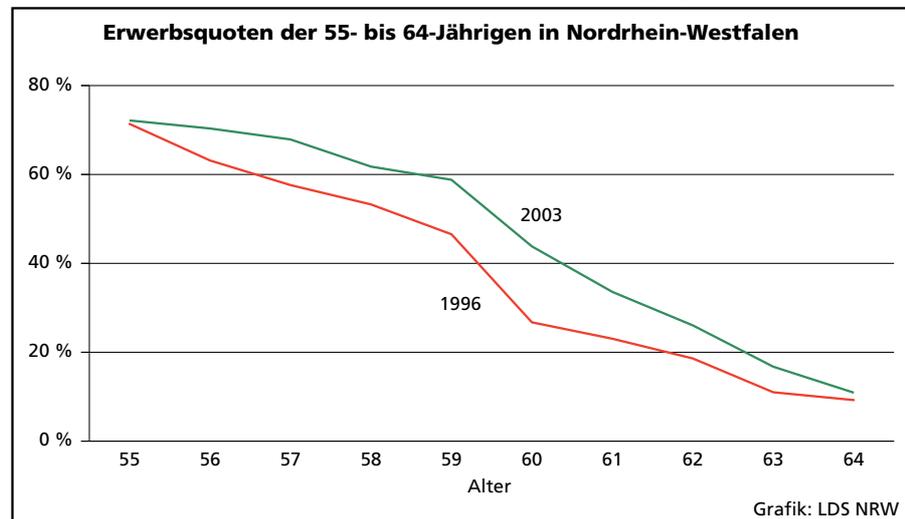
**Steigendes Durchschnittsalter
der Erwerbspersonen**

geren Erwerbspersonen gesunken. Dies führte dazu, dass das durchschnittliche Alter aller Erwerbspersonen gestiegen ist. Es hat sich zwischen 1996 und 2003 von 39,3 Jahren auf 40,5 Jahre erhöht. Die Erwerbsbevölkerung ist also allein in diesem vergleichsweise kurzen Untersuchungszeitraum um etwas mehr als ein Jahr älter geworden.



Deutliche Veränderungen hat es bei den Erwerbsquoten der 55- bis 64-Jährigen gegeben. Dafür wird die Zahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen auf die Zahl aller Personen der jeweiligen Altersgruppe bezogen. Es zeigt sich, dass die Entwicklung für Frauen und Männer getrennt verlief: Die Erwerbsquote der Frauen stieg von 27,6 Prozent auf 33,0 Prozent, während die der Männer im gleichen Zeitraum von 54,3 Prozent auf 53,8 Prozent leicht zurückging.

Erwerbsquoten der älteren Arbeitnehmer



Differenziert man die Erwerbsquoten nach dem Alter, dann wird erkennbar, dass der Rückzug aus dem Erwerbsleben sich gegenüber 1996 verschoben hat. Tendenziell ist eine Verlängerung der Lebensarbeitsphase erkennbar. Im Jahr 1996 gab es noch einen deutlichen Bruch zwischen den 59- und 60-Jährigen. Zwischen den beiden Altersjahrgängen halbierte sich die Erwerbsquote fast. Sie lag bei den 59-Jährigen mit 46,5 Prozent wesentlich höher als bei den 60-Jährigen (26,7 Prozent).

Für das vergangene Jahr lässt sich hingegen ein langsames Absinken der Erwerbsquote über die Altersgruppen hinweg konstatieren. Bei den 60-Jährigen lag die Erwerbsquote in 2003 bei 43,8 Prozent und war damit 17,1 Prozentpunkte höher als noch sieben Jahre vorher. Die mit steigendem Alter sinkende Erwerbsbeteiligung ist für Frauen wie Männer gegeben.

Alter von ... bis ... Jahren	Erwerbslosenquoten in Nordrhein-Westfalen 1996 und 2003 – Ergebnisse des Mikrozensus –			
	Männer		Frauen	
	1996	2003	1996	2003
15 – 34	8,1 %	11,3 %	6,9 %	8,0 %
35 – 54	6,1 %	8,6 %	5,8 %	7,4 %
55 – 64	11,6 %	11,9 %	10,3 %	10,6 %
55 – 59	12,8 %	13,1 %	11,2 %	10,9 %
60 – 64	7,6 %	9,8 %	5,6 %	9,8 %
15 – 64	7,6 %	9,9 %	6,7 %	8,0 %

In beiden Jahren waren die 55- bis 64-Jährigen häufiger erwerbslos als Jüngere. Eine Differenzierung der Altersgruppen zeigt, dass insbesondere die 55- bis 59-jährigen Erwerbspersonen Schwierigkeiten haben, einer Beschäftigung nachzugehen; deren Erwerbslosenquote war überdurchschnittlich.

Mit dem Rentenreformgesetz des Jahres 1992 wurden die Weichen in Richtung einer verlängerten Erwerbsphase mit einer für Männer und Frauen gleichen Regelaltersgrenze von 65 Jahren für den Übergang in den Altersruhestand gestellt. Tatsächlich zeigen die Daten zum Erwerbsaustrittsalter eine Verlängerung der Erwerbsphase an. Das hier betrachtete Erwerbsaustrittsalter wurde definiert als das durchschnittliche Alter beim Ende der letzten Erwerbstätigkeit vor dem Übergang in den Ruhestand.⁶

Anders als bisher basieren die folgenden Analysen nur auf den Personen, die in ihrer letzten Erwerbstätigkeit vor dem Ruhestand als abhängig Erwerbstätige beschäftigt waren – mithin auf ehemaligen Beamtinnen und Beamte, Angestellten sowie Arbeiterinnen und Arbeitern. Nur für sie hat die gesetzliche Altersgrenze Bedeutung.

Im Jahr 2003 waren die Frauen und Männer durchschnittlich 59,3 Jahre alt, als sie ihre letzte Erwerbstätigkeit verließen. Sechs Jahre zuvor lag das Durchschnittsalter noch bei 58,1 Jahren. Das durchschnittliche Alter bei Erwerbsaustritt lag jedoch in beiden Jahren deutlich unter der Altersgrenze für den gesetzlichen Renteneintritt.

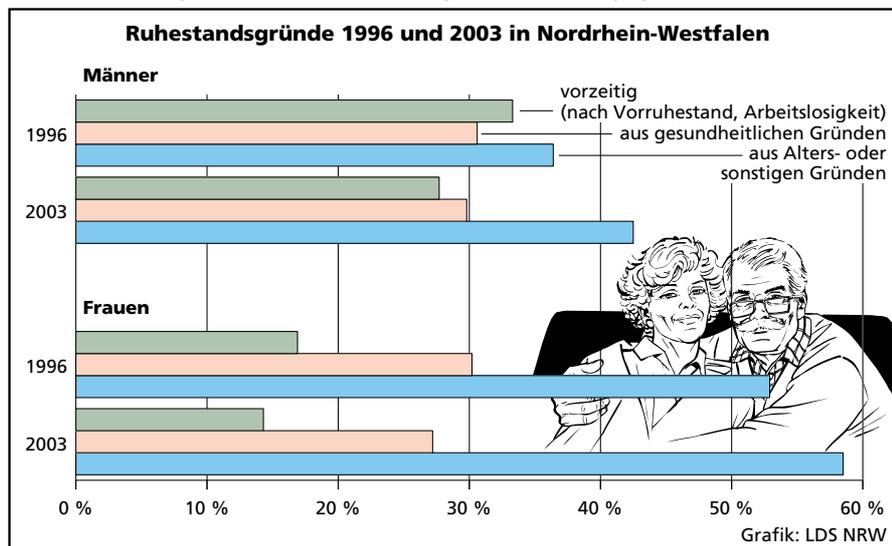
Erwerbsaustrittsalter und Gründe für den Ruhestand

⁶ Das Alter, in welchem die letzte Erwerbstätigkeit aufgegeben wird, ist nicht automatisch mit dem Renteneintrittsalter identisch, das durch die erste Rentenzahlung markiert wird. Dazwischen liegen häufig Wartephase (Vorruhestand, Arbeitslosigkeit).

Ein erhöhtes Alter beim Ausscheiden aus der letzten Erwerbstätigkeit ist für Frauen wie Männer feststellbar. Da für Frauen bestimmter Geburtskohorten andere Altersgrenzen gelten, lag das Erwerbsaustrittsalter der Männer sowohl 1996 als auch 2003 insgesamt mehr als ein halbes Jahr über dem der Frauen. Differenziert man nach den Gründen für das Ausscheiden, so ergibt sich folgendes Bild: Durchschnittlich am jüngsten sind die Rentnerinnen und Rentner, die aus Gesundheitsgründen die Erwerbstätigkeit aufgaben. Personen, die sich aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben zurückziehen, sind bei Rentenanspruch die Ältesten.

Grund des Ausscheidens	Durchschnittsalter beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Nordrhein-Westfalen 1996 und 2003 – Ergebnisse des Mikrozensus –			
	Männer		Frauen	
	1996	2003	1996	2003
vorzeitig (nach Vorruhestand, Arbeitslosigkeit)	57,2	58,7	54,5	56,0
aus gesundheitlichen Gründen	55,6	55,3	52,8	54,0
aus Alters- oder sonstigen Gründen	61,7	62,8	61,2	61,6
Insgesamt	58,3	59,6	57,5	58,8

Weiterhin zeigt sich, dass im Zeitraum vor 2003 relativ weniger Frauen und Männer im Rahmen einer Vorruhestandsregelung oder wegen Arbeitslosigkeit in den Ruhestand wechselten als im Jahre 1996. Dies kann eine Auswirkung des Altersteilzeitgesetzes sein, das älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen und der zu weitgehenden Nutzung der Vorruhestandsmöglichkeiten entgegenwirken sollte.



Die demographische Entwicklung veränderte die Altersstruktur der Erwerbspersonen. Das zeigen sowohl der geringere Anteil junger Erwerbspersonen (im Alter von 15 bis 34 Jahren) als auch das Durchschnittsalter, das auf 40,5 Jahre gestiegen ist.

Fazit

Das Erwerbsverhalten der Älteren ist von folgenden Trends gekennzeichnet:

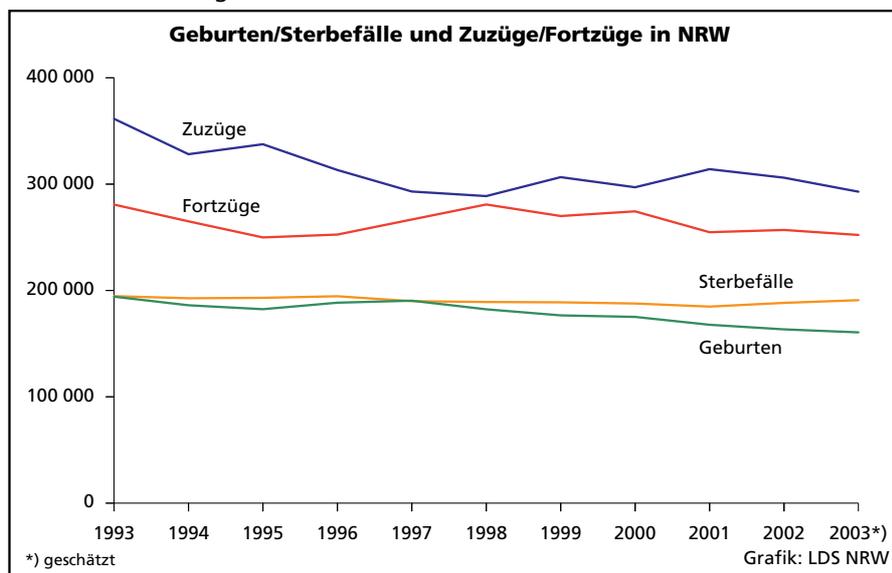
- Die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen ist gestiegen. Das zeigt die Erwerbsquote, die im April 2003 insgesamt bei 43,3 Prozent lag gegenüber 41,0 Prozent 1996. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist seit 1996 gestiegen, die der Männer leicht zurückgegangen.
- Die Erwerbslosigkeit älterer Arbeitnehmer hat zugenommen: Insbesondere 55- bis 59-Jährige sind mit 12,2 Prozent überdurchschnittlich oft betroffen, von den 60- bis 64-Jährigen sind immer noch 9,8 Prozent erwerbslos.
- Das durchschnittliche Ausstiegsalter aus dem Erwerbsleben ist gestiegen: Es lag im Jahr 2003 bei Frauen bei 58,8 Jahren; Männer waren zum Zeitpunkt des Erwerbsausstiegs 59,6 Jahre alt. Damit liegt das Erwerbsaustrittsalter immer noch deutlich unterhalb der gesetzlichen Altersgrenze für den Ruhestand.
- Der Vorruhestand verlor als Grund für den endgültigen Rückzug aus dem Erwerbsleben an Bedeutung.

Bevölkerung

Ende 2003 lebten in Nordrhein-Westfalen nach ersten Schätzungen rund 18 080 000 **Einwohner**, das waren etwa 3 500 mehr als zu Jahresbeginn. Bei einer Landesfläche von 34 080 km² erreichte die Bevölkerungsdichte einen Wert von 531 Einwohnern je km² und war damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Niedrigste Geburtenzahl seit 20 Jahren

Die Zahl der Geborenen war weiter rückläufig und erreichte mit etwa 159 700 den niedrigsten Wert seit fast 20 Jahren, während die Zahl der Gestorbenen mit 190 600 etwa auf Vorjahresniveau lag. Angesichts eines Negativsaldos von 30 900 aus diesen beiden Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung war – wie schon in den vergangenen Jahren – der Bevölkerungsanstieg ausschließlich darauf zurückzuführen, dass 34 200 mehr Personen nach NRW zogen als das Land verließen und somit der Wanderungssaldo den Sterbefallüberschuss mehr als ausgleichen konnte.



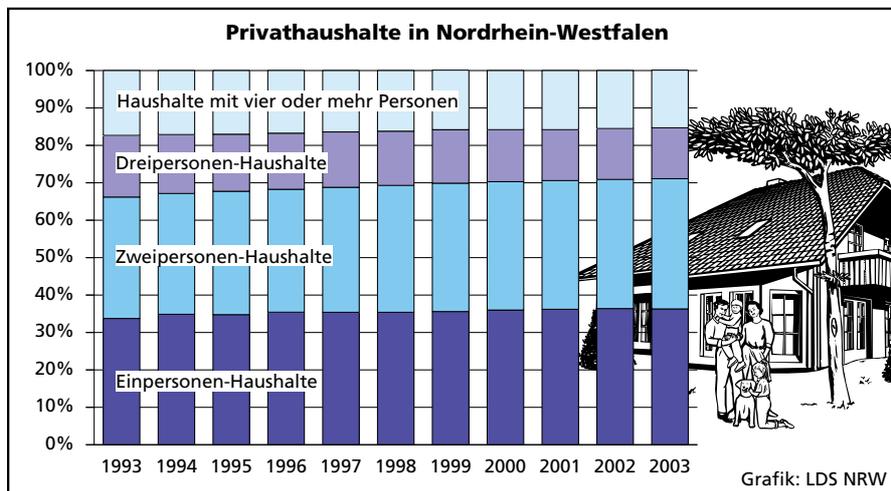
Die Zahl der Eheschließungen, die schon im letzten Jahr mit 89 800 unter dem Niveau der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gelegen hatte, erreichte 2003 mit rund 87 800 einen historischen Tiefststand. Die Zahl der Scheidungen im Jahr 2003 wird erst in einigen Wochen vorliegen; 2002 wurden im Lande 47 208 Ehen geschieden, 0,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit wurde das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahr 2001 (damals: 46 913 Scheidungen) nochmals übertroffen. Die meisten Ehen scheiterten nicht im „verflixten siebten Jahr“, sondern nach einer Dauer von fünf (3 193), sechs (3 073) bzw. sieben (2 822) Jahren. In 4 394 Fällen hatte die Ehe schon mehr als 25 Jahre bestanden, in 22 Fällen sogar mehr als 50 Jahre.

Historischer Tiefststand bei Eheschließungen

Ende 2003 lebten in Nordrhein-Westfalen 1 926 600 **Ausländerinnen und Ausländer**; damit war jede(r) neunte (10,7 Prozent) Einwohner(in) nicht im Besitz

der deutschen Staatsangehörigkeit. Die größte Nationalitätengruppe bildeten mit 627 000 nach wie vor die Türcinnen und Türken; weitere 483 200 stammten aus einem der EU-Staaten. 20 Prozent der ausländischen Bevölkerung war jünger als 18 Jahre, nur 6 Prozent waren 65 Jahre oder älter. Mehr als zwei Drittel (70 Prozent) der ausländischen Mitbürger leben schon mindestens acht Jahre in Deutschland, mehr als jeder vierte (29 Prozent; das sind mehr als eine halbe Million Menschen) kann sogar schon auf eine Aufenthaltsdauer von mindestens 25 Jahren zurückblicken.

Die Zahl der **Einbürgerungen** war im Jahre 2003 um zehn Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. 2003 waren in NRW 44 300 Menschen eingebürgert worden. Die meisten der Eingebürgerten stammten aus der Türkei (20 000); 3 000 kamen aus dem Iran, 2 100 aus Marokko, 1 600 aus Jugoslawien⁷, 1 200 aus Sri Lanka und jeweils 1 100 aus Afghanistan, Polen und der Ukraine.



Die in der Vergangenheit zu beobachtende Tendenz zu kleineren Haushalts- und Familiengrößen setzte sich auch im Jahr 2003 fort. Weiterhin stellten mit 36,3 Prozent (2002: 36,4 Prozent) Singlehaushalte den höchsten Anteil an den insgesamt 8 428 000 **Privathaushalten**. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte erhöhte sich mit 34,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (34,5 Prozent) geringfügig, dagegen ging jener der Haushalte mit drei oder mehr Personen von 29,1 auf 28,9 Prozent zurück. Noch vor zehn Jahren war dieser Haushaltstyp mit 33,8 Prozent am stärksten vertreten gewesen.

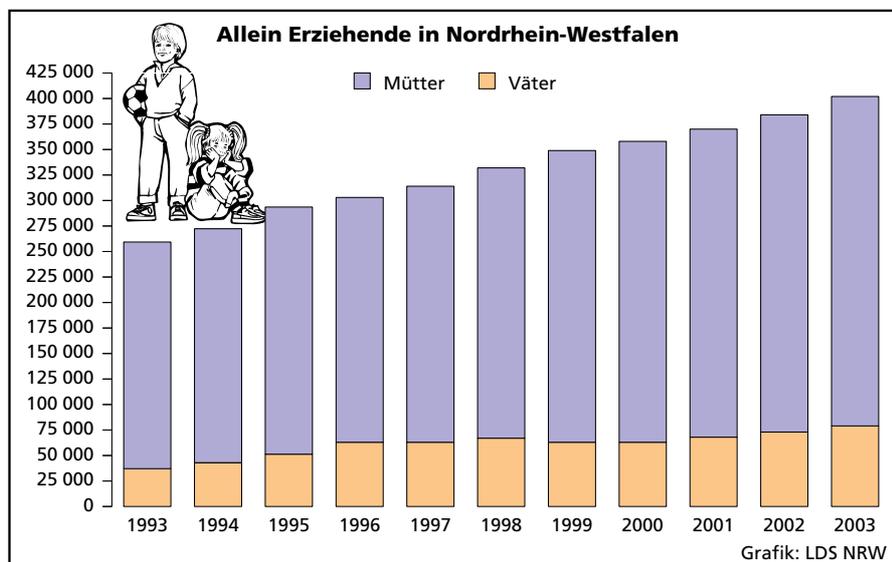
Von den allein Lebenden waren, wie die Tabelle zeigt, 2003 weit mehr als ein Drittel (38,3 Prozent) mindestens 65 Jahre alt; nur etwa jeder vierte **Single** war jünger als 35. Mehr als jede(r) dritte Senior(in) an Rhein und Ruhr lebte demnach allein. Von den unter 35-Jährigen war nur etwa jede(r) Zehnte ein Single.

**Trend zu kleineren Haushalten
hält an**

⁷ Serbien und Montenegro

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im Mai 2003 nach Alter – Ergebnisse des Mikrozensus –			
	Bevölkerung insgesamt		darunter in Einpersonenhaushalten	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
unter 35	6 968 300	38,6	711 100	23,2
35 – 45	2 977 300	16,5	457 200	14,9
45 – 55	2 464 400	13,6	329 700	10,8
55 – 65	2 327 600	12,9	389 300	12,7
65 und mehr	3 320 200	18,4	1 172 600	38,3
Insgesamt	18 057 800	100	3 059 900	100

Kaum eine Veränderung gab es in den letzten fünf Jahren bei der Zahl der Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren; mit 1,992 Millionen (1998: 1,998 Millionen) betrug ihr Anteil an den insgesamt 7,008 Millionen Familien (1998: 6,895 Millionen) 28,4 Prozent. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der **allein Erziehenden** seit 1990 um mehr als die Hälfte zugenommen: Mitte 2003 erzogen 323 000 Mütter und 79 000 Väter ihre Kinder allein; sie stellten damit 20,2 Prozent aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren.⁸

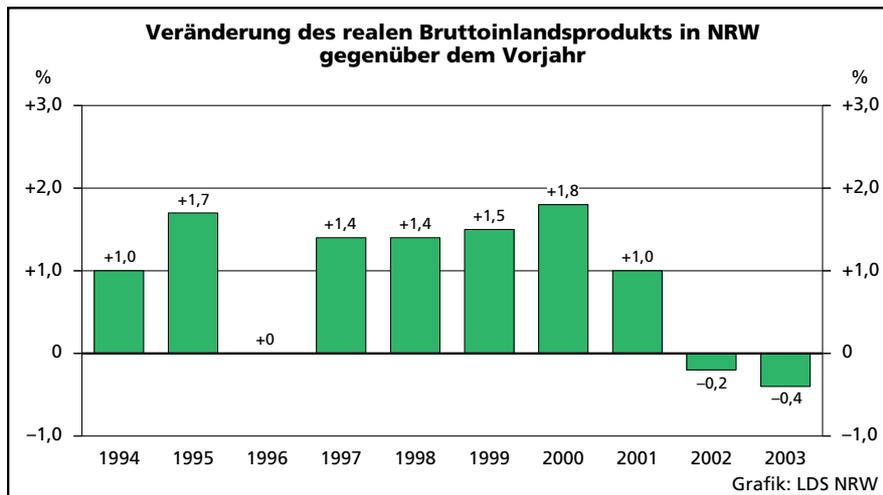


Konjunktur, Arbeitsmarkt, Unternehmen

Das **Bruttoinlandsprodukt** Nordrhein-Westfalens war im Jahr 2003 nominal um 0,6 Prozent höher als im Jahr zuvor. Real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, ergab sich hingegen eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent.

Bruttoinlandsprodukt
nominal **+0,6 Prozent**,
real **-0,4 Prozent**

⁸ Laut der LDS-Studie „Soziale und wirtschaftliche Situation allein Erziehender“ liegt die Zahl der „echten“ allein Erziehenden deutlich niedriger (2001: 210 000 Mütter und 32 000 Väter in NRW). Diese Studie geht von einer trennscharfen Unterscheidung des allein Erziehens von anderen Lebensformen mit Kindern aus, wobei sie sich streng am Wortsinn der Begriffe „allein“ und „erziehen“ orientiert: Der Begriffsbestandteil „allein“ bedingt, dass außer dem Elternteil und seinem Kind bzw. seinen Kindern keine weiteren Personen dem gemeinsamen Haushalt angehören. „Erziehen“ setzt voraus, dass die jeweilige erwachsene Person gegenüber dem Kind eine Erziehungsfunktion wahrnimmt.



Verantwortlich für das Anhalten des allgemeinen konjunkturellen Abschwungs in NRW waren, wie in den Vorjahren, die negativen Entwicklungen in den Bereichen „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Baugewerbe“. Dagegen konnten im Bereich „Energie- und Wasserversorgung“ real positive Tendenzen beobachtet werden. Stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in NRW wirkten sich auch die Dienstleistungsbereiche aus.

Insgesamt belief sich das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter, 2003 nominal auf rund 467 Milliarden Euro. Im Durchschnitt erwirtschaftete jeder an der Produktion beteiligte Erwerbstätige eine Leistung von rund 57 000 Euro.

Bundesland	Bruttoinlandsprodukt 2003			
	nominal (in jeweiligen Preisen)		real (in Preisen von 1995)	
	in Milliarden Euro	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent	in Milliarden Euro	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Baden-Württemberg	314,3	+0,6	291,2	-0,2
Bayern	371,3	+1,1	347,8	+0,2
Berlin	77,3	+0,2	70,9	-1,3
Brandenburg	45,0	+0,7	41,9	-0,9
Bremen	23,4	+0,5	21,6	-0,9
Hamburg	77,1	+0,9	70,8	-0,4
Hessen	193,7	+0,9	185,0	-0
Mecklenburg-Vorpommern	29,7	+0,1	27,5	-1,6
Niedersachsen	183,1	+1,4	170,2	+0,4
Nordrhein-Westfalen	466,9	+0,6	436,3	-0,4
Rheinland-Pfalz	92,7	+1,1	86,9	+0,1
Saarland	25,8	-0,5	24,4	-1,1
Sachsen	77,0	+2,3	71,7	+1,2
Sachsen-Anhalt	44,2	+1,9	40,8	+0,3
Schleswig-Holstein	65,9	+0,7	62,0	-0,2
Thüringen	41,8	+1,8	38,5	+0,5
Deutschland insgesamt	2 129,2	+0,9	1 987,7	-0,1

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen⁹ in NRW sank im Jahr 2003 um 1,1 Prozent auf rund 8,236 Millionen Personen. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren das rund 90 000 Personen weniger als im Jahre 2002. Damit liegt der Rückgang in NRW etwa auf dem Niveau des Ergebnisses für das gesamte Bundesgebiet (-1,0 Prozent).

Bundesland	Erwerbstätige	
	2003	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Baden-Württemberg	5 332 400	-0,6
Bayern	6 221 900	-0,8
Berlin	1 500 100	-2,0
Brandenburg	1 006 700	-1,9
Bremen	388 300	-0,5
Hamburg	1 032 600	-1,1
Hessen	2 980 500	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	707 100	-2,4
Niedersachsen	3 479 000	-0,4
Nordrhein-Westfalen	8 235 800	-1,1
Rheinland-Pfalz	1 742 000	-0,7
Saarland	501 300	-0,4
Sachsen	1 908 400	-0,7
Sachsen-Anhalt	1 004 700	-1,9
Schleswig-Holstein	1 215 700	-1,2
Thüringen	1 022 600	-2,3
Deutschland insgesamt	38 279 000	-1,0

Wie in den vergangenen Jahren setzte sich der Rückgang im Produzierenden Gewerbe fort. 2003 kam dieser Sektor auf rund 2 195 000 Erwerbstätige, 3,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Der gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen stärkste Wirtschaftssektor in NRW, der Dienstleistungsbereich, stagnierte bei etwa 5,92 Millionen Arbeitskräften. Innerhalb des tertiären Sektors war der stärkste prozentuale Zuwachs mit +1,0 Prozent im Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ festzustellen. Der Zuwachs im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleistungen“ betrug 0,8 Prozent. Im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ war ein Rückgang (-1,5 Prozent) zu registrieren.

Erwerbstätigenzahl im Dienstleistungsbereich stagniert

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige 2003			
	Deutschland		Nordrhein-Westfalen	
	Anzahl	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Anzahl	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei	927 000	-1,3	120 600	-1,1
Produz. Gewerbe (einschl. Bau)	10 422 000	-3,2	2 195 300	-3,9
Dienstleistungsbereiche	26 930 000	-0,1	5 919 800	+ 0
davon				
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	9 720 000	-1,4	2 181 100	-1,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6 022 000	+1,0	1 330 900	+1,0
öffentliche u. private Dienstleister	11 188 000	+0,4	2 407 800	+0,8
Insgesamt	38 279 000	-1,0	8 235 800	-1,1

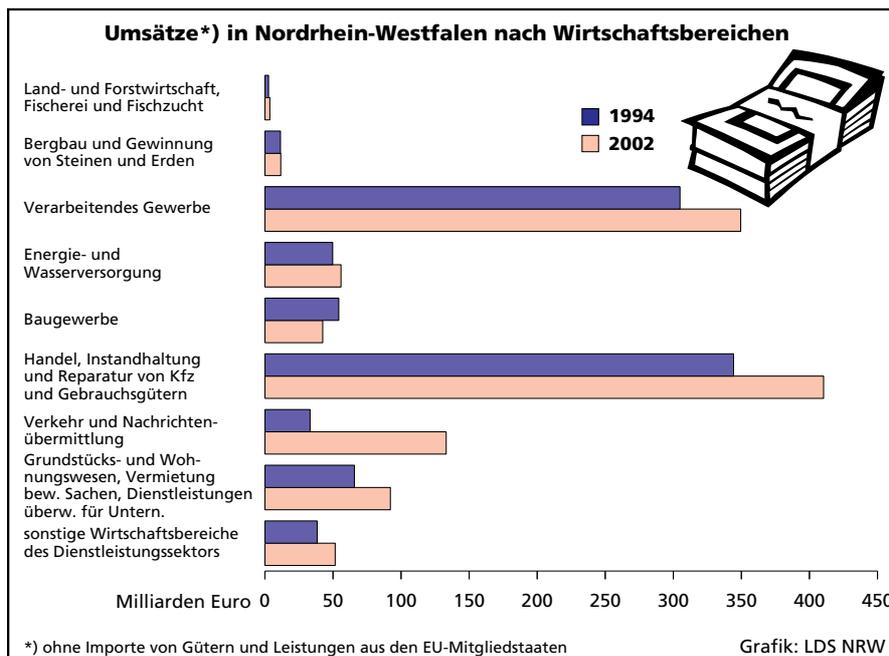
⁹ Dazu zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Beamte, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.

Die Zahl der **Arbeitslosen** ist im Jahresdurchschnitt 2003 gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen, und zwar um fast 67 500 auf rund 879 800 Personen. Nachdem die Arbeitslosenquote im Jahr 2002 noch 10,1 Prozent betragen hatte, war für das Jahr 2003 ein Anstieg auf 10,9 Prozent zu verzeichnen. Bei der Zahl der offenen Stellen war ein Rückgang von etwa 89 700 im Jahr 2002 auf rund 65 400 im Jahr 2003 festzustellen.

Die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Unternehmen¹⁰ erzielten 2002 nach den Ergebnissen der **Umsatzsteuerstatistik** einen Umsatz – in der Terminologie des Umsatzsteuergesetzes „Lieferungen und Leistungen“ genannt – in Höhe von fast 1,2 Billionen Euro.

**NRW-Unternehmen setzten
1,2 Billionen Euro um**

Seit 1994¹¹ entwickelten sich die Wirtschaftsbereiche sehr unterschiedlich: Der Umsatz des Produzierenden Gewerbes stieg nur um neun Prozent. Besonders schlecht schnitt hier das Baugewerbe mit einem Minus von 22 Prozent ab; aber auch der Umsatz des Bereichs „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ erhöhte sich nur um zwei Prozent.



Demgegenüber brachten es die Dienstleistungsbereiche auf eine Umsatzsteigerung um 43 Prozent. Die dynamischste Entwicklung verzeichnete hier der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit einer Verdreifung seines Umsatzes (+201 Prozent). Dies hat zum einen mit dem enormen Aufschwung der Telekommunikation und der privaten Postdienste zu tun. Zum anderen trug aber ein Umstand dazu bei, der nichts mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung zu tun hat: Im Zusammenhang mit ihrer Privatisierung meldete die Deutsche Post AG in dem betrachteten Zeitraum einen Großteil ihres Umsatzes

¹⁰ nur Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen von mindestens 16 620 Euro pro Jahr

¹¹ Der sonst eher übliche Zehn-Jahre-Vergleich ist wegen Systematikänderungen hier nicht möglich.

der Finanzverwaltung in NRW, während sie ihn vorher zentral in Hessen gemeldet hatte.

Umsätze von ... bis unter ... Euro	Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen und deren Umsätze 2002			
	Unternehmen		Umsatz*)	
	Anzahl	in Prozent	in Millionen Euro	in Prozent
16 620 – 50 000	163 812	26,2	5 141	0,4
50 000 – 100 000	122 083	19,5	8 803	0,8
100 000 – 250 000	143 024	22,9	22 859	2,0
250 000 – 500 000	76 040	12,2	26 826	2,3
500 000 – 1 000 000	50 759	8,1	35 653	3,1
1 000 000 – 2 000 000	31 067	5,0	43 504	3,8
2 000 000 – 5 000 000	20 828	3,3	64 362	5,6
5 000 000 – 10 000 000	8 166	1,3	57 044	5,0
10 000 000 und mehr	9 504	1,5	886 181	77,0
Ingesamt	625 283	100,0	1 150 373	100,0

*) ohne Importe von Gütern und Leistungen aus den EU-Mitgliedsstaaten

Über ein Viertel der Unternehmen stellten die kleinen Firmen mit Umsätzen bis zu 50 000 Euro. Sie trugen allerdings nur ein knappes halbes Prozent zum Gesamtumsatz bei. Relativ viele Unternehmen (23 Prozent) finden sich auch in der Umsatzgrößenklasse „100 000 bis 250 000 Euro“; aber auch diese Unternehmen tätigten nur zwei Prozent des Gesamtumsatzes. Die Masse des Umsatzes (77 Prozent) fiel bei den 9 500 größten Unternehmen mit einem Umsatz von 10 Millionen Euro oder mehr an, die nur 1,5 Prozent aller Unternehmen ausmachten.

Verdienste, Arbeitszeiten

Die durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer¹² im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen waren im Oktober 2003 mit 2 982 Euro um 2,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Die **Bruttostundenverdienste** der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe¹³ erhöhten sich 2003¹⁴ um 1,7 Prozent auf 15,44 Euro. Männer verdienten im Schnitt 15,81 Euro pro Stunde (+1,7 Prozent), Frauen 11,99 Euro (+1,8 Prozent).

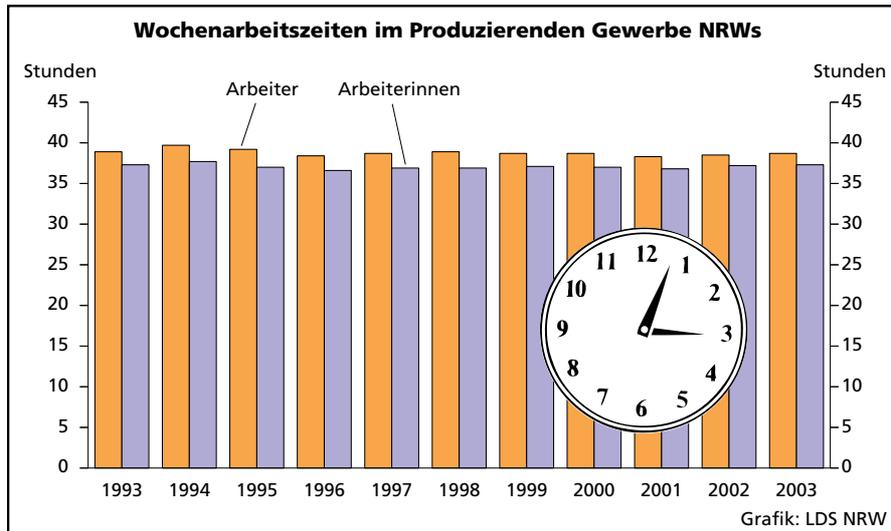
Die bezahlte **Wochenarbeitszeit** der Arbeiterinnen und Arbeiter stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Stunden auf 38,6 Stunden. Die nicht durch Freizeit abgegoltenen Mehrarbeitsstunden verringerten sich um 0,1 Stunden auf 1,4 Stunden pro Woche. Nach wie vor wurden Überstunden häufiger von Männern als von Frauen geleistet: Erstere brachten es 2003 auf 1,5 Mehrarbeitsstunden pro Woche, ihre Kolleginnen auf 0,5 Stunden.

¹² Arbeiter und Angestellte zusammen

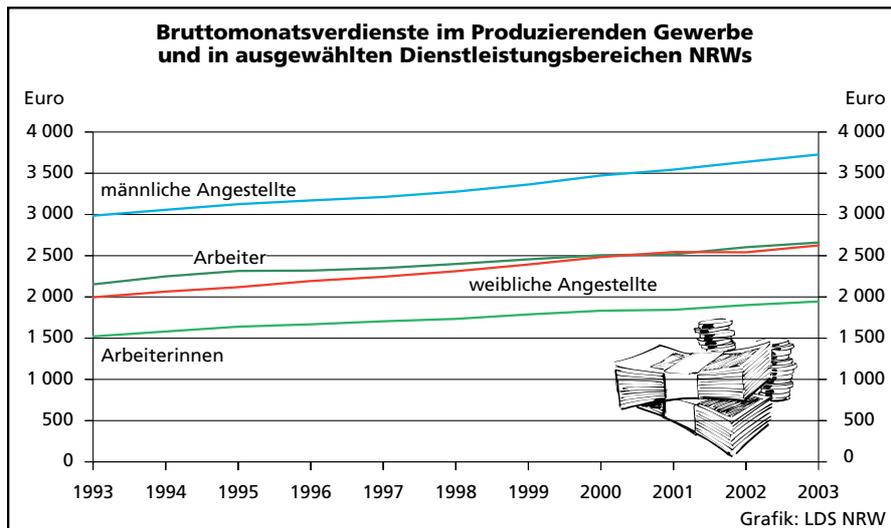
¹³ Arbeiterinnen und Arbeiter aller Leistungsgruppen; einschl. Entgelten für Überstunden, jedoch ohne unregelmäßige oder einmalige Zahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw.)

¹⁴ Stand: jeweils Oktober

Bruttomonatsverdienste um 2,5 Prozent gestiegen



Der **Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter** (nur Produzierendes Gewerbe) betrug im Mittel 2 587 Euro; 2,2 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Dabei erreichten die Arbeiterinnen mit einer Wochenarbeitszeit von 37,3 Stunden einen Bruttomonatslohn von 1 945 Euro (+2,3 Prozent); Männer kamen mit 38,7 Stunden auf 2 660 Euro (+2,2 Prozent).



Das durchschnittliche **Bruttomonatsgehalt der Angestellten** im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen¹⁵ betrug 3 343 Euro; es lag damit um 3,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Männliche Angestellte kamen im Schnitt auf 3 727 Euro (+2,4 Prozent), während weibliche Angestellte (bei allerdings anderen Beschäftigtenstrukturen, z. B. in Bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre) 2 625 Euro (+3,3 Prozent) verdienten.

Im Produzierenden Gewerbe war das Verdienstniveau der Angestellten 2003 mit 3 768 Euro um 2,1 Prozent höher als 2002, während für den anders strukturier-

¹⁵ ohne leitende Kräfte; nur regelmäßige Zahlungen; Produzierendes Gewerbe, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Kredit- und Versicherungsgewerbe

ten Dienstleistungsbereich ein Gehaltszuwachs um 3,1 Prozent auf 2 956 Euro ermittelt wurde.

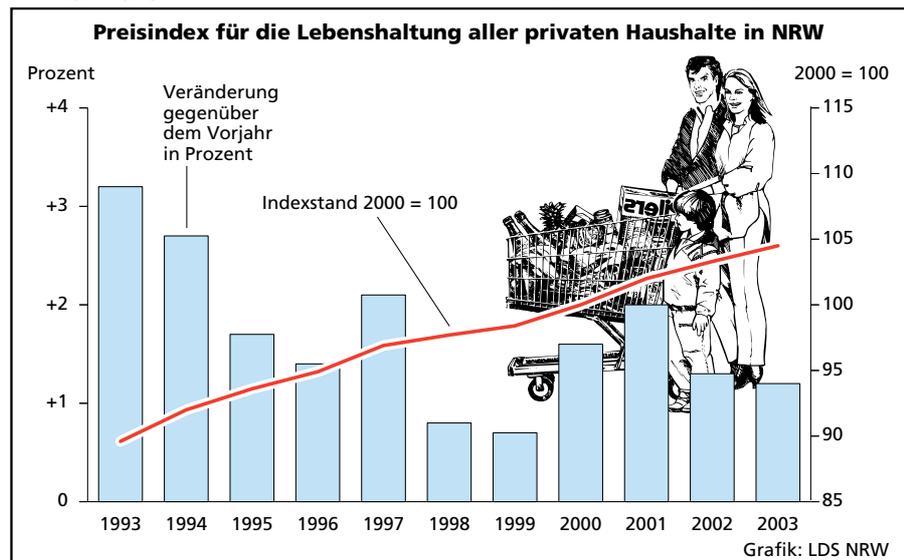
Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttostundenverdienste im Handwerk NRW			
Gewerbezweig	Wochenarbeitszeit in Stunden	Bruttostundenverdienst in Euro	
		im Mai 2003	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 2002 in Prozent
Bäcker	38,9	11,90	+4,8
Elektroinstallateure	38,4	13,91	+7,5
Fleischer	39,8	10,86	+0,9
Kfz-Mechaniker	38,2	13,23	+2,0
Klempner, Gas- und Wasserinstallateur	37,6	13,59	+2,0
Maler und Lackierer	37,7	13,34	+1,0
Metallbauer	39,9	13,44	+2,9
Tischler	37,9	13,75	-0,1
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	37,9	14,05	+4,1
Handwerk insgesamt	38,4	13,33	+3,1

Im Handwerk beliefen sich die Bruttomonatsverdienste der Gesell(inn)en im Mai 2003 im Schnitt auf 2 222 Euro (geg. 2002: +3,8 Prozent), wobei für Metallbauer mit 2 328 Euro der höchste und für das Fleischerhandwerk mit 1 877 Euro der niedrigste Durchschnittswert errechnet wurde.

Verbraucherpreise, Ausstattung der Privathaushalte

Teuerungsrate +1,2 Prozent

Die Verbraucherpreise entwickelten sich 2003 im Durchschnitt recht günstig: Mit +1,2 Prozent fiel der Anstieg des **Verbraucherpreisindex**¹⁶ im Jahr 2003 noch etwas niedriger aus als im Jahr zuvor (+1,3 Prozent). Dabei gab es in den zwölf Ausgabenbereichen des privaten Verbrauchs recht unterschiedliche Preisveränderungen gegenüber dem Jahr 2002 zwischen +5,7 Prozent und -0,8 Prozent.



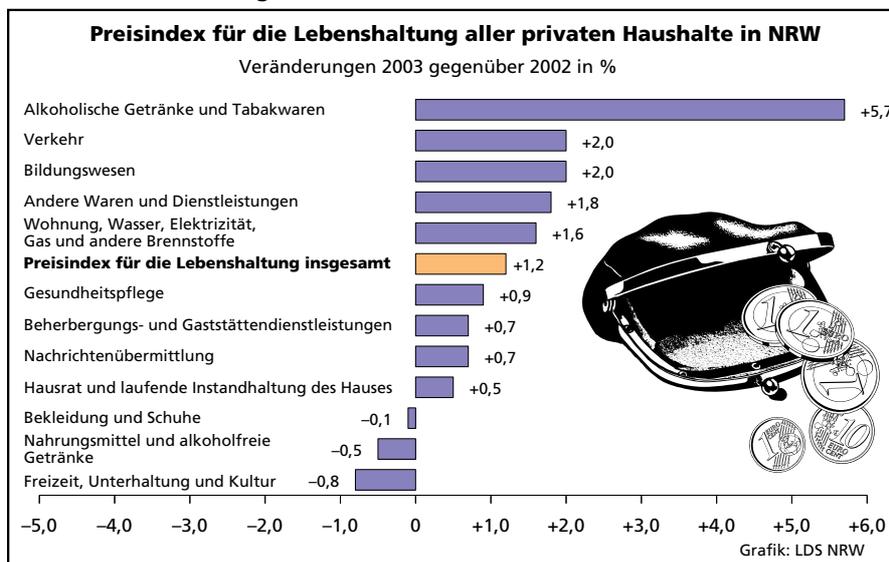
Am stärksten stiegen die Verbraucherpreise in der Hauptgruppe „**alkoholische Getränke und Tabakwaren**“ mit +5,7 Prozent; hier verteuerten sich fiskalisch bedingt Tabakwaren um 8,4 Prozent und alkoholische Getränke um 2,3 Prozent.

¹⁶ neue Bezeichnung für den „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“

In der Hauptgruppe „**Verkehr**“ (+2,0 Prozent) mussten für Verkehrsdienstleistungen 2,4 Prozent mehr aufgewendet werden als vor einem Jahr; hier erhöhten sich vor allem die Tarife für Personenbeförderung im Schienenverkehr (+3,3 Prozent) und im Ortsverkehr (+2,8 Prozent). Die Preise für Kraftstoffe stiegen um 4,5 Prozent.

Im „**Bildungswesen**“ (+2,0 Prozent) stiegen die Lehrgangsgebühren um 5,2 Prozent.

Bei „**anderen Waren und Dienstleistungen**“ (+1,8 Prozent) verteuerten sich überdurchschnittlich die Dienstleistungen der Kreditinstitute (+5,9 Prozent) und der sozialen Einrichtungen (+5,2 Prozent).



Der Teilindex für „**Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe**“ stieg um 1,6 Prozent. Hier kletterten die Wohnungsnettomieten um 0,9 Prozent und die Wohnungsnebenkosten um 3,3 Prozent. Haushaltsenergien verteuerten sich um 3,9 Prozent (Elektrizität +5,6 Prozent; Gas +5,5 Prozent; Heizöl +3,5 Prozent).

Im Bereich der „**Gesundheitspflege**“ (+0,9 Prozent) musste vor allem für die stationären Gesundheitsdienstleistungen (+3,3 Prozent) mehr aufgewendet werden.

Bei der „**Nachrichtenübermittlung**“ (+0,7 Prozent) verteuerten sich Telefon- und Telefaxdienstleistungen um 1,2 Prozent, während die Anschaffung von Telefon- und Faxgeräten um 5,5 Prozent billiger wurde.

Für „**Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen**“ (+0,7 Prozent) war im Jahre 2003 ebenfalls eine moderate Preissteigerung zu verzeichnen; dabei

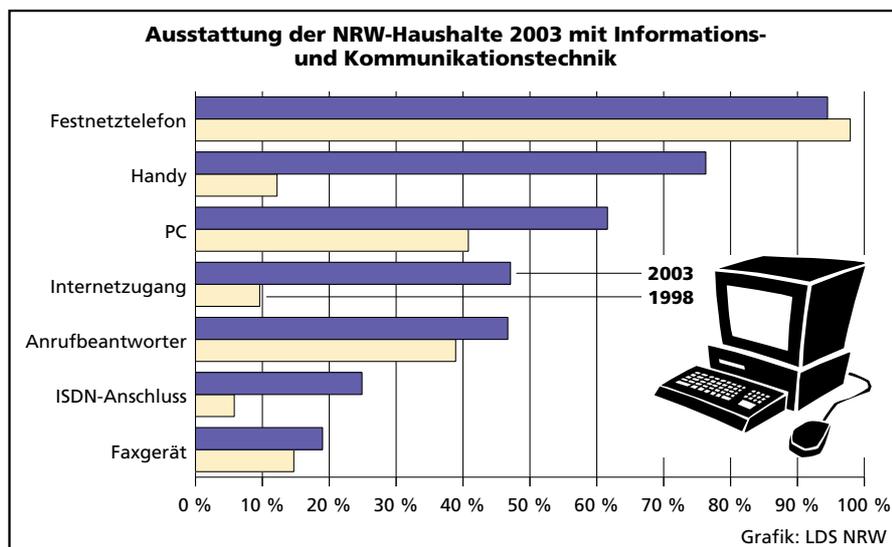
stiegen die Preise für Beherbergungsdienstleistungen um 1,4 Prozent und die für Verpflegungsdienstleistungen um 0,5 Prozent.

In der Index-Hauptgruppe „**Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses**“ (+0,5 Prozent) verteuerten sich Glaswaren, Bestecke und Silberwaren um 1,2 Prozent, während Haushaltsgeräte um 0,4 Prozent billiger angeboten wurden als ein Jahr zuvor.

Beim Teilindex „**Bekleidung und Schuhe**“ (-0,1 Prozent) konnte der Preisanstieg bei Schuhen (+0,2 Prozent) durch sinkende Bekleidungspreise (-0,3 Prozent) kompensiert werden.

In der Hauptgruppe „**Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke**“ war ein Preisrückgang um 0,5 Prozent zu verzeichnen; hier verbilligten sich Obst (-1,3 Prozent) und Gemüse einschl. Kartoffeln (-4,1 Prozent), während Fische und Fischwaren (+1,6 Prozent) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+0,6 Prozent) teurer wurden.

Die für die Verbraucher günstigste Entwicklung gab es in der Hauptgruppe „**Freizeit, Unterhaltung und Kultur**“ (-0,8 Prozent), verursacht vor allem durch den Preisrückgang im Multimediabereich (-7,5 Prozent) und hier speziell bei PCs und sonstigen Informationsgeräten (-20,6).

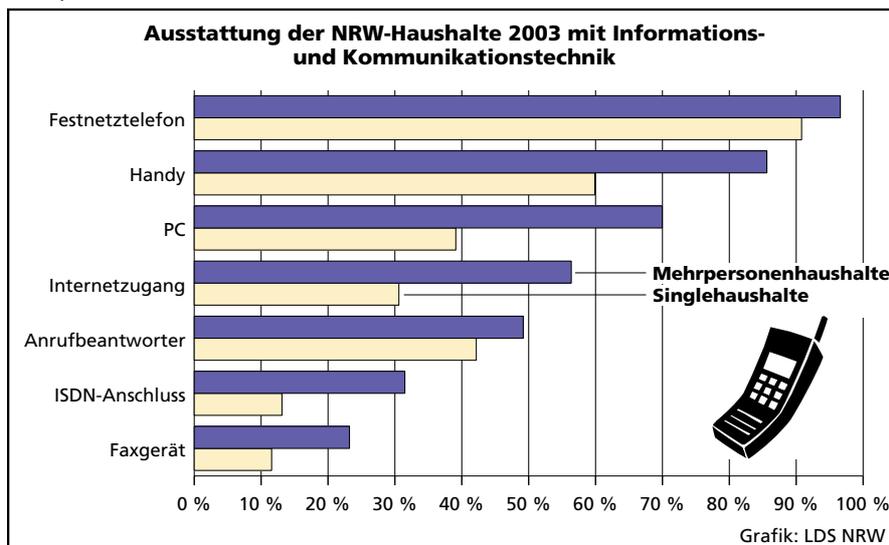


Ergebnissen der alle fünf Jahre durchgeführten „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ (EVS) zufolge war 2003 eine weitere Verbesserung der **Ausstattung** nordrhein-westfälischer Privathaushalte **mit langlebigen Gebrauchsgütern** festzustellen. Vor allem der Ausstattungsgrad mit Informations- und Telekommunikationstechnik ist im Vergleich zur letzten EVS im Jahr 1998 beachtlich gestiegen.

Für einen Großteil der Haushalte gehört heute ein Handy zur Ausstattung; in drei von vier Haushalten war mindestens ein Mobiltelefon vorhanden (76,3 Prozent). Damit hat sich die Zahl der Haushalte mit einem Mobilfunkanschluss binnen fünf Jahren etwa versechsfacht (1998: 12,2 Prozent). Bezieht man die Entwicklung der Mobilfunk- und Festnetzanschlüsse aufeinander, dann kann vermutet werden, dass es bereits einen (geringen) Anteil Haushalte gibt, die ausschließlich einen Mobilfunkanschluss haben. Auch der Anteil derer, die über einen eigenen Internetzugang verfügen (oder einen solchen nutzen können), hat sich fast verfünffacht (von 9,6 Prozent auf 47,1 Prozent), und die Verbreitung von ISDN-Anschlüssen ist auf das Vierfache gestiegen (von 5,8 Prozent auf 24,9 Prozent).

Handy bereits in drei von vier Haushalten

Deutliche Ausstattungs-Unterschiede waren hinsichtlich der Haushaltsgröße gegeben: Insbesondere Einpersonenhaushalte besaßen wesentlich seltener Güter aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik als dies bei den Mehrpersonenhaushalten der Fall war.



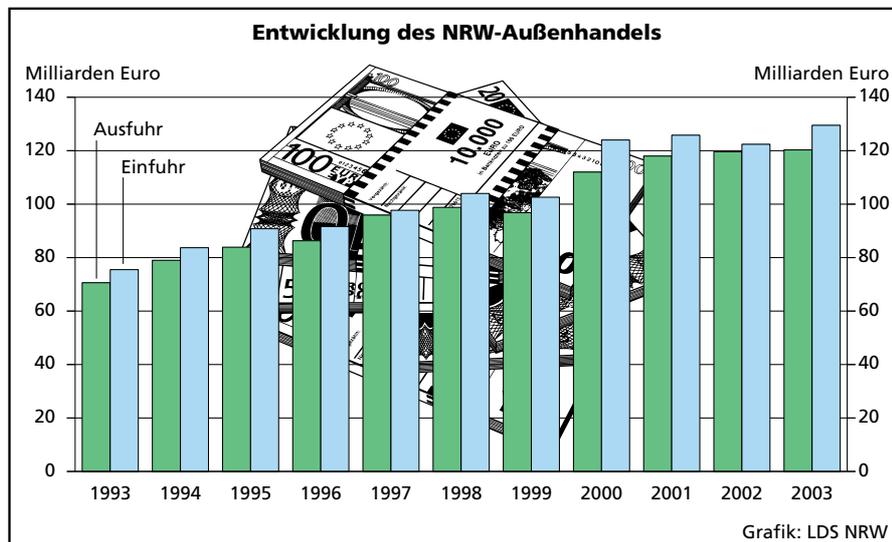
Aber auch Strukturmerkmale, wie die Zahl der Kinder, hatten einen wesentlichen Einfluss auf die Ausstattung der Haushalte. So gab es in kinderlosen Haushalten deutlich seltener einen PC, einen Internetzugang und einen ISDN-Anschluss. Auch Handys waren in geringerem Umfang vorhanden, wenn auch hier der Abstand zu den Haushalten mit Kindern nicht so stark ausgeprägt war. Bei der Ausstattung mit „klassischen“ Medien der Kommunikation (Festnetzanschluss, Anrufbeantworter) gab es dagegen geringere Unterschiede zwischen Haushalten mit und solchen ohne Kinder.

Außenhandel

Der nordrhein-westfälische Außenhandel wurde im Jahr 2003 von den Wirtschafts- und Währungsturbulenzen auf den Weltmärkten geprägt. Insgesamt er-

Rekordvolumen im NRW-Außenhandel

reichte das Volumen des NRW-Außenhandels 2003 nach vorläufigen Berechnungen mit 249,8 Milliarden Euro das bisher höchste Volumen aller Zeiten. Dabei war der Wert der Importe mit 129,5 Milliarden Euro um 5,8 Prozent höher als im Vorjahr. Die Exporte waren dagegen – wegen der anhaltenden Konjunkturflaute im Euroraum und der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte – mit 120,3 Milliarden Euro nur um 0,6 Prozent höher als 2002.



Den mit Abstand größten Absatzmarkt für die **NRW-Exporte** bilden nach wie vor die Länder der Europäischen Union. Mehr als die Hälfte (59,7 Prozent) aller Lieferungen gingen in die EU-Mitgliedsstaaten mit den Hauptabnehmern Benelux, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die EFTA-Länder hielten einen Anteil von 4,0 Prozent.

Im Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern übertrafen die NRW-Exporte mit fast 14 Milliarden Euro (+5,2 Prozent) deutlich das Vorjahresergebnis. Zu den wichtigsten Warenabnehmern dieser Ländergruppe zählten die Russische Föderation mit rund 2,0 Milliarden Euro (+4,9 Prozent), Polen mit 3,3 Milliarden Euro (+0,7 Prozent), Tschechien mit 2,6 Milliarden Euro (+3,3 Prozent) und Ungarn mit 1,8 Milliarden Euro (+19,5 Prozent).

Die Ausfuhren nach Nordamerika (NAFTA-Länder) summierten sich auf 9,9 Milliarden Euro und fielen damit um 9,2 Prozent niedriger aus als im Jahr zuvor. 8,1 Milliarden Euro (-11,3 Prozent) entfielen auf die USA, 0,7 Milliarden Euro (-5,2 Prozent) auf Kanada und 1,1 Milliarden Euro (+6,8 Prozent) auf Mexiko.

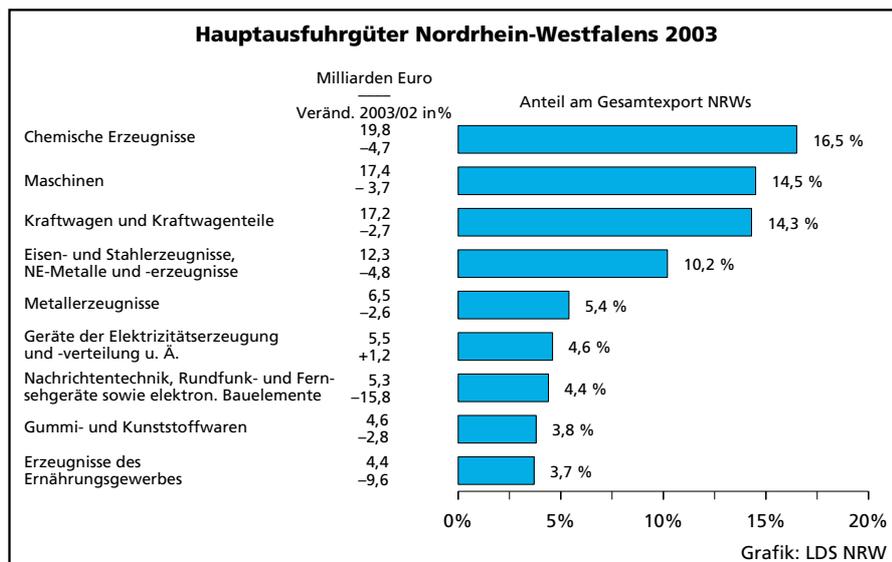
Auf den für Nordrhein-Westfalen wichtigen Märkten im asiatischen Raum orderten die asiatischen Schwellenländer (Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan) Waren im Wert von 2,7 Milliarden Euro (-6,3 Prozent). Die Lieferungen nach Japan verringerten sich auf 1,6 Milliarden Euro (-7,2 Prozent), während die

Exporte nach China mit 3,7 Milliarden Euro (+14,7 Prozent) ihren bislang höchsten Wert erreichten.

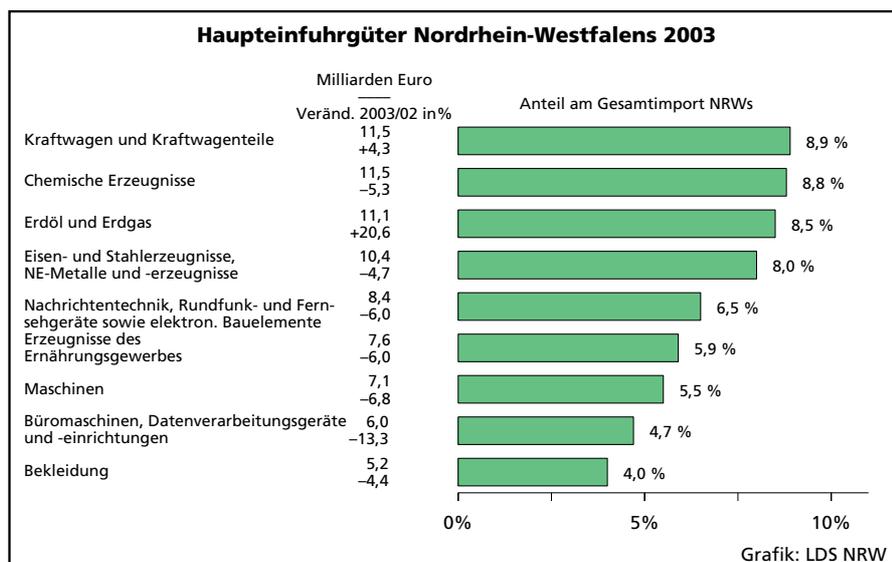
Ausfuhr Nordrhein-Westfalens 2003			
Ausfuhr Nordrhein-Westfalens nach ... / in die ...	Ausfuhr 2003*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	120 338,6	+ 0,6	100
EU-Länder	71 789,1	+ 0,8	59,7
Belgien	9 545,5	- 4,2	7,9
Dänemark	2 422,0	- 12,6	2,0
Finnland	1 449,9	- 3,0	1,2
Frankreich	11 493,0	+ 1,8	9,6
Griechenland	962,8	+ 12,9	0,8
Großbritannien	9 569,0	- 2,3	8,0
Irland	591,5	- 17,0	0,5
Italien	8 589,1	+ 4,5	7,1
Luxemburg	661,9	+ 7,6	0,6
Niederlande	11 211,1	- 0,6	9,3
Österreich	5 756,5	+ 5,3	4,8
Portugal	969,4	- 5,3	0,8
Schweden	2 761,7	+ 10,1	2,3
Spanien	5 805,6	+ 11,1	4,8
EFTA-Länder	4 798,3	- 3,5	4,0
Island	62,7	+ 10,7	0,1
Liechtenstein	841,9	- 7,7	0,7
Norwegen	47,6	+ 33,6	-
Schweiz	3 846,2	- 3,1	3,2
Mittel- und osteuropäische Länder	13 986,7	+ 6,7	11,6
darunter			
Polen	3 303,6	+ 0,7	2,7
Russische Föderation	1 985,8	+ 4,9	1,7
Slowakei	821,6	+ 34,0	0,7
Tschechien	2 644,4	+ 3,3	2,2
Ungarn	1 845,2	+ 19,5	1,5
NAFTA-Länder	9 866,1	- 9,2	8,2
Kanada	671,9	- 5,2	0,6
Mexiko	1 076,7	+ 6,8	0,9
USA	8 117,6	- 11,3	6,7
Asiatische Schwellenländer	2 745,8	- 6,3	2,3
Hongkong	648,2	- 10,4	0,5
Singapur	479,8	- 2,6	0,4
Südkorea	920,0	+ 0,9	0,8
Taiwan	697,9	- 13,0	0,6
ausgewählte andere Länder			
Brasilien	786,6	- 17,9	0,7
China	3 694,2	+ 14,7	3,1
Japan	1 570,6	- 7,2	1,3

*) vorläufige Ergebnisse

Wichtigste **Exportgüter** NRWs waren 2003 chemische Erzeugnisse, deren Anteil 16,5 Prozent (2002: 17,4 Prozent) betrug. Auf Platz zwei kamen Maschinenbau-Erzeugnisse mit 14,5 Prozent (2002: 15,1 Prozent), gefolgt von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 14,3 Prozent (2002: 14,8 Prozent) und Produkten der Gruppe „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“ mit 10,2 Prozent (2002: 10,8 Prozent).



Bei den **Importen** entfielen 8,9 Prozent (2002: 9,0 Prozent) auf Kraftwagen und Kraftwagenteile, 8,8 Prozent auf chemische Erzeugnisse (2002: 9,9 Prozent), 8,5 Prozent (2002: 7,5 Prozent) auf Erdöl und Erdgas und 8,0 Prozent (2002: 9,0 Prozent) auf „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“.



Mit knapp 57 Prozent stammten mehr als die Hälfte der eingeführten Waren aus den EU-Ländern. Auf die mittel- und osteuropäischen Länder entfielen 10,3 Prozent und auf die EFTA-Länder 6,2 Prozent der Warenlieferungen.

An den NRW-Einfuhren aus den außereuropäischen Ländern waren die USA mit 3,6 Prozent, Japan mit 5,1 Prozent und China mit 6,1 Prozent beteiligt.

Einfuhr Nordrhein-Westfalens 2003			
Einfuhr Nordrhein-Westfalens aus ... /aus den ...	Einfuhr 2003*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	129 529,1	+ 5,8	100
EU-Länder	73 402,0	+ 5,7	56,7
Belgien	10 222,0	+ 3,9	7,9
Dänemark	2 628,7	+ 6,3	2,0
Finnland	1 358,6	- 27,7	1,0
Frankreich	10 458,3	+ 11,7	8,1
Griechenland	390,8	+ 0,8	0,3
Großbritannien	8 660,4	+ 3,1	6,7
Irland	1 586,2	+ 2,4	1,2
Italien	7 077,5	+ 4,3	5,5
Luxemburg	522,6	- 5,5	0,4
Niederlande	19 297,4	+ 9,0	14,9
Österreich	3 452,3	+ 6,1	2,7
Portugal	828,1	+ 5,4	0,6
Schweden	2 621,6	+ 17,2	2,0
Spanien	4 297,4	+ 1,2	3,3
EFTA-Länder	7 982,6	+ 23,0	6,2
Island	91,1	- 29,7	0,1
Liechtenstein	101,3	- 8,3	0,1
Norwegen	5 067,2	+ 44,5	3,9
Schweiz	2 723,0	- 0,7	2,1
Mittel- und osteuropäische Länder	13 337,7	+ 3,5	10,3
darunter			
Polen	3 666,8	+ 4,3	2,8
Russische Föderation	2 143,6	+ 1,9	1,7
Slowakei	697,5	+ 10,1	0,5
Tschechien	2 288,9	+ 6,1	1,8
Ungarn	1 914,6	+ 5,6	1,5
NAFTA-Länder	5 751,6	- 12,4	4,4
Kanada	838,1	- 17,5	0,6
Mexiko	207,9	+ 19,3	0,2
USA	4 705,6	- 12,4	3,6
Asiatische Schwellenländer	3 621,9	- 5,2	2,8
Hongkong	614,7	+ 3,9	0,5
Singapur	652,5	- 2,8	0,5
Südkorea	689,8	- 15,9	0,5
Taiwan	1 664,9	- 4,3	1,3
ausgewählte andere Länder			
Brasilien	822,5	- 11,8	0,6
China	7 958,4	+ 28,4	6,1
Japan	6 641,7	+ 6,9	5,1

*) vorläufige Ergebnisse

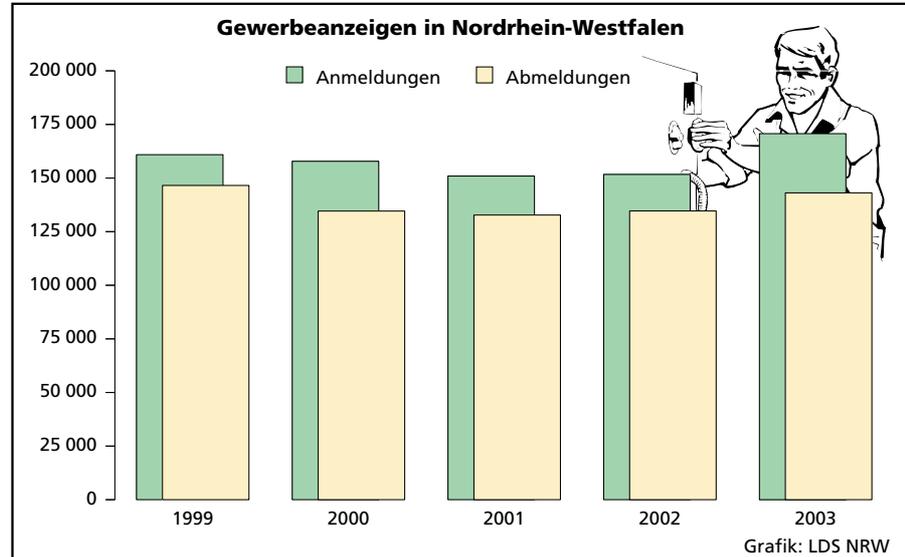
Gewerbemeldungen, Insolvenzen

Im Jahre 2003 gingen bei den nordrhein-westfälischen Gewerbeämtern 170 712 **Gewerbeanmeldungen** ein, 12,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** nahm um 6,3 Prozent auf 143 085 zu.

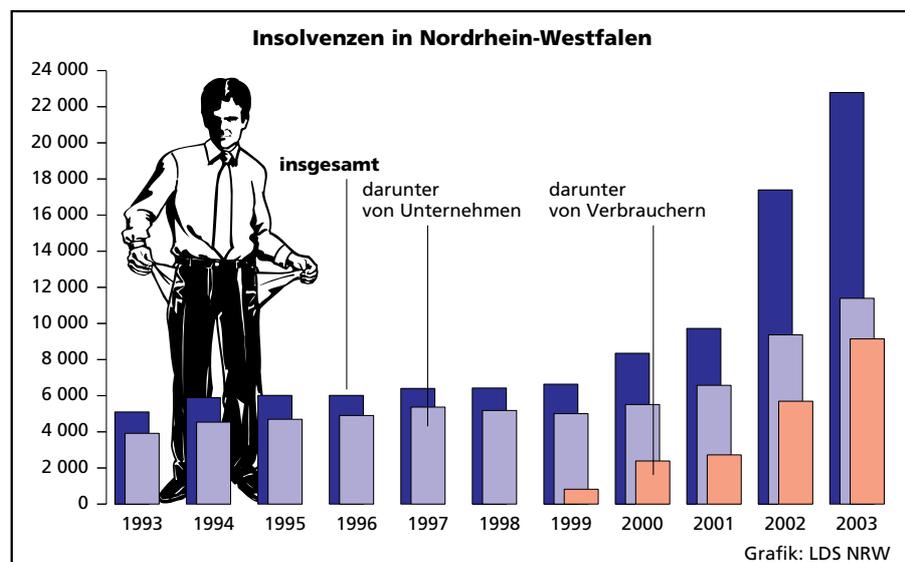
**12,5 Prozent mehr
Gewerbeanmeldungen**

Differenziert man nach Gründen der Gewerbeanmeldung, so bestand in 145 148 Fällen die Absicht, einen Gewerbebetrieb neu zu errichten. Dies entspricht ei-

nem Anteil von 85,0 Prozent an allen Gewerbebeanmeldungen. Bei 17 433 Gewerbebeanmeldungen (10,2 Prozent) war Grund der Meldung die Übernahme eines bestehenden Gewerbebetriebes (Kauf, Pacht, Erbfolge), ein Gesellschaftereintritt oder ein Rechtsformwechsel. In 8 131 Fällen (4,8 Prozent) erfolgte die Meldung wegen Zuzugs aus dem Bereich einer anderen Gewerbebeanmeldebehörde.



Auch im Jahr 2003 entfiel wieder etwa ein Drittel der Gewerbebeanmeldungen (32,7 Prozent) auf den Bereich „Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“. Weitere 26,5 Prozent der Gewerbebeanmeldungen waren dem sehr heterogen zusammengesetzten Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen“ zuzuordnen. 9,4 Prozent der Gewerbebeanmeldungen betrafen den Bereich „Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“ und 7,8 Prozent das Gastgewerbe, 6,9 Prozent das Baugewerbe und 3,7 Prozent das Verarbeitende Gewerbe.



11 393 nordrhein-westfälische Unternehmen stellten 2003 bei den Amtsgerichten einen Antrag auf Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens**, 21,6 Prozent mehr

als 2002 (damals: 9 370 Unternehmensinsolvenzen). Dabei wurde in 7 525 Fällen ein Insolvenzverfahren eröffnet; in 3 868 Fällen musste die Eröffnung mangels Masse abgewiesen werden.

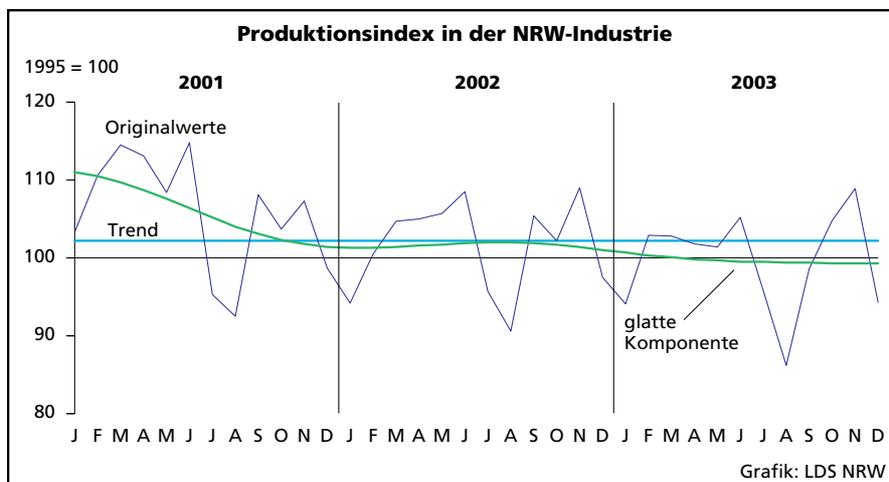
Die am häufigsten von Insolvenzen betroffenen Wirtschaftsbereiche waren, wie schon im Vorjahr, das Baugewerbe (2 230 Fälle, +14,7 Prozent), der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (2 424 Fälle, +22,9 Prozent) und der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen“ (2 263 Fälle, +17,4 Prozent).

Neben den Unternehmen beantragten im letzten Jahr 11 394 weitere Schuldner die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. In 9 147 Fällen (+60,6 Prozent) wurde dabei das 1999 im Rahmen der Insolvenzrechtsreform eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren in Anspruch genommen. Der Anstieg bei den Verbraucherinsolvenzen dürfte zu einem guten Teil der Reform des Insolvenzrechts vom Dezember 2001 zuzuschreiben sein, die nun eine Stundung der Verfahrenskosten erlaubt.

Insgesamt belief sich die Zahl der Insolvenzverfahren in NRW im Jahre 2003 auf 22 787 (2002: 17 394), die in der Summe zu Forderungen in Höhe von voraussichtlich über elf Milliarden Euro führen.

Industrie, Handwerk

Die nordrhein-westfälische **Industrie**¹⁷ musste in den vergangenen drei Jahren die **Produktion** zum Teil erheblich drosseln: 2001 schrumpfte der Güterausstoß im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent und 2002 um weitere 4,1 Prozent. Im abgelaufenen Jahr 2003 setzte sich dieser Rückgang mit –1,8 Prozent verlangsamt fort.



¹⁷ Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus sowie der Gewinnung von Steinen und Erden (einschl. des Verarbeitenden Handwerks) mit im Allgemeinen mindestens 20 tätigen Personen.

**Fast zwei Drittel mehr
Verbraucherinsolvenzen**

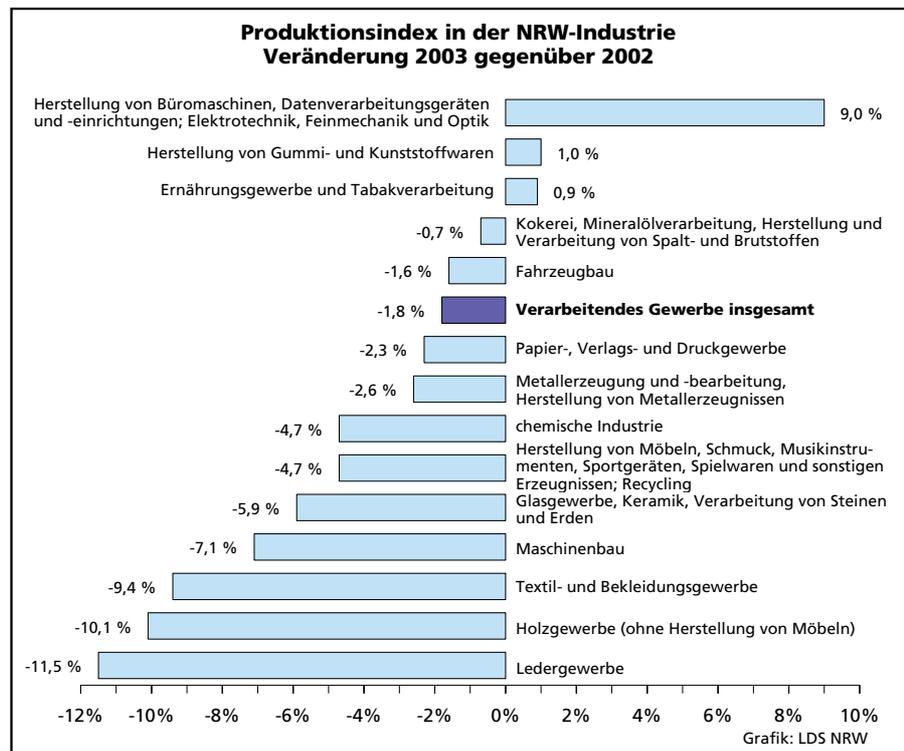
**Verlangsamerter Rückgang
der Industrieproduktion**

Hatten die Konjunkturumfragen Anfang 2003 noch Anlass zu etwas Optimismus gegeben, so verkehrte sich diese Einschätzung im weiteren Jahresverlauf sehr schnell ins Gegenteil. So verringerte sich der Ausstoß von Gütern im zweiten Quartal um 3,4 Prozent und im 3. Quartal um 3,8 Prozent (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Im vierten Quartal schwächte sich der Rückgang mit nur noch –0,2 Prozent jedoch merklich ab.

In den einzelnen Industriebauptgruppen verlief die konjunkturelle Entwicklung unterschiedlich. Die Produzenten von Vorleistungsgütern, die rund 40 Prozent aller industriellen Erzeugnisse auf sich vereinen, schränkten 2003 ihre Produktion um 2,4 Prozent ein. Im Gegensatz hierzu zeichneten sich im Investitionsgütersektor bereits ab Jahresmitte leichte Belebungen der Produktionstätigkeit ab, die zunächst zwar noch unstetig verliefen, sich zum Jahresende hin jedoch verstärkten (viertes Quartal: +4,6 Prozent), so dass dieser Bereich über das gesamte Jahr hinweg ein Plus von 0,2 Prozent gegenüber 2002 realisieren konnte.

Leichte Belebung im Investitionsgütersektor

Die nahe am Endverbraucher produzierenden Industriebereiche waren im abgelaufenen Jahr von der heimischen Nachfrageschwäche betroffen – in Anbetracht der unsicher einzuschätzenden Konjunktur- und Einkommensentwicklung übten offensichtlich viele Haushalte Kaufzurückhaltung, insbesondere bei den langlebigen Konsumgütern. So mussten die Gebrauchsgüter- und die Verbrauchsgüterproduzenten 2003 Produktionsrückgänge um 7,2 Prozent bzw. 2,6 Prozent verbuchen.



Unterschiedliche Verläufe zeichneten sich 2003 ebenfalls in den größeren Wirtschaftszweigen unseres Landes ab, wobei teilweise Sonderentwicklungen den Ausschlag gaben. Im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung sowie im nachgelagerten Wirtschaftszweig Herstellung von Metallerzeugnissen, die beide zusammen annähernd ein Sechstel der NRW-Industrie ausmachen, verringerte sich 2003 die Produktion um 2,6 Prozent. Dabei war im vierten Quartal eine Beruhigung der Abwärtstendenz zu beobachten. Deutlicher noch fiel mit –4,7 Prozent der Rückgang bei den chemischen Erzeugnissen aus.

Im Maschinenbau, dessen Produktion um 7,1 Prozent abnahm, war zum Jahresende eine Trendwende noch nicht erkennbar. Im Fahrzeugbau, dessen Entwicklung maßgeblich von der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bestimmt wird, verringerte sich die Produktionsleistung über das Jahr gesehen um 1,6 Prozent. Nach der Flaute in den Sommermonaten ergab sich hier im vierten Quartal jedoch wieder ein Wachstum um 3,1 Prozent.

Eine Sonderentwicklung bestimmte im Jahr 2003 den Bereich „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, der sich durch ein Plus von 9,0 Prozent deutlich vom allgemeinen Trend abhob. In den Teilbereichen dieses Sektors gab es durchweg Produktionsanstiege. Maßgeblich beeinflusst wurde die Gesamtentwicklung jedoch von dem Wirtschaftszweig „Rundfunk- und Nachrichtentechnik“: Nach zwei mageren Jahren, in denen die Produktionsleistung zurückgefahren werden musste, nahm durch die große Nachfrage nach MMS-fähigen Handys die Produktionsleistung wieder um 21,4 Prozent zu.

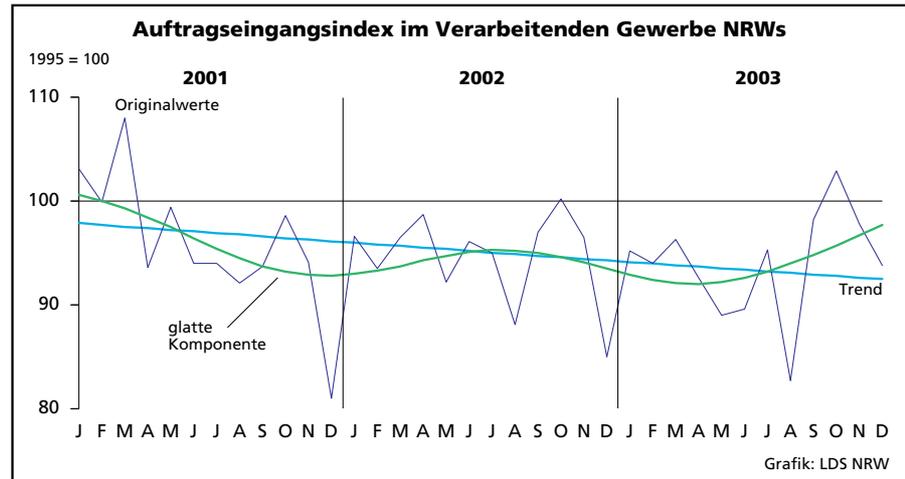
Zum Jahresende hatten die rund 10 500 Industriebetriebe in NRW 1 323 000 **Beschäftigte** (–2,0 Prozent). Damit ist im Vergleich zu 2002 ein Abbau von rund 33 000 Arbeitsplätzen zu konstatieren.

Insgesamt erwirtschafteten die Industrie-Betriebe im Jahr 2003 einen **Umsatz** von 287,2 Milliarden Euro, was einen Rückgang um 1,4 Prozent gegenüber 2002 bedeutet. Da die Inlandsumsätze (–1,9 Prozent) etwas stärker zurückgingen als die Auslandsumsätze (–0,3 Prozent), nahm die Exportquote auf 35,9 Prozent zu.

**Exportquote jetzt bei
fast 36 Prozent**

Die Entwicklung der **Auftragseingänge** geht der Produktion voraus. Sie lässt Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung bei Produktion, Umsatz und Beschäftigung zu. Die getrennte Erhebung von Inlands- und Auslandsaufträgen ermöglicht darüber hinaus Aussagen darüber, ob entscheidende Konjunkturimpulse von der heimischen Nachfrage oder vom Ausland ausgehen werden.

Zum Jahreswechsel 2002/2003 hatte die Auftragslage der Industrie¹⁸ noch zu einigem Optimismus Anlass gegeben. Nach dem Anstieg der Auftragseingänge im vierten Quartal 2002 (+2,9 Prozent gegenüber dem gleichen Quartal 2001) gaben die Bestelleingänge im ersten Quartal 2003 nur leicht nach (-0,4 Prozent). Von April bis zum Ende der Sommerferien in NRW brachen die Aufträge jedoch kräftig ein (zweites Quartal -5,5 Prozent) – zum einen wegen der seit geraumer Zeit zu beobachtenden Schwäche des inländischen privaten Konsums, zum anderen wegen der vom Irak-Konflikt und der in Ostasien ausgebrochenen Lungenkrankheit SARS ausgehenden Verunsicherungen.



Nach dem Ende der Sommerferien machte sich jedoch ein deutlicher Umschwung in der Stimmungslage der Wirtschaft bemerkbar, was sich sowohl in den Konjunkturtests der Institute und Verbände widerspiegelte als auch in der amtlichen Auftragseingangsstatistik (September: +1,2 Prozent). Im vierten Quartal waren die Auftragseingänge dann um 4,1 Prozent höher als vor Jahresfrist. Ausgelöst wurde diese positive Entwicklung allerdings ausschließlich durch einen rasanten Anstieg der Auslandsnachfrage um 11,7 Prozent. Die Aufträge aus dem Inland nahmen dagegen im vierten Quartal um 1,2 Prozent ab.

Anstieg der Auslandsnachfrage zum Jahresende

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe NRWs 2003 im Vergleich zu 2002			
Produzenten von ...	Inland	Ausland	insgesamt
	in Prozent		
Vorleistungsgütern	-2,5	+0,6	-1,3
Investitionsgütern	-0,9	+3,7	+1,5
Gebrauchsgütern	-6,3	-6,0	-6,2
Verbrauchsgütern	-3,8	+2,4	-2,1
Insgesamt	-2,7	+1,8	-0,8

Inwieweit von den Exporten ein dauerhafter Konjunkturimpuls auf die nordrhein-westfälische Industrie ausgehen wird, lässt sich im Moment schwer beurteilen. Zwar zeigt sich auch in den wichtigsten Handelspartnerländern eine Konjunkturbelebung; ein Dämpfer für künftige Bestelleingänge aus dem Ausland, insbesondere aus Nordamerika, könnte jedoch von einem gegenüber dem US-Dollar stark notierten Euro ausgehen.

¹⁸ ohne den Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung

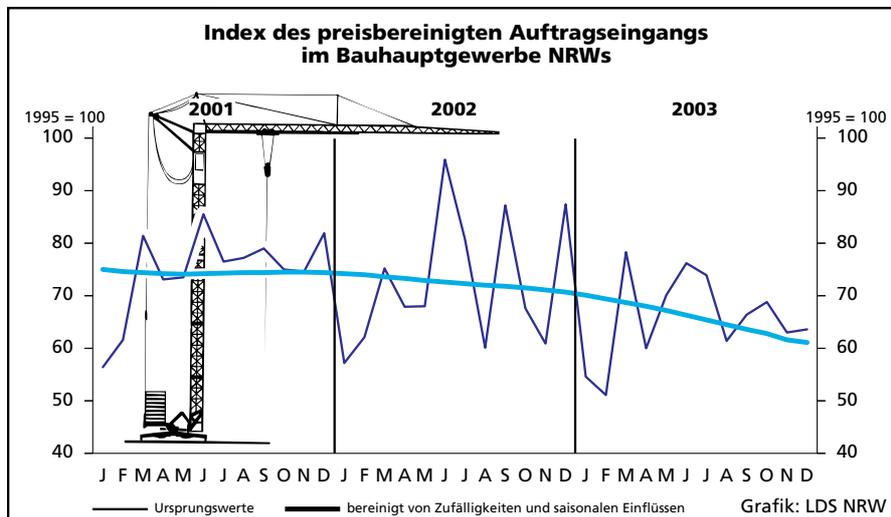
Handwerk in Nordrhein-Westfalen		
Gewerbegruppe	Beschäftigte	Umsatz
	Veränderung 2003 gegenüber 2002 in Prozent	
Bau- und Ausbaugewerbe	-5,7	-4,3
Elektro- und Metallgewerbe	-6,2	-2,6
Holzgewerbe	-5,1	-5,1
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	-8,3	-1,3
Nahrungsmittelgewerbe	-1,9	-6,9
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	-4,0	-1,5
Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe	-8,1	-7,9
Handwerk insgesamt	-5,0	-3,5

Das **Handwerk** Nordrhein-Westfalens musste auch im Jahr 2003 sowohl Umsatz- als auch Beschäftigungsverluste hinnehmen. So lag der Umsatz nominal um 3,5 Prozent unter dem Vergleichswert des Jahres 2002 und die Beschäftigtenzahl sank um 5,0 Prozent.

Bauwirtschaft

Bei den Betrieben mit den Schwerpunkten „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“ (im weiteren „Bauhauptgewerbe“ genannt) hielt 2003 der Nachfragerückgang der letzten Jahre in verstärkter Form an. Der reale **Auftragseingangsindex** lag um zehn Prozent unter dem Vorjahresniveau. Dieses Ergebnis ist auf die deutlich rückläufige Baunachfrage im Hochbau (-15 Prozent) zurückzuführen. Im Tiefbau waren die Auftragseingänge dagegen nur um ein Prozent niedriger als 2002.

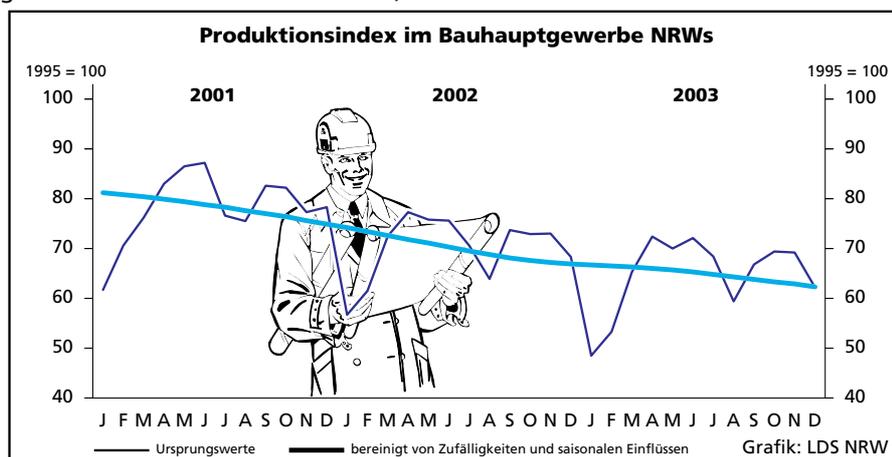
**Nachfrage im Bauhauptgewerbe
sank um 10 Prozent**



Innerhalb des Hochbaus nahm die Nachfrage im gewerblichen und industriellen Hochbau (-25 Prozent) am deutlichsten ab. Auch im öffentlichen Hochbau gingen die Auftragseingänge zurück (-10 Prozent). Dagegen erzielte der Wohnungsbau ein Plus von 2 Prozent. Innerhalb des Tiefbaus konnten die Rückgänge sowohl im gewerblichen und industriellen Tiefbau (-1 Prozent) als auch im sonstigen öffentlichen Tiefbau (-5 Prozent) durch die gestiegene Nachfrage nach Straßenbauleistungen (+1 Prozent) nicht kompensiert werden.

Produktionsrückgang in allen Bausparten

Auch die **Produktion** blieb hinter jener des Vorjahres zurück. Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe lag 2003 um acht Prozent niedriger als 2002 (Hochbau –9 Prozent, Tiefbau –7 Prozent). Die Produktionseinbußen erstreckten sich auf alle Bausparten, sowohl des Hochbaus (gewerblicher und industrieller Hochbau –12 Prozent, Wohnungsbau –6 Prozent, öffentlicher Hochbau –4 Prozent) als auch des Tiefbaus (gewerblicher und industrieller Tiefbau –6 Prozent, Straßenbau –7 Prozent, sonstiger öffentlicher Tiefbau –7 Prozent).



Der 2003 von den Betrieben des Bauhauptgewerbes erwirtschaftete **Umsatz** belief sich auf 13,5 Milliarden Euro, das waren nominal drei Prozent und real – also unter Berücksichtigung der Baupreisentwicklung – zwei Prozent weniger als 2002. Die Zahl der Betriebe war zum Stichtag der **Bautotalerhebung** (30. Juni 2003) mit 10 518 Betrieben um 506 niedriger als ein Jahr zuvor, und die Zahl der Beschäftigten war mit 130 490 um 13 367 kleiner.

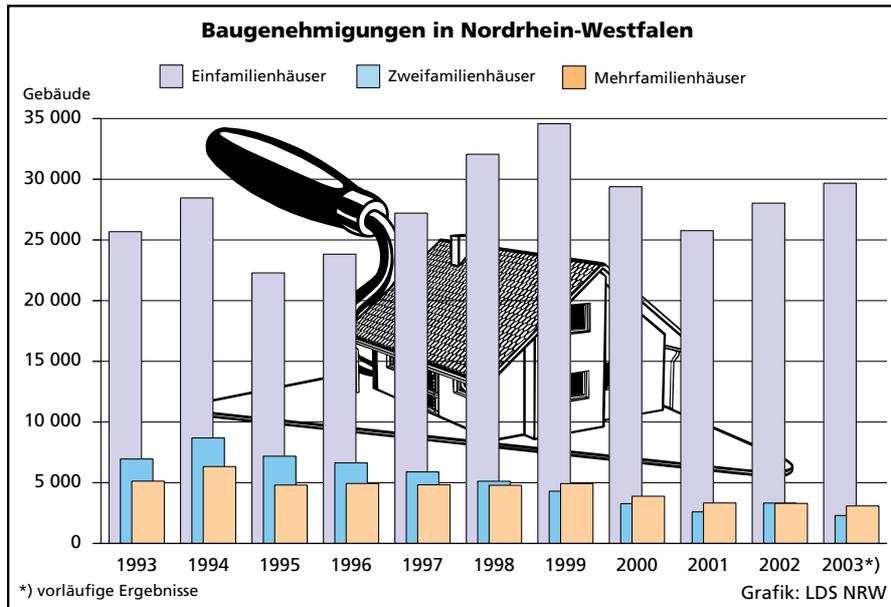
Im nordrhein-westfälischen **Ausbaugewerbe**¹⁹ standen Ende 2003 rund 56 000 Arbeitsplätze zur Verfügung, 9,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der für 2003 gemeldete Gesamtumsatz belief sich auf etwas mehr als 5,2 Milliarden Euro; er lag damit um sieben Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Bautätigkeit und Wohnungsbestand

Insbesondere zu Beginn des Jahres 2003 zeigte sich bei der Zahl der **Baugenehmigungen** nach länger anhaltendem Abschwung wieder eine leichte Belebung: Im ersten Quartal lag die Zahl der von den Bauämtern genehmigten Wohngebäude deutlich über dem Vorjahres-Vergleichswert, wahrscheinlich bedingt durch vorgezogene Bauvorhaben im Zusammenhang mit den Ende 2002 diskutierten Kürzungen in der Eigenheimförderung. Im weiteren Jahresverlauf setzte sich dagegen die eher schleppende Entwicklung der Vorjahre fort. Insgesamt wurden 2003 in NRW 35 065 Bauanträge für Wohnungen genehmigt (4,1 Prozent mehr als 2002).

Mehr Baugenehmigungen ...

¹⁹ Betriebe von Unternehmen mit zwanzig oder mehr Beschäftigten



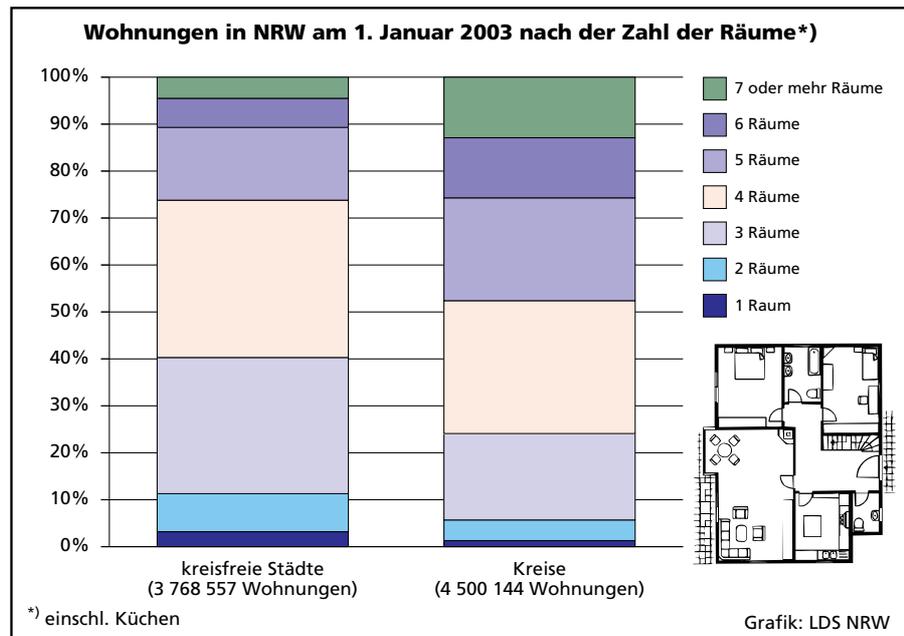
Nachdem zu Anfang 2003 die **Baufertigstellungen** jene des Vorjahres übertrafen hatten – bedingt durch Bestrebungen, noch von den auslaufenden besseren finanziellen Förderungsmöglichkeiten zu profitieren –, sank ihre Zahl ab dem zweiten Quartal unter die Vorjahreswerte ab. Voraussichtlich wird das Gesamtergebnis für 2003 weniger als 90 Prozent des Vorjahresergebnisses betragen.

... weniger Baufertigstellungen

Der **Baupreisindex** für konventionell gefertigte Wohngebäude²⁰ hat sich 2003 gegenüber 2002 per Saldo nicht verändert, da Verteuerungen bei Ausbauarbeiten (+0,7 Prozent) durch nachgebende Preise für Rohbauarbeiten (-0,8 Prozent) kompensiert wurden. Betrachtet man den Zeitraum von 1993 bis 2003, so hat sich das Bauen um 11 Prozent verteuert. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum kletterten die Wohnungsmieten um 26 Prozent.

Der **Wohnungsbestand** lag Anfang 2003 in NRW mit rund 8 268 700 Einheiten um 51 700 Wohnungen oder 0,6 Prozent über dem Vorjahresbestand. Dabei war der Zuwachs in den Kreisen (+38 150) fast dreimal so hoch wie in den kreisfreien Städten (+13 550). Von den fast dreieinhalb Millionen Wohngebäuden im Lande waren zwei Millionen (57,3 Prozent) Einfamilienhäuser, 722 900 (20,7 Prozent) Zweifamilienhäuser und 768 700 (22,0 Prozent) Mehrfamilienhäuser. Letztere stehen überwiegend in den dichter besiedelten kreisfreien Städten – ihr Anteil am Wohngebäudebestand beträgt hier 39,2 Prozent, in den Kreisen dagegen nur 14,0 Prozent. Kennzeichnend für die Kreise sind ein hoher Anteil an Einfamilienhäusern nahe bei der Zweidrittelmarke (63,7 Prozent gegenüber einem Landesdurchschnitt von 57,1 Prozent) und eine um zehn Quadratmeter höhere durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung als im Landesdurchschnitt (74 m²).

²⁰ Bauleistungen am Bauwerk; nicht dazu gehören u.a. Baunebenleistungen und Außenanlagen.

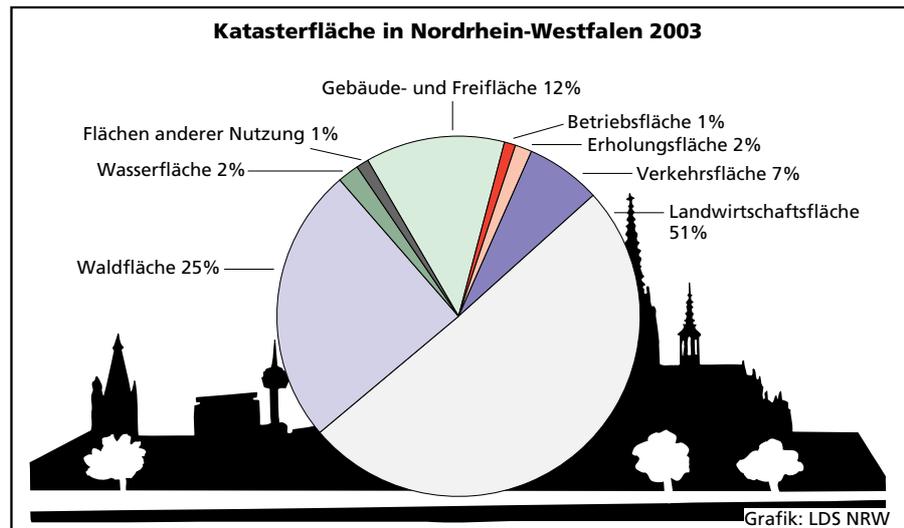


Die Wohnfläche pro Einwohner belief sich im Schnitt auf 38,4 Quadratmeter (Anfang 2002: 38,1). Die durchschnittliche Wohnungsbelegung verharrete bei 2,2 Bewohnern, die Zahl der Räume pro Wohnung bei 4,3.

Flächennutzung, Landwirtschaft

Ergebnissen der „Flächenerhebung 2003“ zufolge sind gut drei Viertel (77,2 Prozent) der **NRW-Landesfläche** den Nutzungsarten Landwirtschaftsfläche (1,72 Millionen Hektar), Waldfläche (846 500 Hektar) und Wasserfläche (63 500 Hektar) zuzuordnen. Obwohl die Landwirtschaftsfläche erneut abgenommen hat, beansprucht sie mit 50,5 Prozent nach wie vor mehr als die Hälfte der Gesamtfläche, die sich auf 34 083 Quadratkilometer oder 3,41 Millionen Hektar beläuft.

Drei Viertel der Landesfläche sind „grün“



Zwischen 1993 und 2003 nahm die für siedlungswirtschaftliche Zwecke genutzte Fläche²¹ in Nordrhein-Westfalen um 8,8 Prozent zu. Insbesondere die Gebäude- und zugehörige Freifläche vergrößerte sich in diesem Zeitraum um 37 900 Hek-

²¹ Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhofsfläche

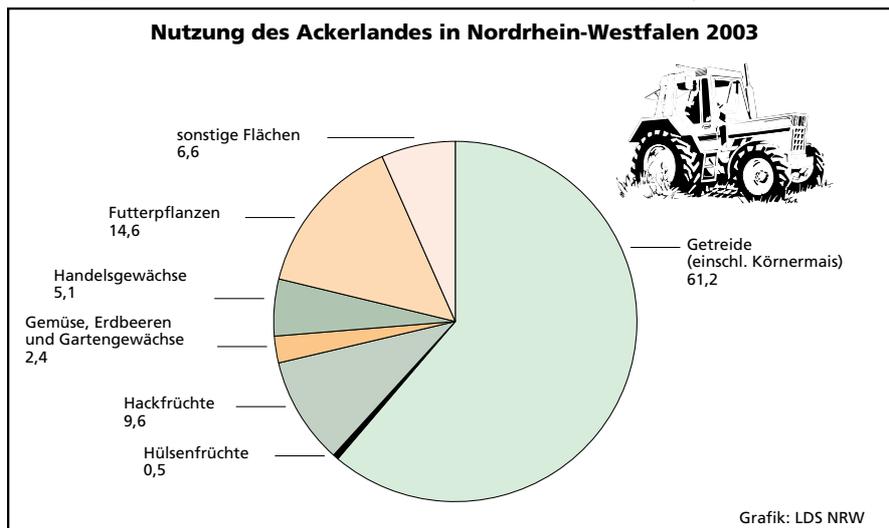
tar oder 9,8 Prozent auf 423 500 Hektar. Auch die Verkehrsfläche wurde um knapp 9 700 Hektar (+4,4 Prozent) auf nunmehr 229 100 Hektar ausgeweitet.

In den rund 54 000 landwirtschaftlichen Betrieben waren 2003 annähernd 140 000 Personen beschäftigt. Davon waren ca. 80 Prozent Betriebsinhaber, Familienangehörige und ständige familienfremde Arbeitskräfte. 27 400 Personen wurden zur Überwindung zeitweiliger Arbeitsspitzen als Saisonarbeitskräfte eingestellt. Von den ständig Beschäftigten waren 36 300 Personen vollbeschäftigt.

140 000 Menschen arbeiten in der Landwirtschaft

Die Landwirtinnen und Landwirte bewirtschafteten im Frühjahr 2003 insgesamt 1 079 300 Hektar **Ackerland**, 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Auf 660 400 Hektar, also fast zwei Dritteln (61 Prozent) der Ackerfläche, wurde Getreide angebaut. Wie bereits in den Vorjahren war die bedeutendste Getreideart der Weizen, der auf einer Fläche von 260 800 Hektar (0,7 Prozent mehr als im Vorjahr) angebaut wurde. Der Anbau von Roggen, der zweitwichtigsten Brotgetreideart, wurde um 23,2 Prozent auf 17 600 Hektar reduziert und der Anbau von Hafer wurde um 19,6 Prozent auf 26 300 Hektar ausgeweitet. Triticale wurde auf 63 600 Hektar angebaut (-12,2 Prozent).

Während die Anbaufläche für Zuckerrüben (-2,0 Prozent auf 69 900 Hektar) abnahm, dehnten die Landwirte den Anbau von Kartoffeln (+2,8 Prozent auf 30 800 Hektar) und von Winterraps (+3,8 Prozent auf 50 900 Hektar) aus. 71 400 Hektar (6,6 Prozent der Ackerfläche) waren Brachflächen (Vorjahr: 6,1 Prozent).



Ungewöhnlich hohe Temperaturen mit anhaltender Trockenheit vor und während der Ernteperiode führten in Nordrhein-Westfalen im Erntejahr 2003 nicht nur zu einem frühen Abschluss der **Getreideernte**, sondern sie beeinflussten auch das Ertragsniveau negativ. Mit 4,79 Millionen Tonnen wurden 2,8 Prozent weniger Getreide (einschl. Körnermais) im Land gedroschen als im Jahr zuvor.

Getreideernte in Nordrhein-Westfalen 2003						
Getreideart	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent
Getreide insgesamt	660,4	+1,6	4 787,9	-2,8	7,25	-4,4
darunter						
Winterweizen	253,8	-1,0	2 046,1	-3,3	8,06	-2,3
Roggen	17,6	-23,2	112,5	-28,2	6,40	-6,3
Wintergerste	172,3	+0,3	1 097,3	-7,8	6,37	-8,1
Sommergerste	28,0	+60,5	152,4	+82,5	5,45	+13,8
Hafer	26,3	+19,6	146,9	+42,6	5,59	+19,2
Triticale	63,6	-12,2	391,1	-12,3	6,15	-0,2
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	89,7	+8,7	784,8	-2,7	8,75	-10,5

Bei Kartoffeln führte die Ausdehnung der Anbaufläche (+2,8 Prozent) trotz verminderten Hektarertrags (-0,4 Prozent) zu einer Gesamternte von 1,33 Millionen Tonnen, die das Vorjahresergebnis um 2,4 Prozent übertraf.

Ernte von ausgewählten Feldfrüchten in Nordrhein-Westfalen 2003						
Feldfrüchte	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung geg. 2002 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung geg. 2002 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung geg. 2002 in Prozent
ben	69,9	-2,0	4 089,5	+1,1	58,49	+3,1
Kartoffeln	30,8	+2,8	1 329,2	+2,4	43,17	-0,4
Raps	52,2	+4,3	159,0	+1,2	3,05	-2,9
Silomais	127,9	+3,2	5 775,5	-5,9	45,17	-8,8

Auf 20 131 Hektar Ackerland wurde 2003 in Nordrhein-Westfalen **Freilandgemüse** (zum Verkauf) angebaut. Damit war die Gemüseanbaufläche um 9,7 Prozent größer als im Vorjahr. Dabei konzentrierte sich der heimische Gemüseanbau auf sieben Gemüsearten, die insgesamt gut die Hälfte (51,3 Prozent) der gesamten Freilandfläche beanspruchten. Dominierend war, wie die Tabelle zeigt, wieder der Spargel, gefolgt von Möhren und Karotten, Spinat und Blumenkohl).

Freilandanbau von Gemüse in Nordrhein-Westfalen				
Gemüseart	2002	2003	Veränderung 2003 gegenüber 2002	Anteil 2003
	Hektar		Prozent	
Freilandgemüse insgesamt	18 349	20 131	+9,7	100
darunter				
Spargel	2 379	2 303	-3,2	11,4
Spinat	1 427	1 564	+9,6	7,8
Möhren und Karotten	1 505	1 639	+8,9	8,1
Blumenkohl	1 319	1 351	+2,4	6,7
Weißkohl	1 176	1 251	+6,4	6,2
grüne Pflückbohnen	1 145	1 281	+11,9	6,4
Rotkohl	746	942	+26,3	4,7
Kohlrabi	580	625	+7,8	3,1
Porree (Lauch)	694	885	+27,5	4,4
Speisezwiebeln (Steck- und Saatzzwiebeln)	690	704	+2,0	3,5
Kopfsalat	727	771	+6,1	3,8
Brokkoli	364	419	+15,1	2,1
Eissalat	310	351	+13,2	1,7

Nach Ergebnissen der repräsentativen **Viehzählung** am 3. November 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen rund 1,4 Millionen Rinder und rund 6,3 Millionen Schweine. Dies bedeutet bei den Rindern eine Abnahme um 0,8 Prozent und bei

Mehr Gemüse-Anbau

den Schweinen eine Zunahme um 2,9 Prozent gegenüber der Novemberzählung 2002. Die Zahl der Betriebe mit Rinderhaltung nahm um 2,6 Prozent auf 21 900 ab. Bei den Betrieben mit Schweinehaltung setzte sich der Konzentrationsprozess ebenfalls fort: Hier schrumpfte die Anzahl der Betriebe um rund 2,7 Prozent auf 15 900; dabei verringerte sich die Zahl der Zuchtschweinehaltungen sogar um 7,9 Prozent auf 6 500.

Im Jahre 2003²² wurden in NRW 12 604 437 Tiere inländischer Herkunft gewerblich geschlachtet, 1,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Hieraus ergab sich eine **Fleischproduktion** von 1,32 Millionen Tonnen (+0,9 Prozent). Davon entfielen 1,14 Millionen Tonnen auf Schweinefleisch (+2,4 Prozent), 161 715 Tonnen auf Rindfleisch (-8,9 Prozent), 17 630 Tonnen auf Kalbfleisch (+0,8 Prozent) und 1 735 Tonnen auf Schafffleisch (-5,4 Prozent).

Die Erzeugung von Geflügelfleisch (Tiere aus dem In- und Ausland) belief sich im gleichen Zeitraum auf 36 894 Tonnen (-21,2 Prozent). Dabei stammten 18 352 Tonnen von Jungmasthühnern (+15,6 Prozent) und 17 889 Tonnen von Truthühnern (-40,9 Prozent).

Groß- und Einzelhandel

Der **Einzelhandel**²³ in NRW erzielte im Jahr 2003 nominal einen um 1,6 Prozent geringeren Umsatz als im Vorjahr. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Umsatzrückgang um ebenfalls 1,6 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent ab.

Weniger Umsatz im Einzelhandel

Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen		
Wirtschaftszweig	Beschäftigte	Umsatz (real)
	Veränderung 2003 gegenüber 2002 in Prozent	
Einzelhandel*) insgesamt	-3,1	-1,6
und zwar		
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	-2,6	+0,4
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln usw.	-1,4	-2,2
Apotheken sowie Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw.	-1,5	+1,4
Sonstiger Facheinzelhandel	-4,1	-2,8
Einzelhandel mit Lebensmitteln	-1,7	+0,6
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	-3,9	-3,1
Einzelhandel in Verkaufsräumen	-3,0	-0,8
Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	-4,0	-13,3

*) ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen

Der **Kfz-Handel**²⁴ erreichte nominal einen um 2,6 Prozent höheren Umsatz als 2002. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, wurde eine Umsatzsteigerung um 1,7 Prozent verzeichnet. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Beschäftigten um 0,6 Prozent.

²² Januar bis November

²³ ohne Kfz-Handel und Tankstellen

²⁴ einschl. Tankstellen

Im **Großhandel** sank der Personalstand im Vergleich zu 2002 um 1,5 Prozent. Dabei verringerte sich die Zahl der Vollbeschäftigten um 3,0 Prozent, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 5,4 Prozent. Der Umsatz nahm nominal um 0,9 Prozent zu; real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Anstieg um 0,5 Prozent.

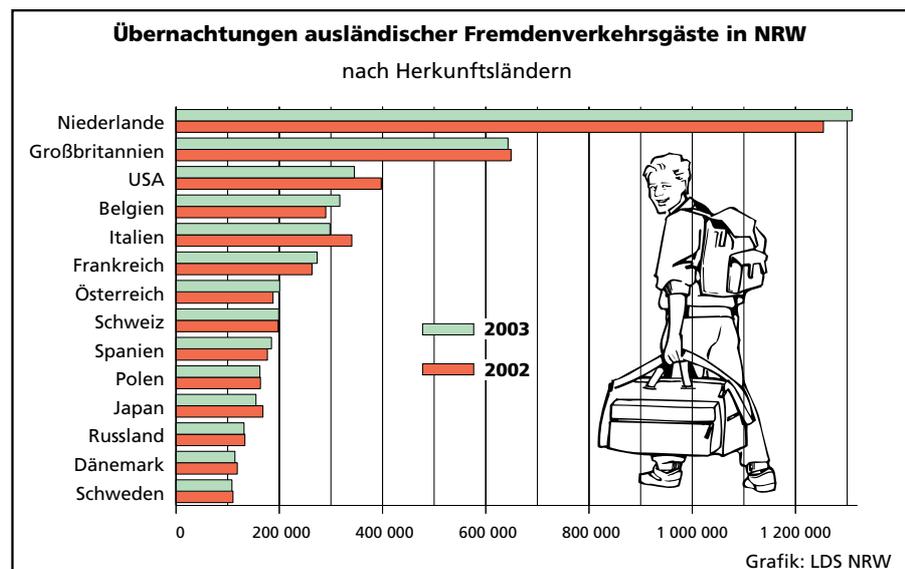
Reiseverkehr

Die rund 5 300 Betriebe des nordrhein-westfälischen **Beherbergungsgewerbes**²⁵ konnten im Jahr 2003 etwa 14,25 Millionen Gäste begrüßen, die insgesamt 35,5 Millionen Mal übernachteten. Die Zahl der Gäste nahm damit gegenüber 2002 um 0,8 Prozent und die Zahl der Übernachtungen um 2,3 Prozent ab.

Reisegebiet	Übernachtungen in NRW-Beherbergungsbetrieben 2003			
	insgesamt		darunter von Gästen aus dem Ausland	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent	Anzahl	Veränderung gegenüber 2002 in Prozent
Eifel und Region Aachen	2 595 800	-4,5	434 900	-0,7
Niederrhein	2 797 300	-2,7	551 400	-3,4
Münsterland	2 583 000	-0,1	214 000	+7,2
Teutoburger Wald	6 178 700	-3,2	381 000	+3,9
Sauerland	5 900 800	-2,0	885 100	+2,0
Siegerland-Wittgenstein	953 200	-6,1	56 500	+4,8
Bergisches Land	2 795 400	-5,1	408 500	+1,3
Bonn und Rhein-Sieg-Kreis	2 035 200	-3,0	337 900	+4,4
Köln	3 427 400	+3,8	1 154 800	+6,6
Düsseldorf	2 296 100	-6,6	944 100	-5,6
Ruhrgebiet	3 935 700	+0,1	594 800	+5,0
NRW insgesamt	35 498 600	- 2,3	5 963 000	+1,5

Erfreulicher war die Bilanz bei den ausländischen Gästen: Mit 2,63 Millionen Besuchern kamen 3,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Sie übernachteten über 5,96 Millionen Mal und erreichten damit eine Zunahme in den Übernachtungszahlen von 1,5 Prozent.

Erneut mehr ausländische Gäste in Tourismus-Betrieben



²⁵ Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten (neben Hotels und Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen auch Jugendherbergen, Sanatorien usw.)

Bis auf die Regionen Köln und Ruhrgebiet verzeichneten, wie die Tabelle zeigt, alle NRW-Reisegebiete Einbußen bei den Übernachtungszahlen. Bei den Übernachtungszahlen der ausländischen Gäste mussten dagegen lediglich die Gebiete Eifel/Region Aachen, Niederrhein und Düsseldorf Rückgänge hinnehmen. Die meisten der ausländischen Gäste kamen, wie schon in den letzten Jahren, aus den Niederlanden, aus Großbritannien und den USA.

Die je nach Jahreszeit bis zu 200 **Campingplätze**, die nicht nur Dauer-Campervan offen standen, konnten im letzten Jahr 328 300 Camper als Gäste begrüßen, über acht Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen auf den Campingplätzen stieg gegenüber dem Vorjahr um 15,6 Prozent auf 1 107 500.

Das **Gastgewerbe**, zu dem neben dem Beherbergungsgewerbe auch das Gaststättengewerbe und die Kantinen und Caterer zählen, setzte 2003 nominal 6,6 Prozent weniger um als 2002. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Minus von 7,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 3,0 Prozent ab (Teilzeitbeschäftigte +0,6 Prozent, Vollbeschäftigte -6,7 Prozent).

Dienstleistungen

Die Unternehmen²⁶ der Wirtschaftszweige „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ und „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ erzielten 2001²⁷ mit 1,6 Millionen Beschäftigten 189,4 Milliarden Euro an Umsatz.

Unternehmen, Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereichs in NRW im Jahre 2001			
Wirtschaftszweig	Unternehmen	Umsatz in Mrd. Euro	tätige Personen
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	12 190	11,0	155 989
Schifffahrt	225	0,7	2 158
Luftfahrt	60	6,2	34 049
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	4 680	20,9	108 853
Nachrichtenübermittlung	1 073	58,7	400 596
Grundstücks- und Wohnungswesen	29 750	19,4	72 043
Vermietung beweglicher Sachen	2 855	4,4	13 525
Datenverarbeitung und Datenbanken	8 311	9,1	67 748
Forschung und Entwicklung	1 027	0,8	11 457
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen*)	68 039	58,1	732 802
Zusammen	128 210	189,4	1 599 220

*) z.B. Rechts-, Steuer- oder Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung, Gebäudereinigung

Obwohl nur knapp ein Drittel dieser Unternehmen auf mehr als 250 000 Euro Jahresumsatz kam, entfielen auf diese größeren Unternehmen fast 96 Prozent der gesamten Umsätze und knapp 90 Prozent der Beschäftigten.

²⁶ Unternehmen / Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von mehr als 16 620 Euro

²⁷ Aktuellere Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

In Ergänzung zu den dargestellten Strukturdaten wird demnächst die seit 2003 durchgeführte „Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen“ Vorjahresvergleiche ermöglichen und damit erste Einsichten in die Konjunktur-entwicklung der verschiedenen Dienstleistungsbereiche gewähren.

Verkehr

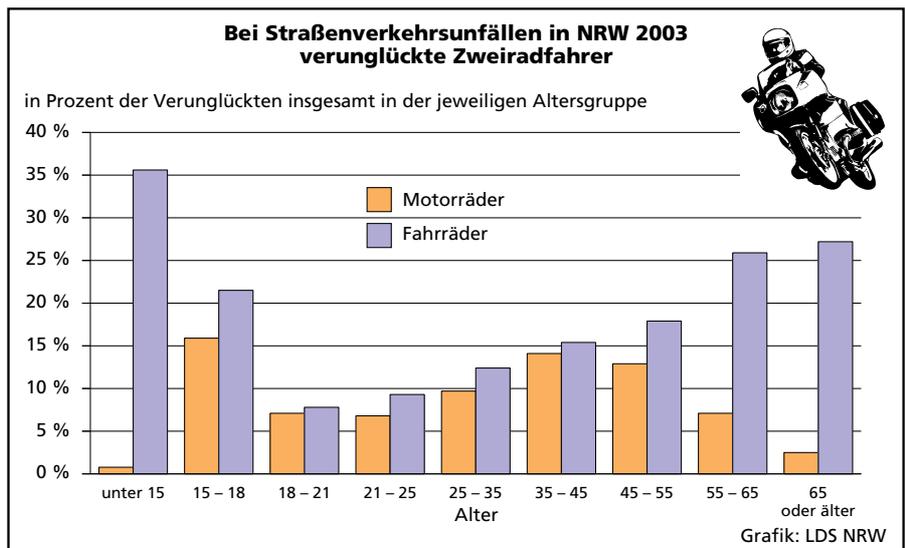
Die Situation bei den **Straßenverkehrsunfällen** hat sich im Jahr 2003 in NRW weiter zum Positiven verändert. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ging um 0,5 Prozent auf 69 904 zurück. 942 Menschen verunglückten tödlich, 54 weniger als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Verletzten verringerte sich, und zwar um 2,3 Prozent auf 16 447 bei den schwer Verletzten und um 1,2 Prozent auf knapp 71 783 bei den leicht Verletzten.

Positive Entwicklung bei Straßenverkehrsunfällen

Merkmal	Straßenverkehrsunfälle in Nordrhein-Westfalen					Ver-änderung 2003 gegenüber 2002 in Prozent
	1999	2000	2001	2002	2003	
Straßenverkehrsunfälle*)	558 637	553 297	561 508	546 239	545 774	-0,1
Unfälle mit Personenschaden	78 181	74 632	73 348	70 287	69 904	-0,5
Unfälle nur mit Sachschaden	480 456	478 665	488 160	475 952	475 870	-0
Verunglückte Personen insgesamt	99 667	96 046	94 051	90 508	89 172	-1,5
davon						
Getötete	1 092	1 067	1 038	996	942	-5,4
Schwer Verletzte	21 704	19 748	18 166	16 839	16 447	-2,3
Leicht Verletzte	77 963	75 231	74 847	72 673	71 783	-1,2

*) einschl. Bagatellunfällen

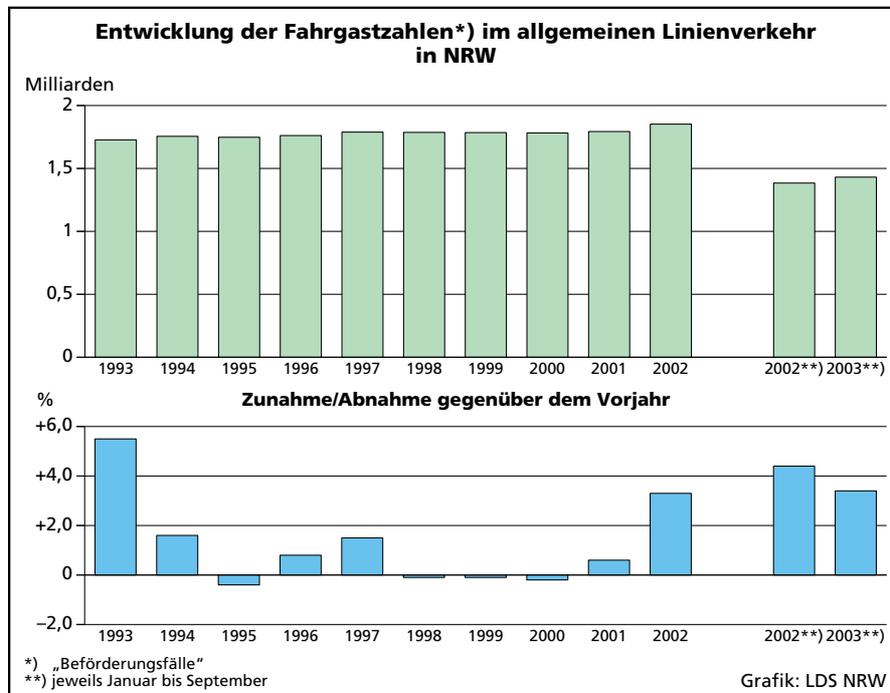
Etwa konstant blieb mit 475 870 die Zahl der Unfälle mit lediglich Sachschaden (einschl. Bagatell-Unfällen). Allerdings nahm die Zahl der schwerwiegenden Sachschadensunfälle um 5,3 Prozent auf 22 645 ab.



Die Grafik zeigt die im Jahre 2003 verunglückten Zweiradfahrer – motorisiert und nicht motorisiert – nach Altersgruppen. Die Anteile sind bezogen auf die insgesamt in der jeweiligen Altersgruppe verunglückten Personen.

Im **öffentlichen Straßenpersonenverkehr** wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2003 rund 1,43 Milliarden Personen im allgemeinen Linienverkehr befördert, 3,2 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Einnahmen der Verkehrsunternehmen aus dem allgemeinen Linienverkehr waren mit 883,1 Millionen Euro um 4,1 Prozent höher als von Januar bis September 2002.

Mehr Fahrgäste im Linienverkehr



Der **Kraftfahrzeugbestand** in NRW stieg wie in den Vorjahren weiter an: Zu Jahresbeginn 2003 waren nach Auswertungen des Kraftfahrt-Bundesamtes fast 11,3 Millionen Kraftfahrzeuge in Nordrhein-Westfalen zugelassen, 0,7 Prozent mehr als Anfang 2002. Die Kraftfahrzeugdichte in Nordrhein-Westfalen nahm damit von 620 auf 623 Kfz pro 1 000 Einwohner zu.

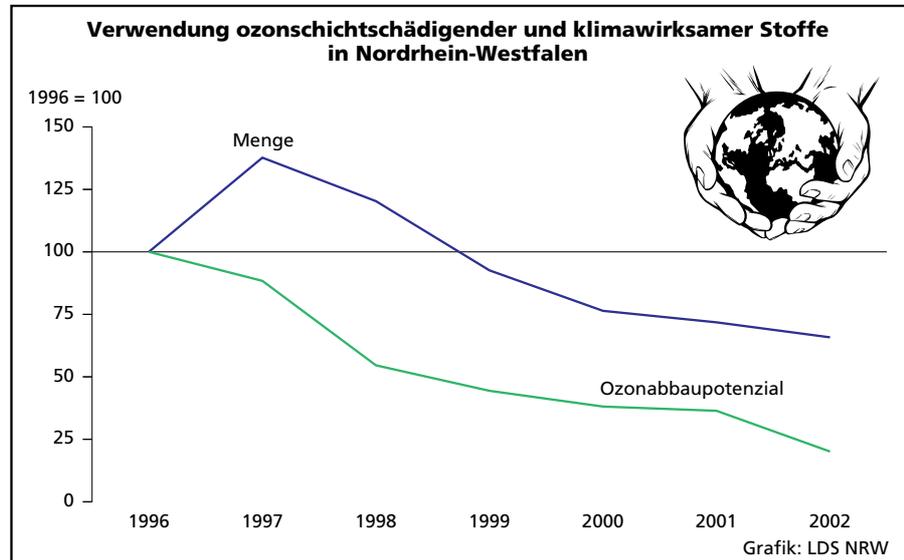
Auf den internationalen Verkehrsflughäfen Nordrhein-Westfalens wurde 2003 mit rund 26,0 Millionen **Fluggästen** im gewerblichen Verkehr das Passagieraufkommen des Vorjahres deutlich überschritten (+9,0 Prozent). Während der Flughafen Düsseldorf Einbußen hinnehmen musste (-3,2 Prozent), konnte der Flughafen Köln/Bonn (+45,5 Prozent) eine erhebliche Steigerung verbuchen.

Flughafen	Fluggäste (Ein- und Aussteiger)				
	1999	2000	2001	2002	2003*)
Dortmund/Wickede	677 400	694 300	1 044 600	977 200	1 005 600
Düsseldorf	15 925 600	16 027 100	15 394 800	14 743 000	14 273 400
Köln/Bonn	5 990 200	6 291 700	5 705 800	5 375 100	7 819 000
Mönchengladbach	190 700	141 600	131 300	84 700	164 400
Münster/Osnabrück	1 563 600	1 764 800	1 606 600	1 478 600	1 512 700
Paderborn/Lippstadt	1 174 900	1 342 200	1 265 200	1 224 900	1 262 300
Insgesamt	25 522 400	26 261 800	25 148 300	23 883 400	26 037 400

*) vorläufige Ergebnisse

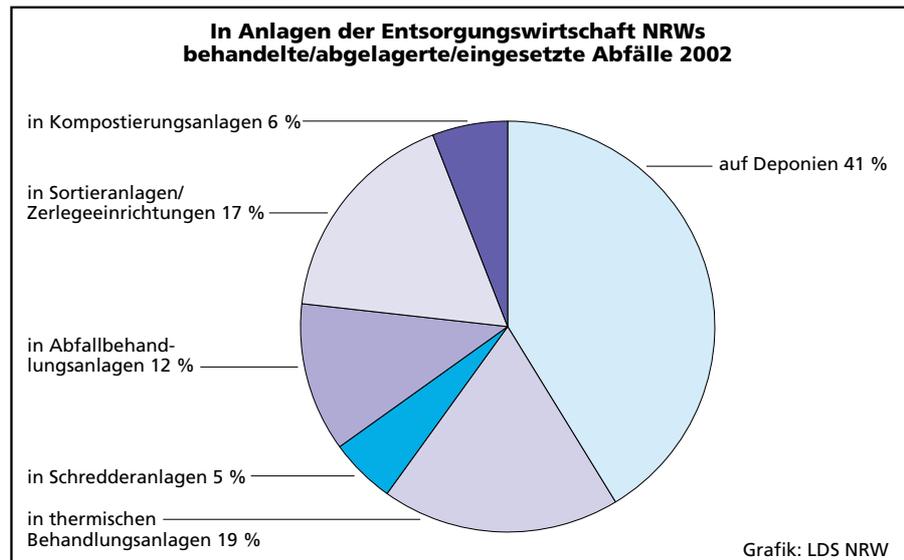
Umwelt

Dem im Montrealer Abkommen vorgegebenen Ziel des Ausstiegs aus der Produktion und der Verwendung von FCKW, H-FCKW und sonstiger **ozonschichtschädigender Stoffe** ist NRW erneut näher gekommen: Im Jahr 2002 wurden 478,6 Tonnen dieser Stoffe eingesetzt, 8,3 Prozent weniger als 2001 und über ein Drittel weniger als im ersten Erhebungsjahr 1996.



Betrachtet man die für den Schutz der Ozonschicht entscheidendere Absenkung des ozonschichtschädigenden Potenzials, die durch den Umstieg auf weniger ozonschichtschädigende Stoffe innerhalb der Stoffgruppe erzielt wurde, so fällt der Rückgang deutlicher aus: So belief sich die ozonschichtschädigende Wirkung 2002 auf 51,6 ODP-Tonnen²⁸; gegenüber 2001 bedeutet das eine Abnahme um 44,8 Prozent und gegenüber 1996 sogar einen Rückgang um 79,9 Prozent.

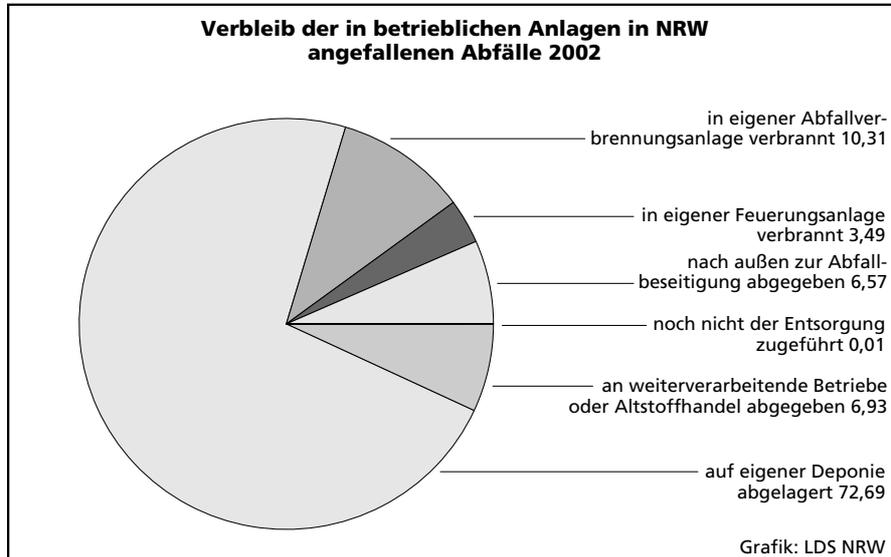
Weniger ozonschichtschädigende Stoffe emittiert



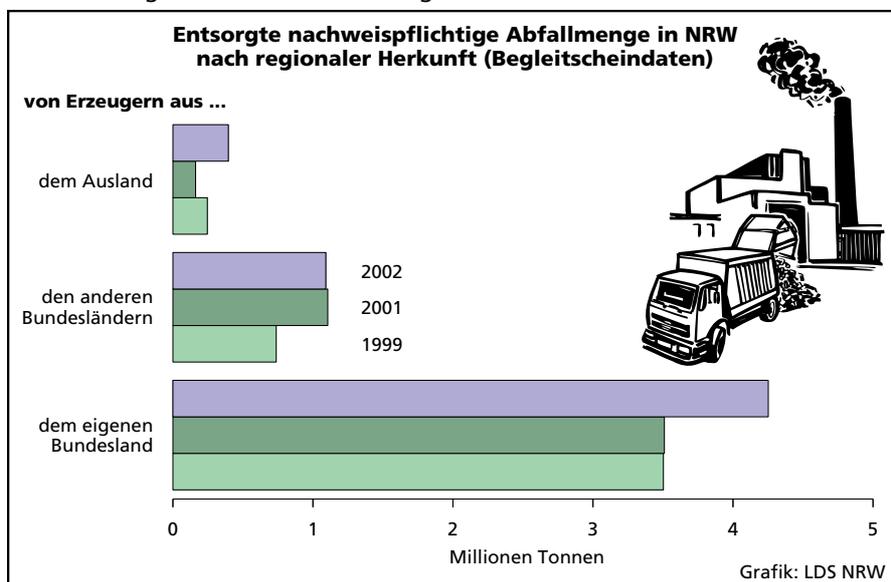
Im Jahr 2002 wurden in 623 Anlagen der Entsorgungswirtschaft (sog. „**Fremdentsorgung**“) insgesamt 29,1 Millionen Tonnen nicht nachweispflichtige Abfälle entsorgt, 9,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Von dieser Entsorgungsmenge

²⁸ ODP = **O**zone **D**epletion **P**otential (Maßeinheit zur Beschreibung der ozonschichtschädigenden Wirkung)

stammten 26,9 Millionen Tonnen aus dem eigenen Bundesland, 1,7 Millionen Tonnen wurden zwecks Entsorgung importiert und 0,5 Millionen Tonnen wurden von eigenen, auf dem jeweiligen Gelände befindlichen Anlagen übernommen. Knapp ein Drittel der entsorgten Menge (32,3 Prozent oder 9,4 Millionen Tonnen) waren Siedlungs- bzw. ähnliche Abfälle aus Haushaltungen und Gewerbe.



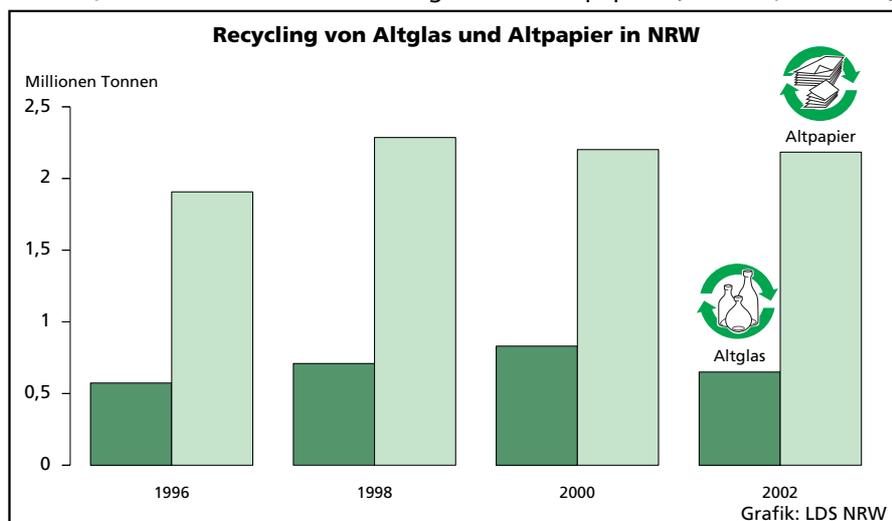
Weitere 11,9 Millionen Tonnen (2001: 9,8 Millionen Tonnen) wurden der betrieblichen Abfallentsorgung (sog. „**Eigenentsorgung**“) zugeführt. Rund 700 000 Tonnen davon waren nachweispflichtige Abfälle, die außerhalb des amtlichen Begleitscheinverfahrens angeliefert wurden.



Der Entsorgungsweg von Sonderabfällen wird durch das behördliche **Begleitscheinverfahren**, das Kontroll- und Überwachungszwecken dient, differenziert nach Herkunft (Abfallerzeuger), Entsorgung (Abfallentsorger), Abfallart und Menge erfasst. Im Rahmen dieser Auswertung wurden 2002 insgesamt 5,7 Millionen Tonnen entsorgte Abfälle nachgewiesen, wovon ein Viertel (26,3 Prozent) aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland importiert wurde.

Weniger Altpapier und Altglas recycelt

Die Wiederverwertungsmenge von **Altpapier und Altglas** war im Jahr 2002 rückläufig. Der Glas- und Papierproduktion wurden 2,8 Millionen Tonnen Altmaterial zugeführt, 6,5 Prozent weniger als 2000, allerdings immer noch rund 14 Prozent mehr als 1996, im ersten Jahr der statistischen Erfassung. Ähnlich wie in früheren Jahren entfielen von der eingesetzten Altglasmenge 61 Prozent auf Hohlglas und 39 Prozent auf Flachglas. Bei mehr als der Hälfte (51,3 Prozent) der recycelten Altpapiermenge von 2,2 Millionen Tonnen handelte es sich um so genannte „untere Sorten“, also Material von minderer Qualität. Bessere Sorten machten lediglich 16,1 Prozent der Gesamtmenge aus. Diese Relationen haben sich seit 1996 nicht wesentlich verändert. Im Großen und Ganzen gilt Gleiches für die Quote des aus dem Ausland zugekauften Altpapiers (2002: 15,7 Prozent).

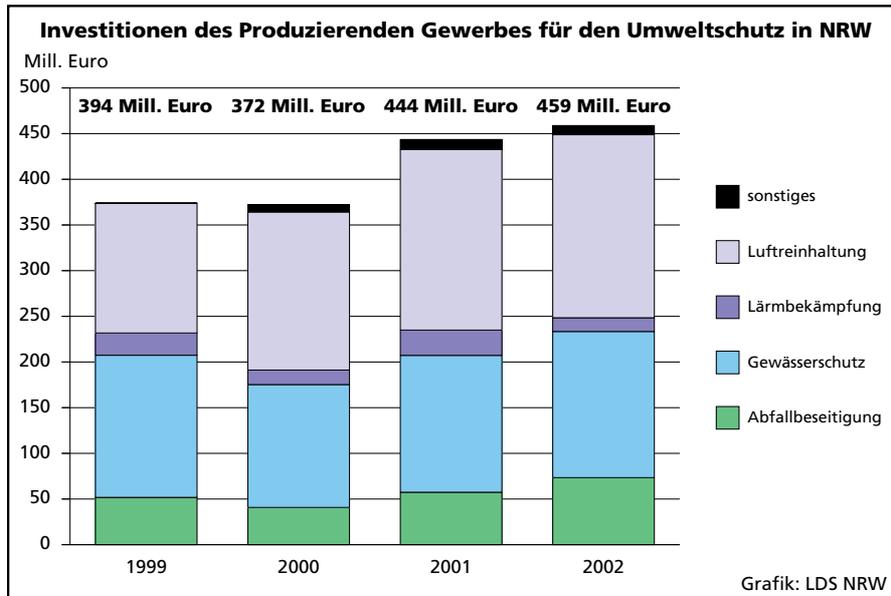


Auch die Wiederaufbereitung von **Bauabfällen** (ohne Input in Asphaltmischmaschinen) ging im Jahr 2002 mit 12,7 Millionen Tonnen gegenüber 2000 (13,0 Millionen Tonnen) mengenmäßig zurück. Erneut war mehr als die Hälfte (54 Prozent) des Inputs unvermischter Bauschutt. An zweiter und dritter Stelle rangierten Straßenaufbruch (18,3 Prozent) und Bodenaushub (10,6 Prozent). Der wieder verwertbare Output, der vor allem im Straßen- und Wegebau Verwendung findet, belief sich auf 11,9 Millionen Tonnen (2000: 12,6 Millionen Tonnen), rund 94 Prozent der in den Aufbereitungsanlagen eingesetzten Menge. Bei der Restmenge handelte es sich um Aufbereitungs- und Sortierreste, die entsorgt oder anderweitig genutzt wurden.

Umweltschutz-Investitionen +3,4 Prozent

Die nordrhein-westfälischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes²⁹ **investierten** 2002 mit 459 Millionen Euro rund 15 Millionen Euro (+3,4 Prozent) mehr in den Umweltschutz als ein Jahr zuvor. Traditionell entfiel der höchste Betrag (200 Millionen Euro) auf Maßnahmen zur Verbesserung der Luftreinhaltung, gefolgt von Investitionen für den Gewässerschutz (160 Millionen Euro) und für die Abfallbeseitigung (73 Millionen Euro).

²⁹ ohne die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung



2002 ereigneten sich in Nordrhein-Westfalen 304 **Unfälle beim Umgang mit** und bei der Beförderung von **wassergefährdenden Stoffen**, wovon der größte Teil (181 oder 59,5 Prozent) Beförderungsunfälle waren. 94 Prozent hiervon wurden mit Straßenfahrzeugen verursacht. Bei den Unfällen wurden 200 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe freigesetzt, von denen die Hälfte (109 Kubikmeter) wiedergewonnen werden konnte. Bei den ausgelaufenen Substanzen, die dauerhaft den Wasserhaushalt belasten, handelte es sich zum überwiegenden Teil um Mineralölprodukte.

Öffentliche Finanzen

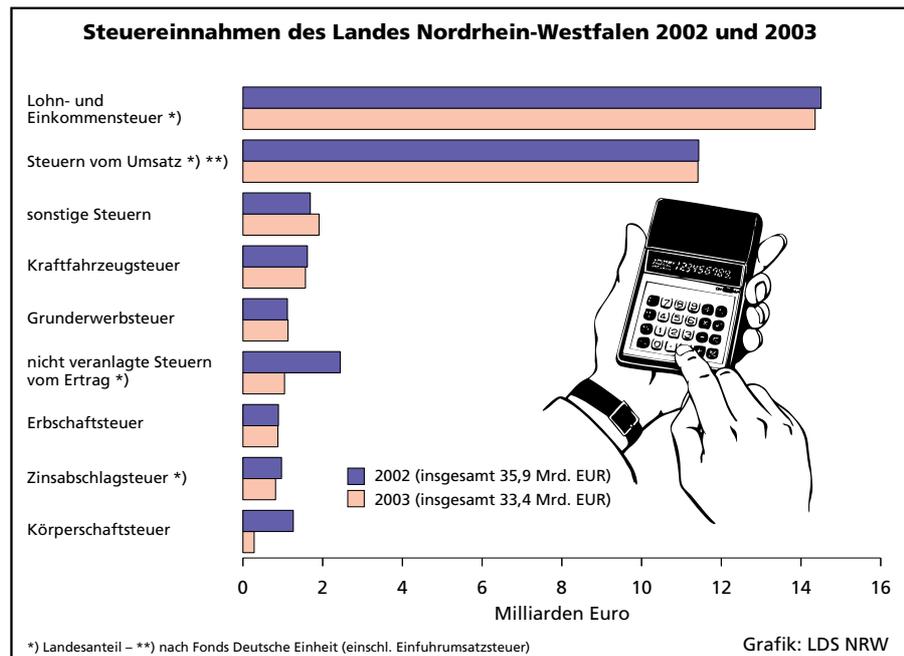
Die dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 verbleibenden **Steuereinnahmen**³⁰ beliefen sich auf 33,4 Milliarden Euro. Das waren 2,5 Milliarden Euro oder sieben Prozent weniger als im Jahre 2002.

Steuereinnahmen des Landes
–7 Prozent

Haupteinnahmequellen des Landes sind die Lohn- und Einkommensteuer sowie die Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer), soweit sie als Gemeinschaftssteuern dem Land zustehen. Beide Steuerarten zusammen deckten 2003 mehr als drei Viertel (77 Prozent) der gesamten Landeseinnahmen ab. Daher ist deren Entwicklung von besonderer Bedeutung für den Landeshaushalt. Die Einnahmen an Lohn- und Einkommensteuern verminderten sich gegenüber 2002 um ein Prozent. Hierin drücken sich die geringen Lohnzuwächse und die angespannte Lage am Arbeitsmarkt aus. Die reinen Umsatzsteuereinnahmen gingen – hauptsächlich aufgrund der zurückgegangenen Einzelhandelsumsätze – um 2,3 Prozent zurück. Wegen der günstigeren Entwicklung bei der Einfuhrum-

³⁰ vorläufige Ergebnisse; nach Abzug der dem Bund und den Gemeinden zustehenden Anteile aus den Gemeinschaftssteuern, vor Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen – Quelle: Finanzministerium NRW

satzsteuer (+5 Prozent) ergab sich hier per Saldo nur eine Veränderung um –0,2 Prozent.



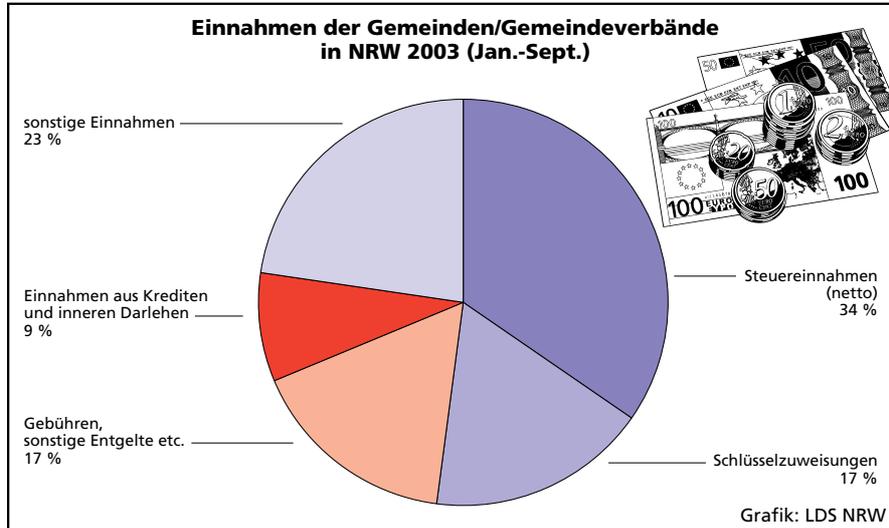
Geringere Einnahmen gab es auch bei der Kraftfahrzeugsteuer (–3 Prozent). Bei der Zinsabschlagsteuer (–15 Prozent) machte sich der Rückgang des durchschnittlichen Zinsniveaus der Geldanlagen bemerkbar. Einen besonderen Einnahmeeinbruch verzeichneten wieder die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (–57 Prozent), hervorgerufen durch reduzierte Gewinnausschüttungen der Unternehmen als Folge der schwachen konjunkturellen Entwicklung. Drastisch sanken auch die Körperschaftsteuereinnahmen, und zwar um fast eine Milliarde Euro (–78 Prozent).

Ein leichter Anstieg zeigte sich bei der Grunderwerbsteuer (+1 Prozent). Besonders stark erhöhte sich die Gewerbesteuerumlage (+28 Prozent); dabei handelt es sich um den Anteil an der Gewerbesteuer, den die Gemeinden an das Land abführen müssen.

Die Steuereinnahmen des Landes setzen sich zusammen aus den reinen Landessteuern (z. B. Kraftfahrzeugsteuer, Grunderwerbsteuer, Lotteriesteuer, Biersteuer) und dem Anteil an den Gemeinschaftssteuern (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag). Dabei haben die Gemeinschaftssteuern mit einem Anteil von 87 Prozent im Jahr 2003 die weitaus größte Bedeutung. Diese Steuern (–8 Prozent) verursachten in erster Linie den Rückgang der Gesamteinnahmen. Die Landessteuern nahmen nur geringfügig um 0,2 Prozent ab.

Die **Gemeinden und Gemeindeverbände** in Nordrhein-Westfalen – Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände – verzeichneten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2003 Einnahmen³¹ von 25,0 und Ausgaben von 27,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen sanken um 1,2 Prozent, die Ausgaben erhöhten sich um 1,0 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

**Kommunale Finanzen:
Einnahmen –1,2 Prozent,
Ausgaben +1,0 Prozent**



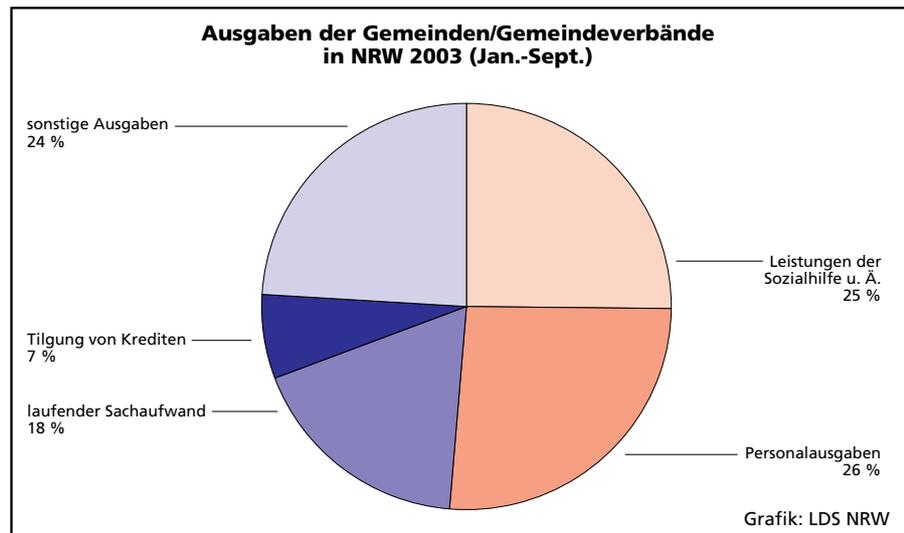
Auf der **Einnahmenseite** der Verwaltungshaushalte stiegen die Steuereinnahmen (netto) um knapp 320 Millionen Euro bzw. 3,8 Prozent auf 8,6 Milliarden Euro, wobei die Grundsteuern mit einem Plus von 130 Millionen Euro bzw. 7,8 Prozent und die Gewerbesteuer (netto) mit einer Zunahme von 180 Millionen Euro bzw. 5,2 Prozent abschlossen. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten verzeichneten ein leichtes Minus von 1,4 Prozent und fielen auf 4,1 Milliarden Euro, während bei den für die kommunalen Haushalte ebenso bedeutenden Schlüsselzuweisungen vom Land gar ein Rückgang um 16,7 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro feststellbar war, der aus hohen negativen Abrechnungen der Vorjahre resultierte.

Die für die Vermögenshaushalte vom Volumen her bedeutenden Einnahmen blieben gegenüber dem Vorjahr größtenteils nahezu konstant; die Kreditaufnahme erhöhte sich hingegen um 36,0 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro.

Auf der **Ausgabenseite** der Verwaltungshaushalte stiegen die Personalausgaben um 1,7 Prozent auf 7,2 Milliarden Euro, die Leistungen der Sozialhilfe erhöhten sich um 6,2 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro. Der laufende Sachaufwand ging um 2,4 Prozent auf 4,9 Milliarden Euro zurück.

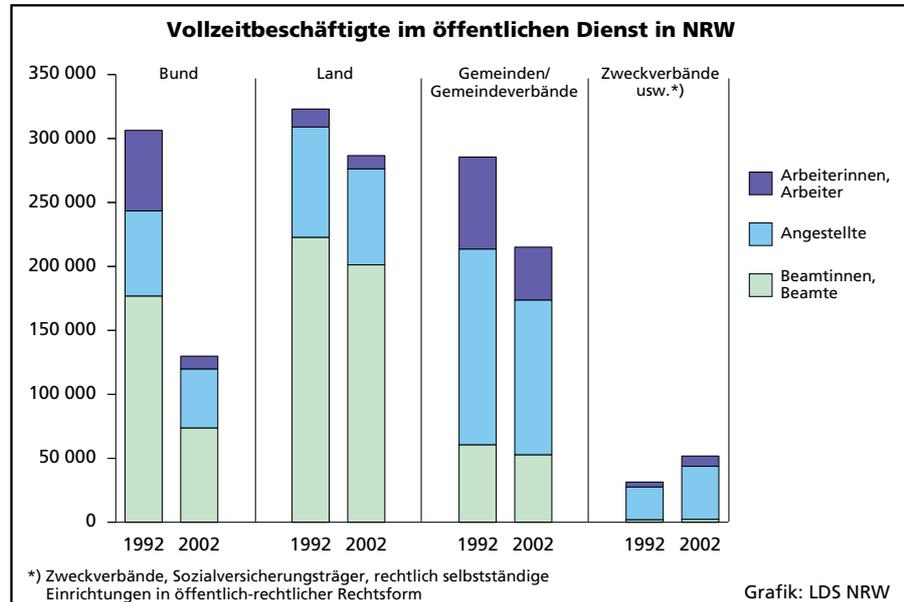
Das zu den Einnahmen der Vermögenshaushalte Gesagte gilt sinngemäß auch für die Ausgaben, die sich ebenfalls nur geringfügig veränderten; die Kredittilgung stieg um 10,7 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro.

³¹ Die Zahlen sind bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen Gemeinden / Gemeindeverbänden und um haushaltstechnische Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge.



Weniger Vollzeit-Personal im öffentlichen Dienst

Im **öffentlichen Dienst**³² arbeiteten Mitte 2002³³ 683 000 Vollzeitbeschäftigte, 2,0 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Von diesen Vollzeitkräften entfielen 287 000 auf den Arbeitgeber Land, 215 000 auf die Gemeinden und Gemeindeverbände und 130 000 auf den Bund bzw. auf unter Bundesaufsicht stehende Dienststellen. 52 000 Personen waren beschäftigt bei Zweckverbänden u. dgl., bei Sozialversicherungen und bei unter Landesaufsicht stehenden rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform – dazu zählen auch die Anfang 2001 in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelten Universitätskliniken, deren Personal vormals dem Arbeitgeber Land zugeordnet war.



Zu den Vollzeitbeschäftigten kamen 178 000 Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte und 39 000 Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der

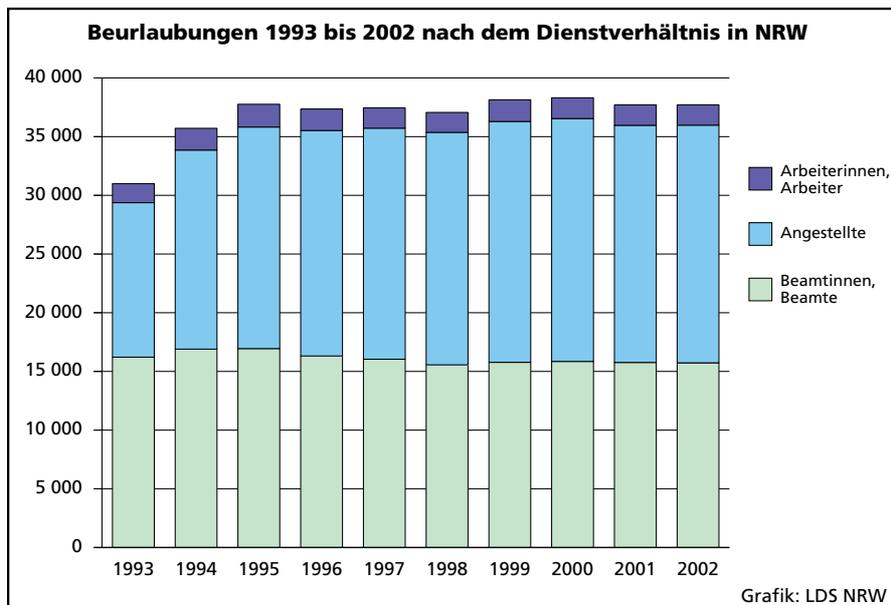
³² Die Ergebnisse dieses Abschnitts beziehen sich auf den „unmittelbaren“ und den „mittelbaren“ öffentlichen Dienst in NRW zusammen. Der „unmittelbare“ öffentliche Dienst umfasst Bund, Land, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Zweckverbände und andere Organisationen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit. „Mittelbarer“ öffentlicher Dienst sind Sozialversicherungen und rechtlich selbstständige Einrichtungen, die in öffentlicher Rechtsform betrieben werden. Rechtlich selbstständige Einrichtungen in privater Rechtsform blieben – aufgrund gravierender methodischer Änderungen in den Abgrenzungen der Berichtsgebiete und der dadurch bedingten fehlenden Vergleichbarkeit mit Vorjahresergebnissen – unberücksichtigt.

³³ Ergebnisse für 2003 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

tariflichen Arbeitszeit sowie 27 000 geringfügig Beschäftigte. 19 000 ehemals Voll- oder Teilzeitbeschäftigte nahmen das Angebot ihres Arbeitgebers zur Aufnahme einer Altersteilzeit (im Block- oder Teilzeitmodell) wahr.

Betrachtet man die Entwicklung im unmittelbaren und im mittelbaren öffentlichen Dienst in NRW in den Jahren von 1992 bis 2002, so hat die Beschäftigtenzahl um 22,3 Prozent abgenommen (Rückgang der Vollzeitbeschäftigten um 27,8 Prozent bei einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigten um 2,0 Prozent). Ein großer Anteil ist dabei auf den Rückgang des Bundespersonals zurückzuführen, vorwiegend bedingt durch die Verselbstständigung von Bundesbahn und Bundespost. Ließe man den Bundesdienst außer Betracht, so wäre die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 13,5 Prozent gesunken, die Zahl der Teilzeitkräfte jedoch um 13,9 Prozent angestiegen. Die in den letzten Jahren bei kommunalen Körperschaften verstärkt feststellbare Tendenz, kommunale Aufgaben aus den Kernhaushalten auszugliedern und sie Eigenbetrieben, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen oder Zweckverbänden u. dgl. zu übertragen oder sie in rechtlich selbstständiger Form z. B. als Anstalt oder als GmbH weiterzuführen, spiegelt sich natürlich ebenfalls in der rückläufigen Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Voll- und Teilzeitkräfte wider.

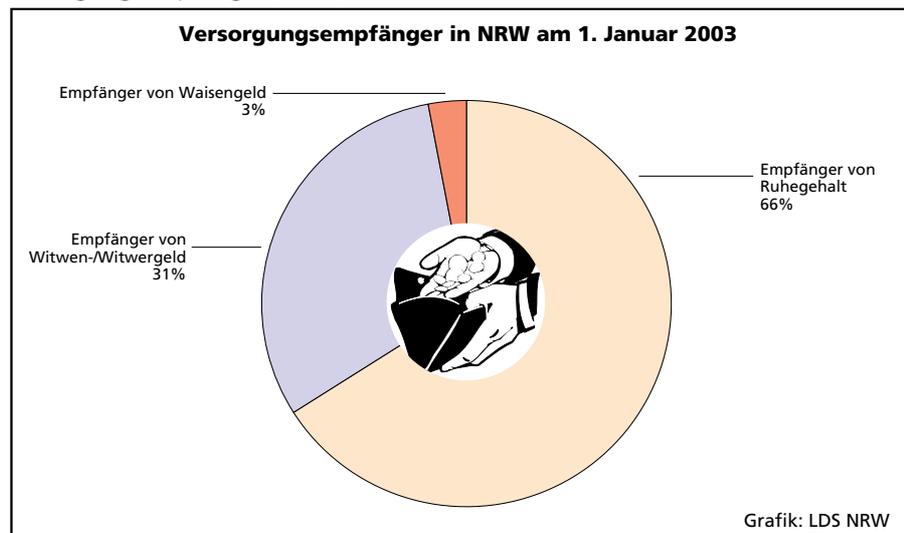
Die Anzahl der **beurlaubten Bediensteten** des öffentlichen Dienstes (ohne ehemalige Bundesbedienstete in Dienstorten des Landes NRW) belief sich 2002 auf 38 000 und hat sich damit seit 1993 um mehr als ein Fünftel erhöht.³⁴



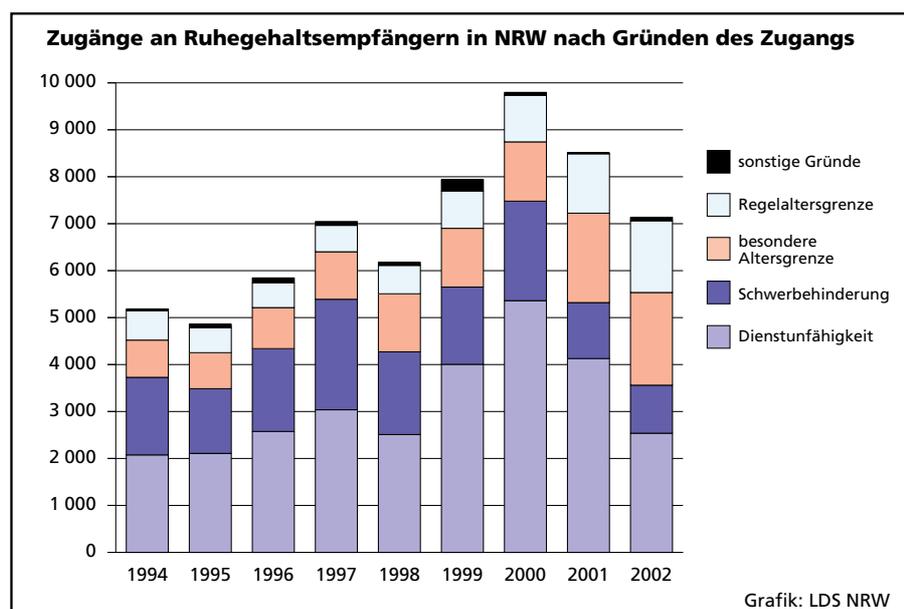
³⁴ Seit 1993 sind neben den „aktiven“ auch die „ehemaligen“ Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erfassen, die beurlaubt sind für eine Tätigkeit außerhalb der Verwaltung des Dienstherrn, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, zur Betreuung und Pflege von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, zur Bewerbung um ein Mandat oder zur Ausübung eines Mandats, zur Erziehung eines Kindes, zur Ableistung des Grundwehr- bzw. des Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres. Da dieser Personenkreis nach Ablauf der Beurlaubung ein Anrecht auf Reaktivierung seines Beschäftigungsverhältnisses hat, kommt dieser „Personalreserve“ angesichts der in den öffentlichen Bereichen allgemein anzutreffenden Einsparungsbestrebungen eine wachsende Bedeutung zu.

Während die Dienststellen des Landes NRW weniger Beurlaubungen meldeten (-11,6 Prozent), wiesen kommunale Arbeitgeber 2002 rund 58 Prozent mehr beurlaubtes Personal aus als 1993.

Die **Versorgungsempfängerstatistik** erfasst zum einen die Empfänger(innen) von Ruhegehalt (Pension), die ehemals beim Arbeitgeber Land NRW, bei Gemeinden, Gemeinde- oder Zweckverbänden im Lande oder bei Sozialversicherungsträgern unter Landesaufsicht beschäftigt waren, zum anderen deren Hinterbliebene, soweit sie Anspruch auf Witwen- bzw. Witwergeld oder auf Waisengeld besitzen. Dieser Statistik zufolge gab es Anfang 2003 in NRW 185 000 Versorgungsempfänger(innen), 15,7 Prozent mehr als 1994.³⁵



Während Anfang 1994 gut 55 Prozent der Versorgungsfälle Empfänger von Ruhegehalt betrafen, ist dieser Anteil seither auf rund 68 Prozent angestiegen.



³⁵ Wegen umfassender Veränderungen bei dieser Statistik ist ein Vergleich mit den Jahren vor 1994 nicht möglich.

Von 1994 bis 2003 hat die Zahl der Ruhegehaltsfälle um 36 Prozent zugenommen, während jene der Witwen-/Witwergeldfälle um fast 11 Prozent und die der Waisengeldfälle um knapp 5 Prozent zurückgegangen ist.

Pro Jahr kamen seit 1994 zwischen 4 900 und 9 800 Ruhegehaltsempfänger hinzu, davon zwischen 3 600 und 8 200 ehemalige Landesbedienstete. Nur etwa 21 Prozent der neuen „Versorgungsfälle“ ergaben sich aufgrund des Erreichens der Regel-Altersgrenze. Häufige Gründe waren (bei 14 Prozent) das Erreichen einer besonderen Altersgrenze (z. B. ehemalige Bedienstete im Vollzugsdienst und bei der Feuerwehr) und die Pensionierung aufgrund einer Schwerbehinderung (bei 28 Prozent), vor allem aber die Dienstunfähigkeit (bei 36 Prozent).

Gesundheitswesen und Soziales

Von den rund 188 000 **Todesfällen** des Jahres 2002³⁶ war wie in den vergangenen Jahren fast die Hälfte (48,9 Prozent) auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen, ein weiteres Viertel (24,6 Prozent) auf bösartige Neubildungen, unter denen die Krebserkrankungen der Verdauungsorgane dominierten. Die Zahl der Selbstmorde lag mit 1 769 deutlich über jener der bei Verkehrsunfällen Gestorbenen (950).

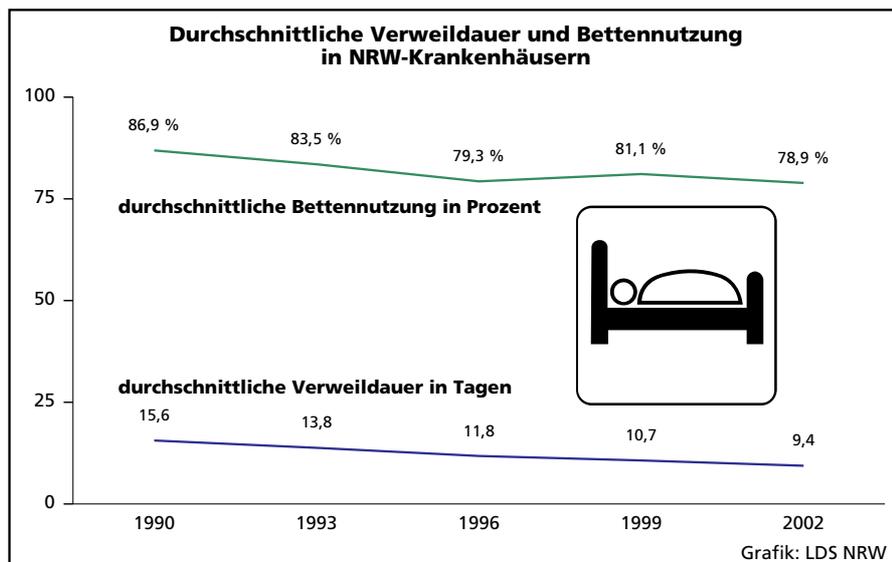
Von den 461 **Krankenhäusern**, die im Jahr 2002 in NRW für die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung standen, befanden sich 90 in öffentlicher Trägerschaft. Bei 331 handelte es sich um freigemeinnützige Häuser, die restlichen 40 wurden in privater Trägerschaft betrieben. Die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sank von 144 auf 139.

Die Krankenhäuser in NRW verfügten über 134 100 Betten, darunter 3 800 Beleg- und 5 200 Intensivbetten. Für die Behandlung von rund 4,1 Millionen vollstationären Patientinnen und Patienten wurden 38,6 Millionen Pflegetage aufgewandt. Die durchschnittliche Bettenauslastung betrug 78,9 Prozent, die durchschnittliche Verweildauer 9,4 Tage.

Die Vorsorge- oder Rehabilitationskliniken im Lande verfügten über 20 800 Betten. Stationär behandelt wurden 237 200 Patientinnen und Patienten an 6,4 Millionen Pflegetagen. Die durchschnittliche Bettenauslastung betrug 83,9 Prozent, die durchschnittliche Verweildauer 26,9 Tage.

**Patienten bleiben im Schnitt
9,4 Tage im Krankenhaus**

³⁶ Ergebnisse für 2003 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



Anfang 2003 arbeiteten in den 461 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern insgesamt 240 000 Beschäftigte. Dazu zählten 209 700 Beschäftigte des nicht-ärztlichen Personals, von denen knapp die Hälfte in der Pflege tätig waren. 27 000 hauptamtliche Ärzte stellten die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten sicher.

In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren 1 200 Ärzte und 13 900 Bedienstete als nichtärztliches Personal beschäftigt, darunter 4 400 Pflegekräfte.

Auf den Bezug von **Sozialhilfe** als laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren Anfang 2003 rund 656 000 Einwohnerinnen und Einwohner angewiesen, was einem Anteil von 3,6 Prozent an der NRW-Bevölkerung entspricht. Gegenüber 2002 reduzierte sich die Zahl der Empfänger um 5 700 Personen. Parallel dazu nahm auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 340 600 auf 338 100 ab.

Weniger Sozialhilfe-Empfänger

In Summe beliefen sich die **Bruttoausgaben** für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in NRW 2002³⁷ auf 2,6 Milliarden Euro, knapp zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Wegen des Anstiegs bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen (+5,3 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro), darunter im Pflegebereich (+4,5 Prozent auf 744 Millionen Euro) und bei der Eingliederungshilfe (+5,4 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro), erhöhte sich insgesamt das Bruttoausgabenvolumen aller Sozialhilfearten um 234 Millionen Euro auf 6,2 Milliarden Euro. Infolge der Mehrbelastung bei den Hilfearten in ihrer Zuständigkeit lag die Kostenentwicklung bei den Landschaftsverbänden mit +4,4 Prozent oberhalb des Zuwachses bei kreisfreien Städten und Kreisen (+3,4 Prozent). Die Durchschnittsausgaben pro Einwohner (nach Abzug der Erstattungen und Ersatzleistungen) lagen 2002 bei

³⁷ Ergebnisse für 2003 liegen noch nicht vor.

309 Euro (228 Euro bei den kreisfreien Städten, 102 Euro bei den Kreisen und 155 Euro bei den Landschaftsverbänden).

Rund 72 900 Menschen bezogen Anfang 2003 Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz**, rund 13 000 Personen oder gut 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Mit über einem Fünftel war der Rückgang bei den innereuropäischen Herkunftsländern, insbesondere der Region des ehemaligen Jugoslawien, am stärksten (gegenüber 1998 macht er sogar über 40 Prozent aus). Das Ausgabenvolumen für das Jahr 2002 belief sich nach Abzug von Rückerstattungen auf 399 Millionen Euro, was gegenüber dem Jahr zuvor einer Abnahme um 4,8 Prozent entspricht.

15 Prozent weniger Asylbewerber

Die öffentlichen und freien Träger der **Jugendhilfe** leisten „ambulante erzieherische Hilfe“ in drei Formen: Der Erziehungsberatung (institutionelle Beratung), der Betreuung einzelner junger Menschen³⁸ sowie der sozialpädagogischen Familienhilfe. Im Jahre 2003 wurden nach ersten Schätzungen 75 000 Maßnahmen der Erziehungsberatung beendet. Der durchschnittliche Beratungszeitraum betrug dabei sechs Monate. 19 Prozent der betroffenen jungen Menschen befanden sich im Vorschulalter, drei Viertel (75 Prozent) im Schulalter. In ca. 70 Prozent aller Fälle nahm die Mutter den Kontakt zur Beratungsstelle auf; nur in etwa jedem siebzehnten Fall ging die Initiative vom jungen Menschen selbst aus. In Betreuung durch einen Träger der Jugendhilfe befanden sich Anfang 2003 insgesamt 3 500 junge Menschen, sei es auf dem Wege über einen Erziehungsbeistand bzw. Betreuungshelfer (77 Prozent), sei es im Rahmen sozialer Gruppenarbeit (23 Prozent). Hauptanlass für den Hilfebedarf waren Schwierigkeiten in Schule und Berufsausbildung, Entwicklungsauffälligkeiten und Beziehungsprobleme. Betreuung in Form der sozialpädagogischen Familienhilfe erhielten Anfang 2003 rund 4 900 Familien, wobei es sich in gut der Hälfte der Fälle um allein Erziehende mit Kindern handelte. In den meisten Fällen wurde die Hilfe durch das Jugendamt bzw. den allgemeinen Sozialdienst angeregt.

Neben der „ambulanten Erziehungshilfe“ gewähren die Träger der Jugendhilfe „Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses“. Anfang 2003 wurden 37 000 junge Menschen außerhalb ihres Elternhauses erzogen, rund 51 Prozent in Heimen oder sonstigen betreuten Wohnformen, 36 Prozent in Vollzeitpflege bei Pflegefamilien oder Verwandten und 10 Prozent in Tagesgruppen. Knapp 1 100 junge Menschen erhielten eine intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung als Unterstützung zur sozialen Integration und zu eigenverantwortlicher Lebensführung.

³⁸ Als junge Menschen gelten nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind.

Als Leistungen der **Kriegsopferfürsorge** wurden 2002 insgesamt 242 Millionen Euro an über 25 800 Empfängerinnen und Empfänger ausgezahlt. Innerhalb von fünf Jahren sank ihre Zahl um 18,6 Prozent; die Ausgaben sanken gleichzeitig um 11,1 Prozent. Haupthilfeart war mit 182 Millionen Euro die Hilfe zur Pflege.

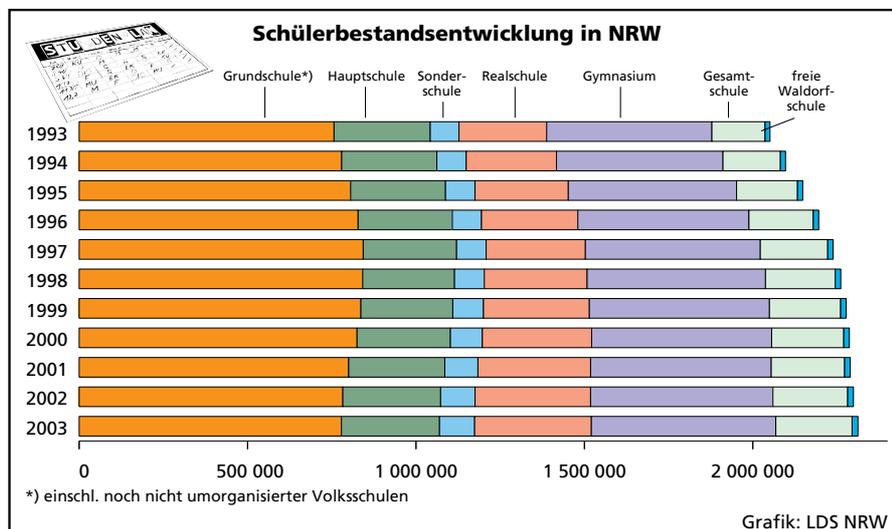
Mitte 2003 wurden rund 701 000 Haushalte in NRW durch Zahlung von **Wohn-geld** bei der Finanzierung der Wohnungsmiete (Mietzuschuss) oder der Bedienung von Wohnbaudarlehen (Lastenzuschuss) unterstützt. Im Einzelnen entfielen auf den Mietzuschuss 393 400 und auf den Lastenzuschuss 18 800 Fälle. Hinzu kamen 288 800 Empfängerinnen und Empfänger des „besonderen Mietzuschusses“, der an Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge gebunden ist.

Zur Jahresmitte 2003 waren mit 19 500 Personen acht Prozent weniger **Obdachlose** als ein Jahr zuvor von kommunalen Einrichtungen erfasst. Damit setzt sich der bereits in den Vorjahren festgestellte Rückgang des Unterbringungsbedarfs weiter fort. Vor allem kinderreiche Familien und ältere Ehepaare mussten deutlich seltener (–10 Prozent) behördlich untergebracht werden.

Schulen, Hochschulen, Aus- und Fortbildung

Die 6 349 **Schulen der allgemeinen Ausbildung**³⁹ in Nordrhein-Westfalen werden im laufenden Schuljahr 2003/2004 von 2,313 Millionen Schülerinnen und Schülern besucht, das sind 0,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Schülerzahl +0,5 Prozent



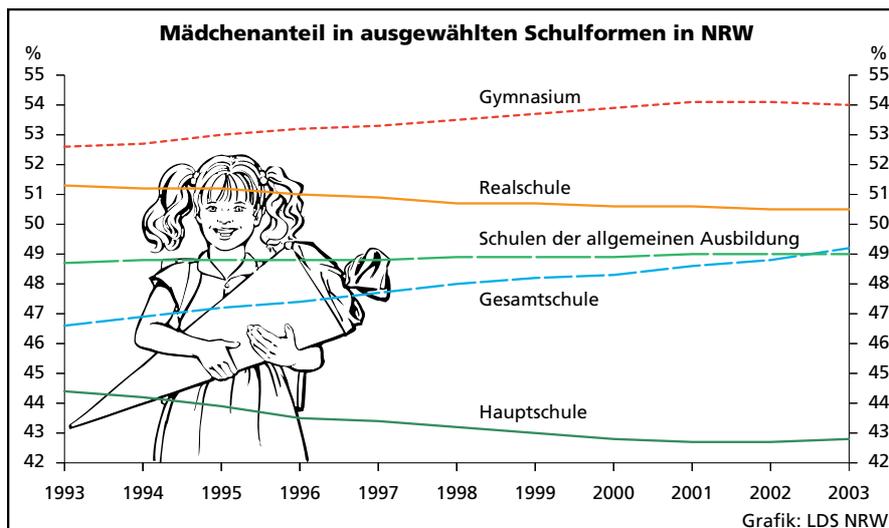
Die stärkste Schülergruppe bilden die 779 000 Grundschülerinnen und Grundschüler. Ihre Zahl ist um knapp ein Viertel (23,2 Prozent) höher als 1985, dem Jahr mit der bislang niedrigsten Grundschülerzahl. Die zweitstärkste Schülergruppe stellen die Gymnasiast(inn)en mit 548 000, gefolgt von den Realschüler(inne)n mit 346 000 und den Hauptschüler(inne)n mit 291 000. In die Gesamt-

³⁹ Grundschulen (einschl. Schulkindergärten), Hauptschulen, noch nicht umorganisierte Volksschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, freie Waldorfschulen, Sonderschulen (ohne berufsbildenden Bereich)

schulen gehen 227 000, in die Sonderschulen 104 000 und in die freien Waldorfschulen 17 000 Kinder und Jugendliche.

Nach den Schülerprognosen des LDS NRW wird die Schülerzahl voraussichtlich Anfang des nächsten Jahrzehnts die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten. Erste Anzeichen dieses Rückgangs zeigen sich an den Grundschulen, wo die Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent gesunken sind. Alle anderen Schulformen können (noch) steigende Schülerzahlen verzeichnen. Bezüglich der Höhe der Zuwachsrate liegt die freie Waldorfschule mit +2,5 Prozent vor der Gesamtschule (+2,0 Prozent). Es folgen das Gymnasium (+1,2 Prozent), die Realschule (+1,0 Prozent) und die Hauptschule (+0,3 Prozent). Im Sonderschulbereich ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 2,2 Prozent höher als im vorigen Schuljahr. In den letzten zehn Jahren sind die Schülerzahlen an Gesamtschulen und freien Waldorfschulen im Zuge von Ausbaumaßnahmen und Neugründungen um mehr als die Hälfte bzw. um ein Viertel gestiegen. An Realschulen liegt die Zahl der Jungen und Mädchen um ein Drittel, an Gymnasien um 11,6 Prozent höher als vor einem Jahrzehnt.

Die **Mädchenquote** ist im Durchschnitt aller Schulformen mit 49,0 Prozent nahezu unverändert geblieben. An Gymnasien liegt sie mit 54,0 Prozent auf Vorjahresniveau. Auch an freien Waldorfschulen und Realschulen sind Mädchen mit 51,1 Prozent bzw. 50,5 Prozent überrepräsentiert. Deutlich niedriger ist ihre Quote an den Gesamtschulen (49,2 Prozent) und Grundschulen (48,9 Prozent), den Hauptschulen (42,8 Prozent) und vor allem an den Sonderschulen (35,6 Prozent).



Die Zahl der deutschen Schülerinnen und Schüler erhöhte sich gegenüber dem vorigen Schuljahr um 0,7 Prozent, die der **ausländischen Schülerinnen und Schüler** um 0,3 Prozent (auf 309 600). Der Ausländeranteil an den Schulen der allgemeinen Ausbildung blieb gegenüber dem Vorjahr mit 13,2 Prozent nahezu

unverändert. Die höchste Ausländerquote weist mit 22,3 Prozent die Sonderschule auf, gefolgt von der Hauptschule (22,0 Prozent), der Gesamtschule (16,6 Prozent) und der Grundschule (15,7 Prozent). Nach wie vor sind ausländische Kinder und Jugendliche an Realschulen (8,9 Prozent), Gymnasien (4,9 Prozent) und freien Waldorfschulen (1,6 Prozent) deutlich unterrepräsentiert.

Die Zahl der **Schülerinnen und Schüler aus Aussiedlerfamilien** ist mit 96 200 um 10,5 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt aller Schulformen liegt ihr Anteil an der gesamten Schülerschaft bei 4,1 Prozent. Am höchsten ist der Aussiedleranteil an der Hauptschule (9,4 Prozent), gefolgt von der Realschule (4,8 Prozent), der Gesamtschule (4,6 Prozent), der Grundschule (3,5 Prozent), der Sonderschule (3,2 Prozent), dem Gymnasium (1,7 Prozent) und der freien Waldorfschule (unter 0,1 Prozent).

1,6 Prozent weniger Lehrer

An den Schulen der allgemeinen Ausbildung sind im Schuljahr 2003/2004 insgesamt 156 200 **Lehrerinnen und Lehrer** tätig, 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Fast alle von ihnen (95 Prozent) sind hauptamtliche bzw. hauptberufliche Lehrkräfte. 27 Prozent unterrichten an einer Grundschule, 22 Prozent an einem Gymnasium, 14 Prozent an einer Hauptschule und 13 Prozent an einer Realschule. 12 Prozent üben ihren Beruf an einer Sonderschule, 11 Prozent an einer Gesamtschule aus. Gut ein Prozent der Lehrkräfte sind an einer freien Waldorfschule tätig.

Knapp zwei Drittel (63,0 Prozent) der Lehrerschaft sind Frauen; vor zehn Jahren hatte der **Frauenanteil** noch 60,5 Prozent betragen. Überdurchschnittlich hoch ist die Frauenquote im Grund- und im Sonderschulbereich (88,4 Prozent bzw. 73,8 Prozent). Weniger stark sind weibliche Lehrkräfte an Gymnasien (46,2 Prozent), Gesamtschulen (54,2 Prozent), Hauptschulen (59,2 Prozent), freien Waldorfschulen (62,0 Prozent) und Realschulen (65,3 Prozent) vertreten.

Das Angebot des **zweiten Bildungsweges an den Weiterbildungskollegs**⁴⁰ wird im laufenden Wintersemester von 26 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrgenommen. Das sind 2 488 mehr als vor Jahresfrist und 30,2 Prozent mehr als 1993. 11 300 Personen besuchen den Bildungsgang Abendrealschule, 7 800 den Bildungsgang Abendgymnasium und 7 000 den Bildungsgang Kolleg. Rund die Hälfte der Teilnehmer sind Frauen (49,1 Prozent). Der Ausländeranteil, der Anfang der 90er Jahre erstmals die Zehn-Prozent-Marke überschritten hatte, liegt schon bei 19,6 Prozent.

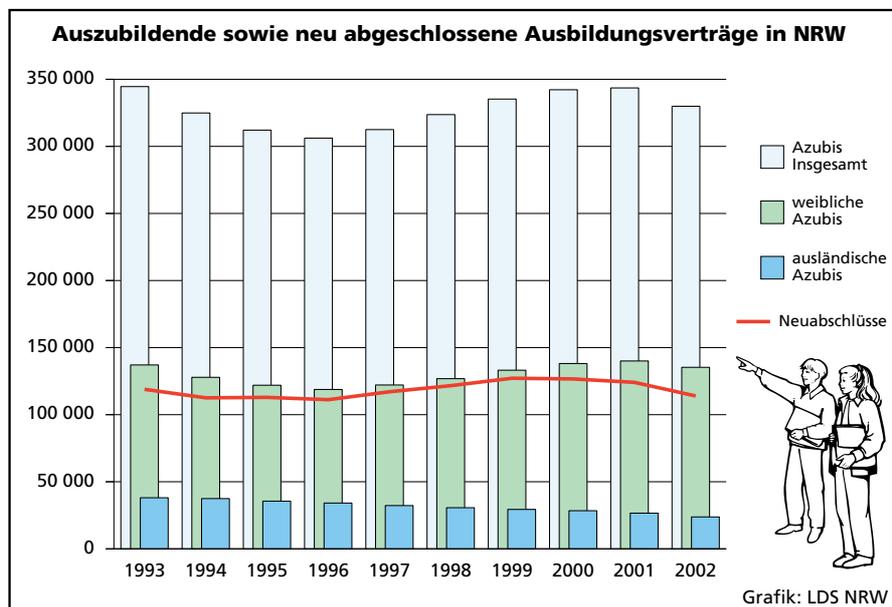
⁴⁰ Bildungsgänge Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg

An den 358 **Berufskollegs**⁴¹ werden im laufenden Schuljahr 562 600 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 354 300 Schülerinnen und Schüler nehmen am ausbildungsbegleitenden Unterricht im Rahmen des dualen Systems (Teilzeitberufsschule) teil und an Fachoberschulen streben 20 800 Jugendliche und junge Erwachsene die Fachhochschulreife an, die diese Schulform nach ein- oder zweijähriger Ausbildung vermittelt. In den einjährigen Bildungsgängen des Berufsgrundschuljahres einschl. Vorklasse (Vollzeit) beträgt die Teilnehmerzahl etwas mehr als 21 100. Die Berufsfachschulen werden von 122 200 Jugendlichen und die Fachschulen, die die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung bieten, von 44 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

An den 529 **Schulen des Gesundheitswesens** mit Schulbetrieb werden gegenwärtig knapp 43 400 junge Menschen (darunter 80 Prozent Frauen) in gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen ausgebildet. Das sind etwa 1 200 mehr als im Vorjahr.

Ende 2002 waren in NRW 329 900 **Auszubildende** registriert. Während sich die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze zwischen 1996 und 2001 ständig erhöht hatte, nahm sie 2002 erstmals wieder um 4,0 Prozent ab und liegt nun um rund ein Drittel unter dem Höchststand von 1985 (damals: 505 600 Auszubildenden).

Zahl der Auszubildenden sank



Der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden ist erneut leicht gestiegen und erreicht jetzt 41,0 Prozent. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden

⁴¹ Berufliche Bildung wurde in Nordrhein-Westfalen von jeher in den „berufsbildenden Schulen“ mit ihren Schulformen Berufsschule (Teilzeit/Vollzeit), Berufsfachschule, Fachoberschule und Fachschule vermittelt. 1977 wurden außerdem als Schulversuch die „Kollegschulen“ eingerichtet, in denen neben den herkömmlichen beruflichen zusätzlich doppeltqualifizierende Abschlüsse (gekoppelte berufliche und allgemein bildende Abschlüsse) erworben werden konnten. Aus den Erkenntnissen dieses Schulversuchs heraus wurde 1998 im „Berufskolleggesetz“ eine neue Struktur der beruflichen Bildung eingeführt. Dazu erfolgte mit dem Schuljahr 2000/2001 die Umwandlung der ehemaligen berufsbildenden Schulen und Kollegschulen in „Berufskollegs“, die sich noch in die bisherigen Schulformen (Berufsschule, Berufsfachschule usw.) untergliedern.

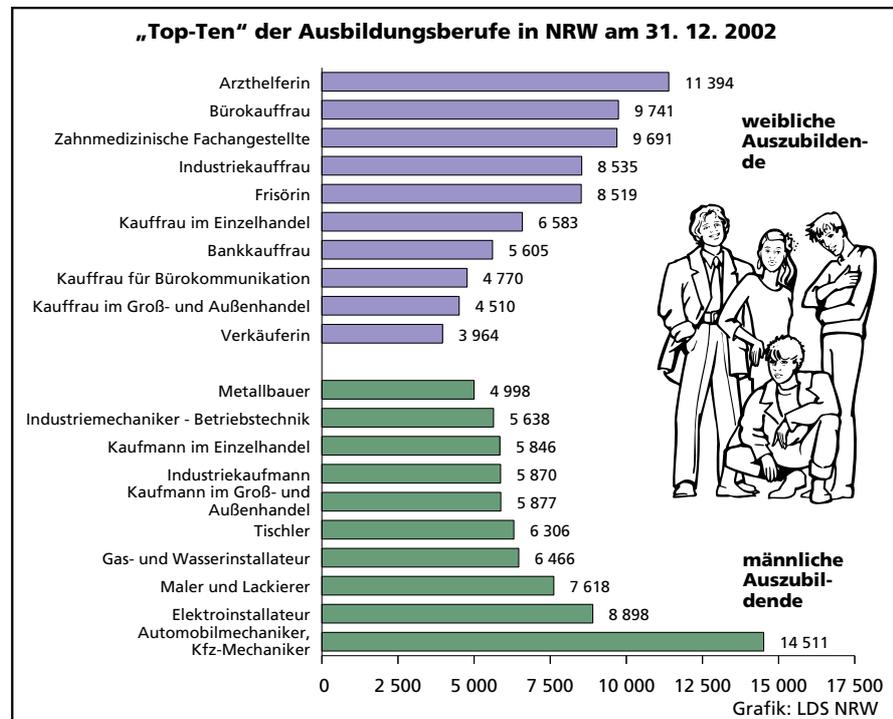
den hingegen hat sich im achten Jahr hintereinander verringert und lag Ende 2002 bei nur noch 7,2 Prozent.

Mit 52,5 Prozent entfiel etwas mehr als die Hälfte der Auszubildenden auf den Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe“, der damit seinen Anteil gegenüber 1995 (46,7 Prozent) kontinuierlich ausgebaut hat. Vom Handwerk wurde fast ein Drittel (31,1 Prozent) der Auszubildenden gemeldet; dies entspricht gegenüber 1995 einem Minus von 4,7 Prozentpunkten. Die übrigen Auszubildenden verteilten sich auf freie Berufe (11,2 Prozent), öffentlichen Dienst (2,6 Prozent), Landwirtschaft (1,8 Prozent) und sonstige Bereiche (0,7 Prozent).

Ausbildungsbereich	Auszubildende in Nordrhein-Westfalen (jew. am 31. 12.)				
	1998	1999	2000	2001	2002
Industrie, Handel u. a.	159 024	170 540	176 285	180 027	173 237
Handwerk	112 050	112 850	112 351	108 885	102 588
Landwirtschaft	6 322	6 447	6 163	6 255	6 045
Öffentlicher Dienst	8 119	8 199	8 829	9 033	8 742
Freie Berufe	35 826	34 828	36 297	37 017	37 039
Sonstige	2 357	2 406	2 295	2 360	2 248
Insgesamt	323 698	335 270	342 220	343 577	329 899

Betrachtet man die einzelnen Berufsbereiche, so ist festzustellen, dass zunehmend mehr junge Menschen in Dienstleistungsberufen (52,9 Prozent) als in Fertigungsberufen (42,6 Prozent) ausgebildet werden, nachdem noch Mitte der neunziger Jahre beide fast gleichauf lagen (1995: Dienstleistungsberufe: 47,5 Prozent, Fertigungsberufe: 47,4 Prozent).

Mehr Auszubildende in Dienstleistungs- als in Fertigungsberufen



Nur 14 Prozent der weiblichen Auszubildenden entschieden sich für eine Ausbildung außerhalb des Dienstleistungsbereiches. Bei den männlichen Auszubildenden dominieren nach wie vor die Fertigungsberufe mit 66 Prozent.

Auf Platz eins bei den weiblichen Auszubildenden steht nach wie vor der Beruf der Arzthelferin mit 11 400 Auszubildenden, bei den männlichen Auszubildenden dominiert seit Jahren der Ausbildungsberuf des Automobil- bzw. Kraftfahrzeugmechanikers mit nunmehr 14 500 Auszubildenden.

Medienberuf	Ausbildungsbereich*)	Auszubildende am 31. 12. 2002				
		insgesamt	und zwar			
			weiblich		Ausländer	
Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent			
Fachangestellte(r) für Medien- und Informationsdienste	IH/ÖD	347	289	83,3	7	2,0
Film- und Videoeditor(in)	IH	1	–	x	–	x
Fotomedienlaborant(in)	IH/Hw	161	116	72,0	7	4,3
Kaufmann/-frau für audiovisuelle Medien	IH	288	196	68,1	11	3,8
Mediengestalter(in) für Digital- und Printmedien	IH/Hw	3 054	1 652	54,1	64	2,1
Mediengestalter(in) Bild und Ton	IH/Hw	415	128	30,8	6	1,4
Medienberufe zusammen		4 266	2 381	55,8	95	2,2

*) IH = Industrie und Handel; ÖD = Öffentlicher Dienst; Hw = Handwerk

Die allgemeine Tendenz leicht sinkender Auszubildenden-Zahlen machte auch vor den in den Jahren 1996 bis 1998 neu geschaffenen Medienberufen nicht Halt. So stieg bis zum Jahr 2001 die Auszubildendenzahl zwar kontinuierlich bis auf 4 404 an, ging aber am Ende des Jahres 2002 um 3,1 Prozent auf 4 266 zurück. Frauen waren in den neuen Medienberufen mit 55,8 Prozent deutlich überrepräsentiert. Die Berufsanfänger wiesen eine überdurchschnittlich hohe Eingangsqualifikation auf: 57,7 Prozent besaßen die Hoch- bzw. Fachhochschulreife (gegenüber 20,5 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen insgesamt) und weitere 20,1 Prozent starteten mit der Fachoberschulreife.

IT-Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich*)	Auszubildende am 31. 12. 2002				
		insgesamt	und zwar			
			weiblich		Ausländer	
Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent			
Fachinformatiker/-in	IH/Hw/ÖD	6 246	630	10,1	188	3,0
Informatikkaufmann/-frau	IH/Hw	1 744	332	19,0	42	2,4
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	IH/Hw	1 967	96	4,9	65	3,3
Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-frau	IH/Hw	1 881	481	25,6	75	4,0
Informationselektroniker/-in	Hw	1 316	20	1,5	85	6,5
IT-Berufe zusammen		13 154	1 559	11,9	455	3,5

*) IH = Industrie und Handel; ÖD = Öffentlicher Dienst; Hw = Handwerk

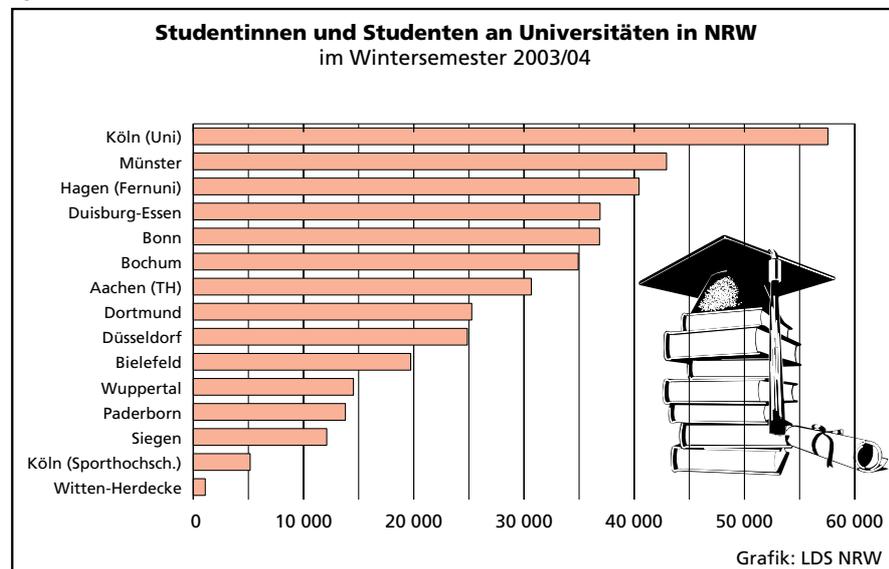
In den seit 1997 neu geregelten IT-Berufen konnten zwar die enormen Steigerungsraten der Jahre 2000 (+53,7 Prozent) und 2001 (+26,6 Prozent) nicht mehr erreicht werden, dennoch war 2002 nochmals ein Zuwachs um 4,5 Prozent auf jetzt 13 154 Azubis zu verzeichnen. Der Frauenanteil lag hier nur bei 11,9 Prozent. Beim Berufsstart 2002 besaßen 47,4 Prozent die Hoch- bzw. Fachhochschulreife und 23,9 Prozent die Fachoberschulreife.

**Auszubildende:
IT-Berufe weiter im Aufwind**

In der Zeit vom 1. Oktober 2002 bis zum 30. September 2003 begannen 111 046 junge Menschen eine Ausbildung. Das war die niedrigste Zahl an **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen** seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 1980. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde ein Rückgang um 4,0 Prozent gemeldet. Insgesamt 61 510 Neuabschlüsse entfielen auf den Ausbildungsbereich Industrie, Handel u. a. (-1,4 Prozent gegenüber 2002). Im zweitgrößten Ausbildungsbereich, dem Handwerk, wurden 32 038 Neuabschlüsse registriert (-6,0 Prozent). Die stärksten Rückgänge waren im öffentlichen Dienst (-12,1 Prozent auf 2 718) und bei den freien Berufen (-9,6 Prozent auf 11 893) zu verzeichnen. Der durchschnittliche Frauenanteil bei den Ausbildungsanfängern lag bei 42,2 Prozent und damit um 1,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

522 000 Studierende in NRW

Im Wintersemester 2003/04 waren an den **Hochschulen** in NRW 522 400 Studierende eingeschrieben (ohne Zweithörer, Beurlaubte und Besucher des Studienkollegs). Das waren 10 100 oder 2,0 Prozent mehr als im Wintersemester 2002/03 und 3,7 Prozent mehr als vor zehn Jahren (Wintersemester 1993/94: 503 936). Mehr als drei Viertel (76,0 Prozent) der Hochschul(er) studierten an Universitäten. Inzwischen werden zu dieser Hochschulart auch die ehemaligen Gesamthochschulen gezählt. Im Zehnjahresvergleich hat sich damit die Zahl derjenigen, die an Universitäten immatrikuliert sind, um 1,5 Prozent erhöht.



Größte Hochschule im Land war mit 57 600 Studierenden die Universität zu Köln. Auf Platz zwei der Rangliste befand sich die Universität Münster (42 900), gefolgt von der Fernuniversität Hagen (40 400). Den vierten Platz teilen sich die Universität Bonn und die Universität Duisburg-Essen, die aus der Fusion der beiden Gesamthochschulen Duisburg und Essen entstanden ist (jeweils 36 900 Studierenden).

Fast ein Drittel (32,4 Prozent) der Studentinnen und Studenten studierten innerhalb der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften waren 24,6 Prozent, im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften 17,1 Prozent und im Bereich Ingenieurwissenschaften 15,6 Prozent eingeschrieben.

Hochschulart	Studierende in NRW im Wintersemester		
	2002/03	2003/04	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in Prozent
Universitäten	394 000	396 800	+0,7
Theologische und kirchliche Hochschulen	620	660	+6,5
Kunst- und Musikhochschulen	5 200	5 100	-1,9
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	104 600	111 000	+6,1
Verwaltungsfachhochschulen	7 900	8 900	+12,7
Hochschulen insgesamt	512 300	522 000	+2,0

Im Wintersemester 2003/04 studierten 238 000 Frauen an den NRW-Hochschulen. Der Frauenanteil betrug damit 45,5 Prozent. Vor zehn Jahren lag dieser Wert noch bei 38,7 Prozent. Die Zahl der ausländischen Studierenden liegt bei 65 000 (Ausländerquote: 12,4 Prozent). In den letzten zehn Jahren hat sich ihre Zahl um 70,6 Prozent erhöht (Wintersemester 1993/94: 38 100).

133 500 Personen in NRW erhielten im Jahr 2002 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**), 12,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der Aufwärtstrend des Vorjahres fort. Die Zuwächse sind Folge des Ausbildungsförderungsreformgesetzes vom April 2001, in dem u. a. die Anhebung der BAföG-Freibeträge und -bedarfssätze sowie die Nichtanrechnung des Kindergeldes festgeschrieben wurden. Insgesamt wandten Land und Bund 2002 für NRW einen Betrag von 365 Millionen Euro für BAföG-Leistungen auf – das waren 16,6 Prozent mehr als im Jahr 2001 (313 Millionen Euro).

**12,5 Prozent mehr
BAföG-Empfänger**

Jahr	Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Geförderte in NRW			
	Studentinnen und Studenten		Schülerinnen und Schüler	
	Geförderte	durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag je Empfänger	Geförderte	durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag je Empfänger
1997	79 412	327 €	31 943	274 €
1998	73 695	325 €	31 666	270 €
1999	71 359	316 €	30 931	267 €
2000	71 310	335 €	30 760	260 €
2001	81 967	369 €	36 681	301 €
2002	90 674	374 €	42 786	312 €

Deutlich mehr als die Hälfte der Geförderten (57,7 Prozent) erhielten eine „Vollförderung“, d. h. sie bekamen den errechneten Gesamtbedarf in voller Höhe ausbezahlt; die übrigen 42,3 Prozent erhielten eine „Teilförderung“. Studentinnen und Studenten erhielten durchschnittlich 374 Euro pro Monat, Schülerinnen und Schüler wurden im Schnitt mit 312 Euro im Monat gefördert.

**Starker Anstieg
beim Meister-BAföG**

Im Jahr 2002 wurden nach vorläufigen Ergebnissen 13 800 Personen (2 900 mehr als im Vorjahr) Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt. Das so genannte **Meister-BAföG** erhielten 10 900 Männer (79 Prozent) und 2 900 Frauen (21 Prozent).

Jahr	Nach dem AFBG*) Geförderte und bewilligte Fördermittel in NRW			
	geförderte Personen	bewilligte Fördermittel in Euro		
		insgesamt	davon als	
			Darlehen	Zuschüsse
1996	6 216	33 254 000	29 922 200	3 331 800
1997	10 957	45 316 200	39 441 700	5 874 500
1998	11 900	42 937 700	37 192 400	5 745 300
1999	11 550	42 528 400	36 859 800	5 668 600
2000	10 708	39 523 900	34 280 400	5 243 600
2001	10 921	41 779 100	36 004 400	5 774 700
2002	13 800	67 924 000	45 752 000	22 172 000

*) Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“)

Die Förderzusagen für das Jahr 2002 umfassten knapp 68 Millionen Euro (nach 42 Millionen Euro im Vorjahr), wovon 46 Millionen Euro als Darlehenszusagen und 22 Millionen Euro als Zuschüsse zum Lebensunterhalt und zur Kinderbetreuung gewährt wurden.

Der starke Anstieg ist vor allem auf die 2002 in Kraft getretene Reform des Meister-BAföG zurückzuführen. Dessen Ziel ist es, mehr Fachkräfte mit abgeschlossener Erstausbildung und Existenzgründer staatlicherseits zu fördern. Neu ist die Erweiterung auf den Gesundheits- und Pflegebereich. Höhere Leistungen und Zuschüsse insbesondere für Familien mit Kindern und Alleinerziehende stellen einen zusätzlichen Anreiz dar, aber auch der Schritt in die Selbstständigkeit wird mit einem höheren Darlehenserlass belohnt.